



dreizehn
ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSOZIALARBEIT

NR. 22 • NOVEMBER 2019 • HERAUSGEGEBEN VOM KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

AUFSTEHEN GEGEN RECHTS!

Prävention und Umgang mit Rechtsextremismus in der Jugendsozialarbeit

Die Quadratur des Kreises? – Zur pädagogischen Auseinandersetzung mit neurechten Jugendlichen

Wenn der Rechtspopulismus sich auf die Jugendarbeit einschießt

Was macht Hate Speech im Internet mit Jugendlichen und der Demokratie?

Editorial

Liebe Leser_innen,

Populist_innen und Extremist_innen werden nicht nur in der Politik präsenter, sie kreuzen auch zunehmend die tägliche Arbeit. Die Frage ist längst nicht mehr, ob man über Rechtspopulismus redet, sondern wie. In der Jugendsozialarbeit rücken dadurch bestimmte Arbeitsfelder mehr in den Fokus. So werden zum Beispiel Extremismusprävention, gendersensible Jugendsozialarbeit und politische Bildung wichtiger, um Jugendlichen den nötigen Mut und die Haltung mitzugeben, sich für Demokratie stark zu machen. Wie erreicht man aber Jugendliche, wenn sie in ideologischen Filterblasen leben? Wenn sie in digitalen Sozialräumen nicht mehr für ein „analoges Außen“ erreichbar sind. Und was tun, wenn Jugendliche menschenverachtend oder gar rechts-verherrlichend auftreten.

„In einer Haltung von Abwertung, Dominanz, Verächtlichkeit und Menschenfeindlichkeit zu leben, ‚vergiftet‘“ – das ist im Artikel „Same, same, but different“ von Silke Baer und Harald Weilnböck zu lesen. Dieser Text beschäftigt sich mit Extremismusprävention und erklärt uns drei wichtige Prinzipien in der Arbeit, nämlich Vertrauen, Beziehung und Freiwilligkeit. Mit Hassrede befasst sich der Artikel von Daniel Geschke. Hate Speech verändert unsere Debattenkultur und greift unsere demokratischen Grundsätze an. Die Rolle der Frau in der rechten Szene schauen wir uns im Artikel von Christina Dinar und Simone Rafael genauer an. In der Rubrik „Vor Ort“ waren unsere Journalistinnen in Jena und Cottbus. In Jena gibt es das Projekt „OHA – Online Hass Abbauen“, welches Jugendlichen im virtuellen Raum ermöglicht, sich mit ihren Straftaten zu befassen. Das Interview führen wir in dieser Ausgabe mit Klaus Peter Hufer, der die „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“ entwickelt hat. Was genau das ist, lesen Sie ab Seite 26.

Menschen, die Rechtspopulist_innen unterstützen, neigen häufig zu autoritären Grundstrukturen sowie zu einer abwerten- den Form der Kommunikation. Solchen Menschen dennoch zuzuhören, sie als Mensch anzunehmen, während man seine Position ablehnt, stellt eine große Herausforderung dar. Diese pädagogische Arbeit bei jungen Menschen zu leisten, ist auch Aufgabe der Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit. Sie stellt einen Beitrag zum sozialen Frieden dar, denn nur durch Zuhö- ren, Annehmen und Auseinandersetzen wird unsere Gesellschaft zusammengehalten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre

Birgit Beierling

Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit





Inhalt

DIE ANALYSE

„Same, same, but different“? Prinzipien von Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention	Silke Baer und Dr. Harald Weilnböck	4
Nicht erst wenn's knallt – Qualifizierung und beratende Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen sowie von Sozialarbeiter_innen und Pädagog_innen zum Thema Rechtspopulismus und Rassismus	Adelheid Schmitz	10
Was macht Hate Speech im Internet mit Jugendlichen und der Demokratie?	Dr. Daniel Geschke, Anja Kläßen, Dr. Matthias Quent, Christoph Richter	16
Frauen im Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	Christina Dinar und Simone Rafael	20
Hass als Prinzip – Antisemitismus in der extremen Rechten	Henning Flad	24
Im Gespräch mit: Klaus-Peter Hufer, Autor und Professor für politische Bildung gegen Rechtsextremismus	Judith Jünger	26

VOR ORT

Reden ist Gold, Schweigen ist Silber – Cottbuser Schüler_innen setzen sich mit Jugendkultur und Extremismus auseinander. Sie überlegen auch: „Wie gehen wir eigentlich miteinander um?“	Josefine Janert	33
Straffällige Jugendliche bauen mit Online-Training Vorurteile ab – Der Thüringer Verein Drudel 11 entwickelt das Modellprojekt „OHA – Online Hass Abbauen“	Monika Kophal	37

PRAXIS KONKRET

Wenn der Rechtspopulismus sich auf die Jugendhilfe einschießt – Parlamentarische Aktivitäten der AfD in den Bundesländern	Ansgar Drücker und Sebastian Seng	41
Die Quadratur des Kreises? – Zur pädagogischen Auseinandersetzung mit neurechten Jugendlichen	Fabian Kaufmann und Lena Sierts	45

DER KOMMENTAR

Dem Volk aufs Maul geschaut?	Wolfgang Barth	49
------------------------------	----------------	----

DIE NACHLESE

Nach den Wahlen: Hohe Erwartungen junger Menschen an Europa	Laura Gies und Michael Scholl	52
---	-------------------------------	----



„SAME, SAME, BUT DIFFERENT“?

Prinzipien von Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention

Die Frage, ob auch die Jugend(sozial)arbeit Extremismusprävention betreiben sollte, wird kontrovers diskutiert. Es besteht eine nachvollziehbare Sorge vor einer Überfrachtung durch politische Bildung und einer Gefährdung des Vertrauensverhältnisses. Aber was, wenn Sozialarbeiter_innen mit menschenfeindlichen Äußerungen konfrontiert sind? Hier wird die Funktion, die der Jugend(sozial)-arbeit und Jugendhilfe zuwächst, immer größer.

Silke Baer und Dr. Harald Weilnböck

„Respekt, Verbindlichkeit, Glaubwürdigkeit und Authentizität sind die Basis aller erfolgreichen Arbeit.“

Was tun, wenn eine Jugendliche in einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme immer wieder mit menschenverachtenden Sprüchen auffällt? Oder wenn in der sozialpädagogisch betreuten Jugend-WG ein junger Mann einzieht, der eine SS-Tätowierung erkennen lässt und partout die Reichskriegsflagge in seinem Zimmer aufhängen möchte, da sie ein Geschenk seines Vaters ist? Was tun, wenn der Schulsozialarbeiterin eine Schülerin auffällt, die ein T-Shirt mit „Generation Islam“ trägt oder ein Streetworker bei einer Clique bemerkt, dass sie begeistert hoch gewalttätige IS-Propaganda im Netz teilen? Hat es doch die Jugend(sozial)arbeit hierbei weniger mit den verfassungsrechtlichen oder sicherheitspolitischen Belangen zu tun – sondern eben mit Jugend(sozial)arbeit, die dann häufig auch systemische Einzelfall-, Gruppen- und/oder Familienarbeit sein muss. Hier ist Extremismus zunächst ein Thema von Jugendschutz und Kindeswohl, dies umso mehr, wenn man sich die in aller Regel damit einhergehenden Risiken beseht – Gewalt- / Hassdelikte, Drogen, Delinquenz/Beschaffungs- und Bandenkriminalität, Gefährdung der schulischen Ausbildung. Aber bereits jenseits dessen gilt: In einer Haltung von Abwertung, Dominanz, Verächtlichkeit und Menschenfeindlichkeit zu leben, „vergiftet“, auch im wörtlichen, physiologischen Sinn. Personen, die in Ressentiments und Bitterkeit befangen sind, sind nachweislich weniger gesund, haben eine kürzere Lebenserwartung und sind auch in jeder Hinsicht weniger kreativ, lernfähig und produktiv, als sie eigentlich könnten.

Im aktuellen Kommentar zum Sozialgesetzbuch VIII (2019) heißt es ausdrücklich: „Jungen Menschen sollen Risiken und Gefährdungen bewusstgemacht und Fähigkeiten vermittelt werden, um mit riskanten Lebenssituationen verantwortlich umgehen bzw. sich selbst schützen zu können“ – und der „erzieherische Jugendschutz“ lässt sich hierbei „nicht auf einen Bereich beschränken“ (Münder / Meysen / Trenczek 2019). Mithin sollte auch die Prävention von Intoleranz, Ressentimenthaftigkeit, Gruppenhass oder Extremismus – wie die Jugend(sozial)arbeit selbst – im Grunde ein unstrittiges Anliegen aller Verantwortlichen sein, das nicht im parteipolitischen Pingpong zwischen dem sogenannten linken und rechten Lager zerfleddert werden darf.

Es ist also begreiflich und richtig, dass Jugend(sozial)arbeiter_innen und deren Verbände den Bedarf verspüren, für diese schwierige Aufgabe gut gerüstet sein zu wollen. Denn die Praktiker_innen der Jugend(sozial)arbeit, die direkt mit Klient_innen arbeiten, können sehr wichtige und wirksame Erstreaktionsweisen einsetzen oder auch Methoden des präventiven Mentorings und der Distanzierung oder Deradikalisierung erlernen.¹ Es stellt sich aber zuerst die Frage, an welchen Prinzipien und Qualitätskriterien sie sich dabei orientieren können. Umso erfreulicher ist, dass hierfür gut fundierte Richtlinien ge-

geben werden können, die inzwischen von dutzenden bundesweiten und europäischen Praxiskolleg_innen in einem mehrjährigen Prozess ausgearbeitet worden sind.²

Kleine Übersicht über Prinzipien von guter Praxis

Auf diese evidenzbasierten Qualitätskriterien der Extremismusprävention blickend, lässt sich sagen: Sie sind im Grunde bereits seit langem in dem über Jahrzehnte gesammelten Erfahrungsschatz von guter Praxis in der Jugend(sozial)arbeit enthalten:

● Die Prinzipien Vertrauen, Beziehung, Freiwilligkeit und das Zeugnisverweigerungsrecht

Wie sehr wir zunächst beherzt auf bereits Erbrachtes zurückgreifen können, würde sofort offensichtlich, wenn man Jugend(sozial)arbeiter_innen danach fragte, was denn der wichtigste Wirkfaktor ihres Tuns sei. Denn mit allergrößter Wahrscheinlichkeit würden sie hervorheben, dass es vor allem darum geht, eine persönliche Vertrauensebene und zwischenmenschliche Beziehung zu den Jugendlichen herzustellen, und dass Respekt, Verbindlichkeit, Glaubwürdigkeit und Authentizität im persönlichen Umgang mit ihnen und untereinander im Team die Basis aller erfolgreichen Arbeit sei. Genau das trifft umso mehr auf die Arbeit der Extremismusprävention und Deradikalisierung zu. Denn nur auf der Grundlage einer tragfähigen zwischenmenschlichen Beziehung ist überhaupt daran zu denken, dass tief verinnerlichte weltanschauliche Überzeugungen zugänglich werden und sich für eine persönliche Weiterentwicklung öffnen. Denn: „Beziehung wirkt! Professionelle Beziehungsarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“, wie der Jugend(sozial)arbeiter Marc Rothballer in seinem Hauptvortrag auf der Jahrestagung der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg 2018 titelte.

Der Aufbau einer solchen Vertrauensbasis im Umgang mit jungen Menschen, die in gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extremistischen Haltungen befangenen sind, ist freilich eine überaus anspruchsvolle Aufgabe. Sie sind der Gesellschaft und den (sozial)staatlichen Einrichtungen gegenüber oft hochgradig entfremdet und auch im Zwischenmenschlichen manchmal in einem beinahe paranoiden Misstrauen gefangen. Auch den Jugend(sozial)arbeiter_innen selbst fällt der vertrauens- und beziehungsbildende Umgang mit Verstocktheit, Verächtlichkeit, Hass und aggressiv-menschenfeindlichen Gesten nicht immer leicht. Aber sowohl in der Jugend(sozial)arbeit als auch in Interventionen der Distanzierung und Deradikalisierung folgen die Kolleg_innen deshalb einem weiteren ihrer gemeinsamen Grundprinzipien: der beständigen Doppelperspektive auf Person und Haltung des Gegenübers. Diese „kritisch-zugewandte“

„Bei Deradikalisierung kommt es weniger auf das kognitive Lernen an.“

Haltung verfährt sowohl akzeptierend, insoweit sich der persönliche Kern der_s jeweiligen Jugendlichen erschließt, als auch konfrontierend-befragend, wenn menschenfeindliche Ansichten geäußert werden. Dabei kommt es stets darauf an intuitiv die wirksame Dosierung für den jeweiligen Beziehungsmoment einzusetzen.

Ebenfalls gilt für Jugend(sozial)arbeit / -schutz und für Extremismusprävention/Deradikalisierung das Prinzip der Freiwilligkeit bzw. des eigenmotivierten und selbstbestimmten Zugangs. Gerade bei Verweisungen durch Ämter (Jugendämter, Jugendgerichtshilfe u. a.) legen die „Beziehungsarbeiter_innen“ stets die größte fachliche Aufmerksamkeit darauf, die persönliche Selbstbestimmtheit und Eigenmotivation der jungen Person für die anstehenden Maßnahmen und Veränderungs Schritte zu stärken. Denn nachhaltige persönliche Weiterentwicklung – und das Loslassen von Mechanismen der hass- und aggressionsbasierten Selbststabilisierung – wird im Kontext von Zwang und Moral auf der einen Seite und strategischem Agieren auf der anderen nicht erfolgen können. Wenn also die Sicherheitsorgane den gesellschaftlich unabdingbaren Zwang ausüben, dann darf die (intensiv)pädagogische Beziehung keineswegs dessen Vollstreckerin sein. Vielmehr stellen die sozialarbeiterischen und sozialtherapeutischen Angebote die separaten, vertrauensvollen Frei- und Ermöglichungsräume dar, in denen die Entwicklung von Eigenmotivation und Veränderungsbereitschaft erfolgen kann.

Eine unerlässliche Kontextvoraussetzung von sozialpädagogischer / -therapeutischer Arbeit mit jungen Menschen, die auf Vertrauen, Beziehung und Eigenmotivation basiert, ist aber auch gesetzlicher Natur: „Ausstiegsberatung, Verschwiegenheit, Zeugnisverweigerungsrecht – und unsere schlechte nationale Vertrauenslage.“³ Diese Stichworte gelten nicht nur für Extremismusprävention, sondern im Grunde für alle sozialpädagogische Jugend(sozial)arbeit, die auch nur den geringsten Interventionscharakter hat. Dass aber das Zeugnisverweigerungsrecht für alle Jugend(sozial)arbeiter_innen seit Jahrzehnten aus unguten Gründen nicht erteilt wird, hat auch mit mangelndem Vertrauen zu tun – nämlich dem akteurs- und bereichsübergreifenden Vertrauen in die Zivilgesellschaft, das dem/der Gesetzgeber_in und der staatlichen Justiz offensichtlich noch fehlt. Man fragt sich, wie junge Menschen unter sol-

chen Umständen eigentlich Vertrauen fassen und über ihren Schatten springen sollen?

● Lebensweltlich-biografisches, gender-bewusstes Arbeiten – ganzheitliche politische Bildung

Die künftige Verbesserung dieser „nationalen Vertrauenslage“ vorausgesetzt, kann hier ein weiteres wichtiges Prinzip und Qualitätskriterium von guter Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention angesprochen werden, das des lebensweltlich-biografisch orientierten Zugangs. Dieses Prinzip liegt im Übrigen auch den jugendkulturell-kreativen Arbeitsansätzen zugrunde (vgl. unten). Denn sowohl bei Distanzierung/Deradikalisierung als auch bei der Begleitung von „normalen“ Bedarfen an jugendlicher Persönlichkeitsentwicklung – wie z.B. der Überwindung von Krisen, Traumata und der Unterstützung bei individuellen Problemstellungen oder Umbrüchen und Verlusten in Familie und Umfeld etc. – stellt die biographische Rückschau und Aufarbeitung ein unerlässliches Moment dar.

Dieses lebensweltlich-biografische Aufarbeiten beruht stets auf Prozessen des Erzählens und Zuhörens, wodurch das Prinzip des narrativen Vorgehens auf den Plan gerufen ist. Denn das vertiefende persönliche Erzählen, in dem Erfahrungen der eigenen Lebenswelt und Vergangenheit neuerlich durchlebt und bearbeitet werden können, stellt das Grundelement aller individual- und sozialtherapeutischen Veränderungsprozesse dar, das weder in der Jugend(sozial)arbeit noch in der Extremismusprävention fehlen darf.

Dabei sind die lebensweltlich-biografischen und narrativen Herangehensweisen eng an ein weiteres Prinzip geknüpft: den methodischen Schwerpunkt des emotionalen und sozialen Lernens. Denn gerade auch bei Deradikalisierung / Distanzierung und Extremismusprävention kommt es weniger auf kognitives Lernen oder historisch-politische Aufklärung an. Vielmehr geht es um die Förderung von sozial-emotionaler Intelligenz – und dies besonders in den Erlebensbereichen von Konflikt, Ambivalenz, persönlicher Verunsicherung sowie in den Affektzonen von Scham / Schuld, Angst / Panik, Aggression, aber auch in den Gefühlslagen der Freude, sozialen Zugehörigkeit sowie generell des individuellen Sinnen- und Sinnerlebens.⁴ Diese sozial-emotionale Dimension ist für alle Jugend(sozial)arbeit mit schwer erreichbaren und / oder gefährdeten jungen Menschen entscheidend.

„Alle Arten von Extremist_innen sind zumeist auch sexistisch und homophob eingestellt.“

Dabei sind dem Fokus auf sozial-emotionaler Intelligenz stets auch soziale und (geo-)politische Dimensionen inhärent, die den familienbiographischen Vorgeschichten der Jugendlichen zugrunde liegen und sich wiederum narrativ erschließen. Familiäre und persönliche Diskriminierungserfahrungen, Verhältnisse der zunehmenden Ungleichheit und Prekarisierung, geopolitisches Welt-/Kriegsgeschehen, Flucht und Diaspora, demographischer Wandel, urbane Modernisierung/ländlicher Strukturbedarf mit familiären Auswirkungen u. a. m. – all dies kann und muss sowohl in Jugend(sozial)arbeit als auch in präventiven Interventionen zum erfahrungshaltigen Thema werden können, wenn nachhaltige Wirkungen erzielt werden sollen.

Herkömmliche Verfahren der politischen Bildung – Argumentation, Information, Aufklärung, Diskussion – sind selbst bei diesen sozialen und (geo-)politischen Belangen nicht erforderlich und könnten eventuell sogar befremdlich wirken. Denn diese Belange kommen hier ja in der unmittelbaren Verbindung mit jeweils individuell gemachten und subjektiv empfundenen Erfahrungen auf und müssen vor allem als persönliche Belange erschlossen und verarbeitet werden – und hier wird neuerlich das Prinzip des narrativen Arbeitens wichtig. Denn gerade das präventive Arbeiten in den Bereichen von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigt uns: Argumente polarisieren und befremden oft, hitzige Diskussionen, scharfe Debatten setzen Vertrauen aufs Spiel und brechen mögliche Brücken ab. Demgegenüber ist es vor allem das oben genannte persönliche Erzählen und Zuhören, das Verbindung und Verbindlichkeit herstellen kann, wo die Bezüge zu brechen drohen. Denn über die aufrichtige Erzählung von selbst Erlebtem muss/kann man sich nicht streiten. So kann auch über tiefe gesellschaftliche und milieubedingte Gräben hinweg ein Stück Achtsamkeit und Respekt entstehen – und in der Arbeit mit schwer erreichbaren Jugendlichen kann eine Verbindung aufgebaut werden.

Ein weiteres Prinzip, das diese Prozesse der narrativen Artikulation zusätzlich anstoßen und unterfüttern kann, sind Methoden des produktiven, kreativen und gestalterischen Selbstausdrucks. Denn bekanntlich sind kreative, künstlerische Vollzüge in der Lage, wichtige persönliche Erfahrungs- und Erzählbereich zu erschließen, die der Sprache nicht umstandslos zugänglich sind. Somit können mit dieser Ebene wichtige Veränderungen eingeleitet werden.

Für diesen konarrativen Austausch ist aber ein hinreichend vertrauensvoller Raum erforderlich. Ferner – dies ist ein weiteres der Grundprinzipien – muss der erzählende Austausch wirklich als ein offener Prozess erfolgen, dem keine spezifischen thematischen Vorgaben, Lehrpläne und Ergebniserwartungen gesetzt sind. Dabei sollten einzig die Teilnehmenden selbst und

ihr selbstbestimmter Blick auf ihre persönlichen Anliegen und Veränderungsbedarfe den Ausschlag geben, während die Leiter_innen lediglich den Rahmen bereiten und moderieren.

Der einzige Themenbereich, dessen Auftauchen im Erzähl- und Beziehungsgeschehen prinzipiell mit besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen werden sollte, sind Genderrollenverständnisse von Männlichkeit und Weiblichkeit. Denn das Verständnis davon, was einen „richtigen Mann“ oder was eine „wahre Frau“ ausmacht, ist nicht nur ganz selbstverständlich ein essenzielles Thema von Jugend(sozial)arbeit, sondern auch für Extremismusprävention aller Couleur elementar. Kann doch überwiegend beobachtet werden, dass im Grunde alle Arten von Extremist_innen zumeist auch sexistisch und homophob eingestellt sind – und sich also schon die menschlich am nächsten liegende Möglichkeit für Schwarz-Weiß-Denken verfestigt hat.

Im Hinblick auf die oben bereits angemerkte politische Bildung kann aber ausdrücklich ergänzt werden: Wenn die genannten Prinzipien gewahrt werden, werden immer auch Argumentation, Diskussion und (politische) Bildung ihren Platz haben – mehr noch, es wird sozusagen wie von selbst eine erlebnispädagogisch, narrativ und emotional zusätzlich vertiefte, mithin eine ganzheitliche politische Bildung erfolgen. Diese kann vielleicht dazu beitragen, dass sich die notorischen Probleme der Zielgruppenreicherung lösen, die bildnerische Ansätze häufig haben.

Wie die genannten Elemente und Prinzipien zu einem konkreten Verfahren verbunden werden, dafür sind zahlreiche Möglichkeiten denkbar. Als ein Beispiel liegt uns hier natürlich der Ansatz der Jugendkulturarbeit für Menschenrechte und Demokratie nahe (Cultures Interactive). Jugendkulturworkshops im Peer-teaching-Verfahren stellen Vertrauen und Beziehung her, bieten einen eigenmotivierten, freiwilligen Zugang an und nutzen kreative, gestalterische Impulse. Die narrativen Gesprächsgruppen unterstützen emotionales und soziales Lernen und den offenen Prozess des lebensweltlich-biographischen Erzählens, in dem auch familienbiographische, soziale, genderbezogene und (geo-)politische Belange behandelt werden können, die dann ergänzend in niedrigschwelligen Formaten der politischen Bildung systematischer erörtert werden. Dieser Ansatz ist für Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention gleichermaßen wirksam.

● **Zusammenarbeit und Mischqualifikationen von Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention**

Wenn man die Prinzipien der Extremismusprävention/Deradikalisierung genau betrachtet – Beziehungsarbeit, Vertrauensaufbau, Aufbau von Eigenmotivation, sozial-emotionales Lernen, Lebensgeschichte und Kreativität, narrativer und prozessoffener Austausch ohne thematische Vorgaben und jenseits

„Jugendsozialarbeiter_innen sind der ‚professionellen Beziehungsarbeit‘ von Hause aus nah.“

von Argumentation und Diskussion –, dann wird überraschenderweise deutlich: In all dem sind Jugendsozialarbeiter_innen den Kolleg_innen aus der Extremismusprävention eigentlich bei weitem überlegen. Denn Letztere werden häufig aus Qualifikationsbereichen der politischen und / oder historischen Bildung, des aktiven politischen Engagements oder der religiösen Unterweisung sowie aus sozial- und religionswissenschaftlichen Fächern bezogen. Bildner_innen fällt es oft nicht leicht, eine so weitgehend bedingungslose pädagogische Mentoring-Beziehung ohne thematische Agenda einzugehen – und also nicht sofort alle „falschen Ansichten richtigzustellen“ und nicht stets alles „Problematische auszuräumen“. Jugendsozialarbeiter_innen sind der „professionellen Beziehungsarbeit“ von Hause aus näher, haben aber andererseits Bedarfe nach Methoden und Materialien einer systematischen Menschenrechts- oder politischen Bildung.

Zuletzt wird also deutlich: Sowohl die Jugend(sozial)arbeit als auch die Extremismusprävention/politische Bildung werden über ihre institutionellen Schatten springen und ressortpolitische Polarisierungen überwinden müssen, so dass in einer Netzworkebildung von unten herauf (bottom-up) eine neue, flexible Mischqualifikation hergestellt werden kann, die dann auch weitere Ressourcen aufnimmt, wie z.B. die der Sozial- und Psychotherapie und Jugendpsychiatrie.⁵

Durch eine solche bereichsübergreifende Kooperation ließen sich dann auch jene oben genannten parteipolitisch motivierten Indienstnahmen effektiver abweisen, gegen die sich die Extremismusprävention alleine nicht immer sehr effektiv zu wehren weiß, mitunter auch deswegen, weil in ihr selbst manchmal so viel politisches Herzblut fließt. Jedoch im interdisziplinären Schulterschluss von Jugend(sozial)arbeit, Extremismusprävention, politisch-historischer Bildung, Sozial- und Religionswissenschaften, Sozial- und Psychotherapie und Jugendpsychiatrie können sachferne Zumutungen seitens der Politik wirksamer abgewendet werden. Hiermit würde dann auch ein weiteres wichtiges Qualitätskriterium ins Recht gesetzt, dass nämlich gute Jugend(sozial)arbeit und Extremismusprävention, die selbstredend menschenrechtlich und freiheitlich orientiert ist, auf einer überparteilichen und konfessionslosen Ebene anzusiedeln wäre.

● Zum Schluss – Humor

Zudem wäre eine solchermaßen neue, überparteiliche und interdisziplinäre Zusammenarbeit beinahe automatisch einem phänomenübergreifenden Präventionsansatz verpflichtet, der alle Formen von Extremismus und Menschenfeindlichkeit gleichermaßen im Blick hat, was uns nach wie vor schwerzufallen scheint. Ein durchaus jugendnaher Humorist hat unsere Schwäche in einem Dialog-Sketch auf den Punkt gebracht. Dort trifft die Aussage: „Ob Links- oder Rechtsextremismus – da sehe ich keinen Unterschied!“, auf die vielsagende Antwort: „Doch,

doch! – Es gibt einen Unterschied. Die einen zünden Ausländer an, die anderen Autos. Und Autos anzünden ist schlimmer. Denn es hätte mein Auto sein können. Ausländer besitze ich keine.“ (Marc-Uwe Kling: „Die Känguru-Offenbarung“). Hierbei tritt nebenher auch das bei weitem unbekannteste Prinzip von guter Jugendsozial- und Präventionsarbeit in Erscheinung: Leichtigkeit, Humor und das gemeinsame Lachen über uns selbst.

Die Autor_innen:

Silke Baer hat u.a. Publizistik u. Sozialpädagogik/-arbeit studiert. Die zertifizierte Mediatorin arbeitet seit 2001 in der Rechtsextremismusprävention mit dem Schwerpunkt jugendkulturelle, genderreflektierte und phänomenübergreifende Ansätze und ist Geschäftsführerin von Cultures Interactive e. V.

Dr. habil. Harald Weilnböck (Ph. D.) hat in Bereichen der qualitativen Medien-/Kultur- und Sozialpsychologie und Biographiewissenschaft geforscht, Cultures Interactive e. V. mitbegründet, das Radicalisation Awareness Network (RAN) mit aufgebaut und ist als Praktiker und Praxisforscher sowie Psychotherapeut im Feld der intensivpädagogischen Extremismusprävention und Distanzierung tätig.

Kontakt: hweilnböck@gmx.de

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. das Projekt „Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt“ (RaFiK) im Bereich Jugendhilfe; cultures-interactive.de/de/rafik.html. Ferner wird 2021 eine „Orientierungshilfe (Handlungsempfehlungen) für Jugendämter zum Thema Kindeswohl im Kontext (islamistisch) radikalisierten Familien“ vorgelegt werden; vgl. demnächst auf den Webseiten von SOCLES, CI und PROvention.
- ² Vgl. „RAN Derad Declaration of Good Practice“ (2015), die in die „Thesen zu guter Praxis in Extremismusprävention und Programmgestaltung“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 2018) und in die phänomenübergreifenden Konzepte der „BAG religiös begründeter Extremismus“ eingegangen ist – ferner in das Konzept der „Jugend(kultur)arbeit für Menschenrechte und Demokratie“ (Cultures Interactive); auf <http://cultures-interactive.de>.
- ³ Vgl. Meilicke, Tobias; Weilnböck, Harald (2018), auf: <http://cultures-interactive.de>.
- ⁴ Möller, Kurt (2014), in: Baer et al.: „Verantwortlich Handeln“, auf: <http://cultures-interactive.de/de/sammelband.html>.
- ⁵ Hiermit würden auch einige Fehlentwicklungen des RAN-Netzwerks der EU vermieden; vgl. <http://cultures-interactive.de/ran-essay-de.html>.



NICHT ERST WENN'S KNALLT.

*Qualifizierung und beratende
Unterstützung zivilgesell-
schaftlicher Akteur_innen
sowie von Sozialarbeiter_in-
nen und Pädagog_innen zum
Thema Rechtspopulismus¹
und Rassismus*

Die heutige Eskalation rassistischer Gewalt erinnert an die Zeit kurz nach der Wiedervereinigung. Die aktuellen Bundesprogramme sind zwar breit aufgestellt, dennoch stellt sich noch immer die Frage, ob Gefährdungen der Demokratie durch Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus in einer gesamtgesellschaftlichen Dimension angemessen wahrgenommen, eingeordnet und bearbeitet werden.

Adelheid Schmitz

Kurz nach den rassistischen Übergriffen in Hoyerswerda wurde 1992 das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) von der damaligen Jugendministerin Angela Merkel aufgelegt. Der Titel war Programm. Denn obwohl wir es zu Beginn der 1990er Jahre schon mit offensichtlich extrem rechter und rassistischer Gewalt zu tun hatten, wurde die politische Dimension des Problems bei der Entwicklung von Handlungskonzepten damals nicht nur unterschätzt, sondern auch weitgehend ausgeblendet (Dierbach, 2014). Hinzu kam, dass dies vor allem nur als eine Herausforderung für die neuen Bundesländer gesehen wurde. Diese Sicht hat Auswirkungen bis in die Gegenwart.

Stephan Bundschuh, ehemaliger Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V., betont den Zusammenhang zwischen unmittelbaren und mittelbaren Gefahren von Rassismus: „Der deutlichste politische Ausdruck rassistischer Politikentwürfe findet sich im Rechtsextremismus, der unmittelbar gefährlich ist, weil er regelmäßig Menschenleben fordert. Mittelbar aber ist er gefährlich, weil die Krisenanfälligkeit unserer Gesellschaft offensichtlich rechtspopulistischen und rechtsextremen Gesellschaftsentwürfen in Europa Auftrieb gibt.“ (Bundschuh, 2010, S. 7)

An vielen Beispielen ließe sich zeigen, dass Rassismus als Wesensmerkmal des Rechtsextremismus und gleichzeitig Strukturmerkmal innerhalb der Gesellschaft sowie als Resonanzboden für rassistische Gewalt lange Zeit nicht ausreichend mitgedacht und bearbeitet wurde. Besonders deutlich wurde dies beim Umgang der Ermittlungsbehörden mit den NSU-Morden. Das eigentliche Tatmotiv, nämlich Rassismus, wurde kaum wahrgenommen bzw. ignoriert. Stattdessen wurden bei den Ermittlungen die Opfer sowie ihre Angehörigen selbst zu Beschuldigten gemacht. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Schlussfolgerungen wir daraus auch in der

Sozialen Arbeit und in der Bildungsarbeit ziehen sollten und beim Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus beachten müssten.

„Wer vom Rassismus nicht sprechen will ...“

Zunächst einmal wäre es wichtig, bei einer Auseinandersetzung mit den aktuellen Herausforderungen nicht nur die offensichtlichen Formen, also die Spitze des Eisberges wahrzunehmen, sondern auch die vielfältigen Dimensionen von Rassismus und Diskriminierung und deren tiefe gesellschaftliche Verankerung zu reflektieren. Außerdem muss in der Bildungsarbeit die Beschäftigung mit den Phänomenen Rechtsextremismus und Rassismus stärker miteinander verzahnt werden, anstatt beide Themenkomplexe unverbunden parallel zu bearbeiten (Bundschuh, 2010).

„Die Nicht-Thematisierung von Rassismus trägt dazu bei, rassistische Praktiken noch zu verfestigen.“

Anders als in vielen anderen Ländern scheint es in Deutschland jedoch schwieriger zu sein, von Rassismus zu sprechen. Astrid Messerschmid beschreibt vier Distanzierungsmuster und sieht diese auch als eine Auswirkung der rassistischen und antisemitischen Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten, mit der kaum jemand in Verbindung gebracht werden will (Messerschmid, 2010). Der Begriff wird abgewehrt durch eine Verschiebung in die Vergangenheit (Kolonialismus, NS-Zeit etc.)

oder an die gesellschaftlichen Ränder ausgelagert, die als extremistisch gekennzeichnet werden, damit die gesellschaftliche Mitte sich als „unproblematisch“ und „demokratisch integriert“ repräsentieren kann (Messerschmid, 2010, S. 45). Eine solche Nicht-Thematisierung von Rassismus trägt eher dazu bei, die Macht rassistischer Praktiken noch zu verfestigen.

„Rassismus behauptet die Ungleichwertigkeit von Menschen.“

Versuche, sich sprachlich von Rassismus zu distanzieren, zeigen sich auch dort, wo von „Ausländerfeindlichkeit“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ gesprochen wird, obwohl viele Menschen, die angefeindet, diskriminiert oder sogar ermordet werden, hier geboren wurden oder einen deutschen Pass besitzen. Menschen, die tagtäglich Rassismus erleben, kritisieren, dass mit der Nutzung des Begriffes „Fremdenfeindlichkeit“ vor allem die Perspektive von Täter_innen übernommen werde. Rassismus werde so nicht nur verharmlost, sondern Menschen, die Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft seien, würden so erst als „Fremde“ markiert und weiter stigmatisiert (Die Zeit, 29.4.2019).

Rassismus behauptet die Ungleichwertigkeit von Menschen und rechtfertigt die Bevorzugung der „eigenen“ Gruppe/Ethnie/Nationalität/Kultur oder Religion gegenüber anderen, die bewusst oder auch unbewusst diskriminiert und benachteiligt werden. Er ist „ein wesentliches Element, eine historische Dimension und eine Bedingung für die Entstehung von Rechtsextremismus“ (Bundschuh, 2010, S. 4).

Rassistisch geprägte Denkmuster und Strukturen sind allerdings weit über das extrem rechte Lager hinaus auch im demokratischen Spektrum der Gesellschaft fest verankert. Sie schaffen einen gesellschaftlichen Resonanzboden, auf dem Menschen aus der Mitte der Gesellschaft heraus anderen Menschen die gleichen Rechte absprechen und eine Dominanzkultur legitimieren (Rommelspacher, 1995). Rassistische Welt- und Menschenbilder wie sie z.B. in vielen von Thilo Sarrazin vertretenen Thesen aufscheinen, sind nützlich für Gewalttäter_innen. Sie dienen ihnen als Legitimation für ihre Mord- und Gewalttaten.

Über die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein ...

Eine Auseinandersetzung mit der extremen Rechten sowie den offen rassistischen Positionierungen auch innerhalb des demokratischen Spektrums der Gesellschaft ist richtig und wichtig. Schwieriger wird es allerdings, wenn wir rassistische Positionen und Strukturen auch in Institutionen und Organisationen, die sich offiziell als antirassistisch präsentieren, offenlegen und bearbeiten wollen (Bundschuh, 2010).

Bereits 1986 analysierten Annita Kalpaka und Nora Räthzel „die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“. Sie stießen eine Debatte darüber an, wie auch diejenigen Rassismus weiter reproduzieren, die beanspruchen, ihn zu bekämpfen. Ihr Blick richtete sich dabei besonders auf die Felder der Sozialen Arbeit. Die überarbeitete Neuauflage des Buches zeigt, dass die damals skizzierten Herausforderungen weiter auf der Tagesordnung stehen (Kalpaka u. a., 2017).

Deshalb gilt es auch in der Bildungsarbeit und den Feldern der Sozialen Arbeit weiterhin, den Blick zu schärfen für die weniger sichtbaren Vorfälle im eigenen Umfeld und in den eigenen Arbeitszusammenhängen und zu lernen, strukturelle und institutionelle Formen von Rassismus und Diskriminierung zu erkennen und zu bearbeiten. Dabei geht es weniger um individuelles (Fehl)Verhalten, sondern vielmehr um die Vorgaben und das Handeln in Institutionen, Behörden, Einrichtungen der Sozialen Arbeit oder in der Bildungsarbeit.

Institutioneller Rassismus kann beschrieben werden als: „das kollektive Versagen einer Organisation oder Institution, für Menschen bezüglich ihrer Hautfarbe, Kultur, Religion und ethnischen Herkunft oder Zuschreibung geeignete und professionelle Leistungen und Angebote zu erbringen. Er lässt sich in Prozessen, Einstellungen und Verhaltensweisen festmachen, welche auf eine Diskriminierung hinauslaufen und durch unbewusste Vorurteile, Ignoranz, Gedankenlosigkeit und rassistische Stereotypen, die oben genannten Personen individuell oder kollektiv benachteiligen. Zielführende Maßnahmen und Politiken vermögen es, diesem institutionellen Rassismus entgegenzuwirken“ (Gomolla, 2008).

Mit dieser Definition wird der Blick erweitert um die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen institutionsinterner Mechanismen. Es geht darum, wahrzunehmen, dass einzelne Akteur_innen zwar handeln, dass sie aber gleichzeitig auch Teil eines komplexen Gefüges sind, das in seiner Gesamtheit agiert.

Strukturelle Formen von Rassismus sind noch schwieriger zu erkennen und zu minimieren. Hierbei handelt sich um Ungleichbehandlungen durch demokratisch verabschiedete Rechtsnormen wie z.B. der niedrigere Sozialhilfesatz für Asylbewerber_innen oder die Wohnsitzauflage bzw. Residenzpflicht (die gesetzliche Verpflichtung von Asylbewerber_innen, den Umkreis ihrer zuständigen Behörde nicht zu verlassen). Auch die ersten 2018 eingerichteten sogenannten „Ankerzentren“ werden in diesem Zusammenhang kritisiert (Hess u.a., 2018).

Sensibilisierung und kritische Selbstreflexion

Mit dem Verweis auf Leit- und Selbstbilder dominiert in vielen Bildungsinstitutionen sowie in den Feldern der Sozialen Arbeit häufig die Vorstellung, selbst frei von Diskriminierung und Rassismus zu sein, schließlich engagieren sich die dort Tätigen qua Auftrag für diskriminierte und marginalisierte Menschen. Einige Studien zeigen jedoch, dass an Schulen, in pädagogischen Einrichtungen, in der Sozialen Arbeit und an Hochschulen auch institutionelle Diskriminierung, strukturelle Barrieren und Ausgrenzungen über Lebenschancen von Menschen entscheiden und nicht alleine die Leistungen (Gomolla/Radke, 2007; Jennessen u.a., 2013; Ngubia Kuria, 2015). Solche Strukturen funktionieren auch ohne bösen Willen oder eine rassistische Grundhaltung Einzelner.

Fast jede Einrichtung hat inzwischen interkulturelle Öffnung als Leitbild formuliert. Mit der Erstellung eines Leitbildes ist allerdings nur ein erster Schritt getan. Viel entscheidender ist es, wie es um die Umsetzung einer interkulturellen Öffnung in der Praxis bestellt ist. Mit der Formulierung eines Leitbildes sind Vorurteile, ethnische Zuschreibungen und die Ethnisierung von Konflikten auch im eigenen beruflichen Alltag nicht automatisch verschwunden. Deshalb müssten Fortbildungen zur Sensibilisierung gegenüber Diskriminierung und Rassismus sowie zusätzliche Qualifikationen zum Umgang damit selbstverständlicher Teil dieses Leitbildes sein. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung mit Personalstrukturen, eine kritische Begleitung von Stellenbesetzungen – auch von Leitungspositionen – im Hinblick auf interkulturelle Öffnung.

Wichtig dabei wäre, Rassismus und Diskriminierung nicht nur als Problem außerhalb, sondern auch innerhalb der eigenen Einrichtung zu diskutieren und dies nicht nur im Hinblick auf

die Zielgruppen, sondern auch mit einem Fokus auf die Mitarbeiter_innen, die Leitung und die Institution als Ganzes.

Tupoka Ogette betont, dass Rassismus auf vielen Ebenen wirkt und zeigt, dass es dabei auch um Macht und Privilegien geht. „Rassismus ist ein System. Von diesem System profitieren Weiße Menschen in Form von Weißen Privilegien und Schwarze Menschen und People of Color erleben Rassismus. Dieses System wirkt individuell, institutionell und strukturell.“⁴² (Ogette, 2018). Bei einer Auseinandersetzung mit den verschiedenen Facetten von Rassismus müsste also auch die Frage reflektiert werden, wie Angehörige der „Weißen“ Mehrheitsgesellschaft profitieren, und zwar auch ohne dies gezielt zu wollen. Inzwischen gibt es Konzepte zur Wahrnehmung der eigenen Verstrickung in rassistische Strukturen und den Umgang mit subtilen Formen der Ungleichbehandlung oder mit Privilegien, die Menschen mit Migrationsgeschichte, People of Color sich erst erkämpfen müssen. Beispiele hierfür wären der wissenschaftliche und politische Ansatz „Critical Whiteness“ oder die Handlungsebene des Power-sharings. Mit ihrem Buch „exit RACISM“ hat Tupoka Ogette eine sehr hilfreiche Publikation vorgelegt, die ein erster Schritt zu einer kritischen (Selbst)Reflexion sein kann.

Für rassismuskritische Ansätze qualifizieren

Rassismuskritische Konzepte sollten die Möglichkeit eröffnen, auch alltägliche Formen von Diskriminierung und Rassismus wahrzunehmen sowie deren gewachsene Strukturen und Selbstbilder zu reflektieren und zielgruppengerechte Bildungsangebote zu entwickeln.

Rassismuskritische Bildung muss klar und sachlich in der Bestimmung des Problems sein. Nicht jeder Vorbehalt oder berechtigte Kritik z. B. gegenüber fundamentalistischen Denkmustern ist rassistisch. Die Debatte zu den tatsächlich rassistischen Aussagen von Clemens Tönnies, dem Aufsichtsratsvorsitzenden von Schalke 04, zeigte zwar beispielhaft, dass es in dieser Gesellschaft inzwischen möglich ist, eine rassistische Aussage als solche zu markieren. Die argumentative Verteidigung von Tönnies zeigt allerdings auch, dass in vielen Köpfen noch immer der Gedanke vorherrscht, dass nur „böse“ Menschen sich rassistisch äußern oder so handeln können. Demgegenüber bräuhete es eine Sensibilisierung dafür, dass wir alle während unserer Sozialisation auch durch viele Facetten rassistischer Denkmuster geprägt wurden und dass diese bis heute wirken – ob wir das wollen oder nicht. Hilfreich wäre es, dies in solchen Situationen einzugestehen nach dem Motto: „Ja, wir sind rassistisch, aber wir arbeiten dran“ (Emily Ngubia Kessé, 2017).

Demokratische Prinzipien, Widerspruchstoleranz und Partizipation fördern

Die aktuellen Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen können als „Seismograph“ für tiefer liegende Probleme wahrgenommen werden: tatsächlich existierende Verteilungskonflikte, die gesellschaftliche Spaltung zwischen Arm und Reich,³ reale oder gefühlte Benachteiligungen, Gefühle der Machtlosigkeit. In der Folge nimmt bei großen Teilen der Bevölkerung die Politikverdrossenheit zu und das Vertrauen gegenüber den politisch Verantwortlichen und deren Lösungskonzepten sinkt (Klein/Hüpping, 2008).

„Politische Bildung ist keine gesellschaftspolitische Feuerwehr.“

Rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien setzen mit ihren simplen Parolen genau da an, wo die Zivilgesellschaft schwach ist, wo Ungleichheit zunimmt und dafür „Sündenböcke“ gesucht werden. Prävention muss also schon bei den ersten Anzeichen einer Entdemokratisierung ansetzen, dem Verlust an Mitsprache, Kontrolle, Transparenz, Freiheit oder eben Zivilität (Krupa, 2008, S. 241). Hier gilt es, neue Formen der Partizipation für und mit Jugendlichen in ihren jeweiligen Lebensbereichen zu entwickeln und Widerspruchstoleranz zu fördern (www.anders-denken.info). Dafür braucht es allerdings Qualifikation, Zeit und Unterstützung.

Erfahrungen von Selbst- wirksamkeit ermöglichen

Ziel muss es sein, mehr Freiräume und Angebote für Partizipation zu entwickeln. Es braucht Angebote für Eigeninitiative und Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Lebensräume und der demokratischen Kultur im Lebensumfeld. Dies gilt für junge, aber auch ältere Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Kulturen. Vielfalt, Demokratie und Partizipation wird für Menschen erst dann (er)lebbar, wenn sie Teil eines Entwicklungs- und Gestaltungsprozesses sind, der ihre Interessen und Bedürfnisse mitberücksichtigt. Wichtig dabei sind also lebensnahe und partizipative Ansätze sowie eine subjektorientierte Bildungsarbeit (Scherr, 2003), die eigene Erfahrungen bearbeitet und Selbstwirksamkeit ermöglicht (Roth, 2011). Dass

junge Menschen sehr wohl politisch interessiert und bereit sind, sich nachhaltig zu engagieren, zeigt aktuell die selbstorganisierte „Fridays for Future“-Bewegung.

Kritische politische Bildung stärken

Eine kritische politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung, um gesellschaftliche Herausforderungen in ihrer Differenziertheit wahrzunehmen und angemessene Handlungskonzepte entwickeln zu können. Als „Wundermittel“ taugt sie allerdings nicht. „Politische Bildung ist keine gesellschaftspolitische Feuerwehr, keine Umerziehungsmaßnahme mit Sofortgarantie. (...) Politische Bildung (...) setzt eher auf mittel- und langfristige Lern- und Veränderungsprozesse, lässt den Lernenden Raum, neue An- und Einsichten auszuprobieren, Um- und Abwege zu gehen, will Einstellungen, Orientierungen, Überzeugungen vermitteln, beeinflussen, initiieren, korrigieren, problematisieren. (...) Das alles ist nicht im Schnellverfahren zu haben“ (Ahlheim 2007, S. 417).

Eine solche Bildungsarbeit beleuchtet Hintergründe und Ursachen, um davon ausgehend Handlungsstrategien zu entwickeln, die auch neue Formen der Mitbestimmung und Beteiligung eröffnen. „Kritische Demokratiebildung zielt zunächst einmal darauf ab, die politischen und sozialen Verhältnisse zu begreifen, in denen die Menschen eingebunden sind“ (Lösch 2010, S. 120). Sie setzt an den Themen an, die den Jugendlichen aber auch den Erwachsenen auf den Nägeln brennen. Gesellschaftspolitische Zusammenhänge wie z.B. die Zunahme von Ungleichheit und Politikverdrossenheit, die Suche nach „Sündenböcken“ und Verantwortlichen und die Ethnisierung sozialer Probleme sollten im Rahmen von Bildungsangeboten aufgegriffen und am Beispiel eigener Erfahrungen kritisch analysiert werden.

Dass dies alles nicht umsonst zu haben ist und auch nicht nur über zeitlich befristete Projekte im Rahmen von Sonderprogrammen, wissen all diejenigen, die seit Jahren für eine ausreichende personelle und strukturelle Absicherung der außerschulischen Bildung kämpfen. Solange diese Botschaft nicht in der Politik verstanden wird, bleibt eine kritische politische Bildung nur ein „Tropfen auf den heißen Stein.“

Die Autorin:

Adelheid Schmitz ist Diplom-Sozialpädagogin und wissenschaftlich-pädagogische Mitarbeiterin an der Hochschule Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus.

Kontakt: forena@hs-duesseldorf.de

„Aktuelle Erfolge rechtspopulistischer Parteien können als ‚Seismograph‘ für tiefer liegende Probleme wahrgenommen werden.“

Anmerkungen:

- ¹ Wilhelm Heitmeyer hält Begriffe wie Populismus und Rechtspopulismus für untauglich zur Beschreibung des Problems, da sie verharmlosen, verniedlichen, vernebeln. Vgl. Heitmeyer (2019): Autoritäre Versuchungen, Gastkommentar in Erziehung und Wissenschaft, Zeitschrift der GEW, 04/2019, S. 2.
- ² Begriffe wie „Weiß“ und „Schwarz“ sind großgeschrieben und werden nicht als Hautfarbe, sondern als soziale Kategorie begriffen. Sie umschreiben ein Machtverhältnis als Folge eines jahrhundertealten Rassismus.
- ³ Dies belegt eine Studie des Paritätischen Gesamtverbandes. Insgesamt 22,3 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wachsen in Armut auf. Besonders betroffen seien Alleinerziehende oder Familien mit drei oder mehr Kindern. <https://www.tagesschau.de/inland/studie-arme-kinder-101.html> (aufgerufen am 2.8.2019).

Literatur:

Anders denken. Onlineplattform: <https://www.anders-denken.info/informieren/widerspruchstoleranz> (aufgerufen am 25.5.2019).

Brodén, Anne; Mecheril, Paul (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft. Bielefeld, 2010.

Brodén, Anne: Vom Felsen, der auf die Füße rollt, oder: Blinde Flecken bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, in: IDA NRW (Hg.), Überblick, 4/2010, S. 7–10.

Bundschuh, Stephan: Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen. Perspektiven unserer Arbeit, in: IDA NRW (Hg.), Überblick, 4/2010, S. 4–7.

Dierbach, Stefan: „Das sind keine Nazis, das sind unsere Kinder“ – Die jugendtheoretisch unterlegte Entpolitisierung der Akteur_innen rechter Gewalt als zentraler Geburtsfehler des ersten Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus, in: Blome, Mathis; Manthe, Barbara (Hg.): Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand, im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums NRW, Düsseldorf, 2014.

Frisse, Julia: „Wer ‚Fremdenfeindlichkeit‘ sagt, übernimmt die Sicht der Täter“, in: ZEIT ONLINE vom 29.4.2019, <https://www.zeit.de/die-antwort/2019-03/rassismus-herkunft-identitaet-kommunikation> (aufgerufen am 5.5.2019).

Gomolla, Mechthild; Radtke, Frank-Olaf: Institutionelle Diskriminierung: Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Wiesbaden, 2007.

Gomolla, Mechthild: Institutionelle Diskriminierung im Bildungs- und Erziehungssystem: Theorie, Forschungsergebnisse und Handlungsperspektiven, 2008, http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1495.asp (aufgerufen am 17.9.2012).

Heitmeyer, Wilhelm: Autoritäre Versuchungen, Gastkom-

mentar in Erziehung und Wissenschaft, Zeitschrift der GEW, 04/2019, S. 2.

Hess, Sabine; Pott, Andreas; Schammann, Hannes; Scherr, Alfred; Schiffauer, Werner: Welche Auswirkungen haben „Anker-Zentren“? Eine Kurzstudie für den Mediendienst Integration, https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Daten/Expertise_Anker-Zentren_August_2018.pdf (aufgerufen am 20.6.2019).

Jennessen, Sven; Kastirke, Nicole; Kotthaus, Jochen: Diskriminierung im vorschulischen und schulischen Bereich. Eine sozial- und erziehungswissenschaftliche Bestandsaufnahme. Expertise im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin, 2013.

Kalpaka, Annita; Räthzel, Nora (Hg.): Über die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Hamburg, 1986.

Kalpaka, Annita; Räthzel, Nora; Weber, Klaus (Hg.): Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, überarbeitete Neuauflage, Hamburg, 2017.

Klein, Anna; Hüpping, Sandra: Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt/M., 2008, S. 73–94.

Krupa, Matthias: Noch ein Schuss frei. Von der Politikverdrossenheit zur Krise der Demokratie, in: Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt/M., S. 237–248.

Lösch, Bettina; Thimmel, Andreas (Hg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch, Schwalbach/Taunus, 2010.

Messerschmidt, Astrid: Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus, in: Brodén, Anne; Mecheril, Paul (Hg.): Rassismus bildet, Bielefeld, 2010, S. 41–56.

Netzwerk kritische Migrationspädagogik, Positionierung (o. J., 2009?), <https://www.rassismuskritik-bw.de/ueber-uns/positionierung/> (aufgerufen am 21.5.2019).

Ngubia Kuria, Emily: eingeschrieben. Zeichen setzen gegen Rassismus an deutschen Hochschulen, Berlin 2015.

Ngubia Kessé, Emily: Zitat aus einem Vortrag an der Hochschule Düsseldorf zu Rassismus an Hochschulen, 30.6.2017.

Ogette, Tupoka: exit RACISM. rassismuskritisch denken lernen, Münster, 2017.

Ogette, Tupoka: „Die Bretter, die die Welt bedeuten“, in: Schauspielhaus Köln, Magazin Nr. 3, 2018/19, S. 24.

Rommelspacher, Birgit: Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995.

Roth, Roland: Bürgermacht: Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg, 2011.

Zick, Andreas; Küpper Beate; Berghan, Wilhelm (Hg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen, Bonn, 2019.



Was macht Hate Speech im Internet mit Jugendlichen und der Demokratie?

Welche Erfahrungen haben junge Erwachsene mit Hate Speech und wie sind ihre Einstellungen zu Hassrede im Internet? Im Folgenden werden Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie zu diesem Thema beschrieben.

Dr. Daniel Geschke, Anja Kläßen, Dr. Matthias Quent, Christoph Richter

Wie gehen Jugendliche und junge Erwachsene damit um, wenn sie selbst von Hate Speech betroffen sind, und was macht es mit ihnen, wenn sie solche gruppenbezogenen Abwertungen im Netz „nur“ beobachten. Welche Auswirkungen hat es auf ihre Beteiligung an Online-Debatten? Wie beeinflusst der vorurteilsgeleitete Hass den Meinungspluralismus im Netz und wie verändert er unsere Demokratie insgesamt? Um diese und weitere Fragen zu beantworten, wurde im Auftrag von Campact e.V., durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut YouGov und ausgewertet vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) im April und Mai 2019 die bisher größte deutsche repräsentative Online-Befragung zu Hate Speech im Internet realisiert.¹

Die Ergebnisse dieser Untersuchung für die Teilstichprobe der 717 befragten 18- bis 24-Jährigen werden hier genauer beschrieben. In der Darstellung fokussieren wir auf die Zahlen, denn diese sprechen für sich. Die Befunde für diese Teilstichprobe sind besonders besorgniserregend. Denn jüngere Menschen sind nicht nur viel stärker von Hate Speech betroffen als

ältere, sondern sie sind auch besonders verletzlich. Eine Ursache der stärkeren Betroffenheit ist auch, dass jüngere Menschen das Internet und die sozialen Medien häufiger, intensiver und qualitativ anders nutzen als ältere Befragte.

Definition von Hate Speech

Als „Hate Speech“ bezeichnet man Aussagen, die aggressiv oder allgemein abwertend und gegen Personen gerichtet sind, die bestimmten Gruppen zugeordnet werden. Synonym werden sie auch als „Hassrede“, „Hasssprache“ oder „Hasskommentare“ bezeichnet. Dabei kann es um ganz unterschiedliche Gruppen gehen, vom Geschlecht, der sexuellen Orientierung, der Religion oder der ethnischen Herkunft bis hin zu Berufsgruppen wie „Politiker_innen“. Hate Speech ist nach dieser Definition somit abzugrenzen von individuellen Formen der Herabsetzung, die sich nicht auf bestimmte Gruppenmitgliedschaften beziehen, wie z. B. individuelle Beleidigungen, Belästigungen oder Cybermobbing. „Hasssprache“ bezieht sich somit weniger auf die Emotion Hass als vielmehr auf negative Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen von Menschen.

„Jüngere Menschen nutzen das Internet häufiger, intensiver und qualitativ anders als ältere Befragte.“

Hate Speech ist ein Sammelbegriff für verschiedene Äußerungen, die teilweise auch rechtlich relevant sein können. Im strafrechtlichen Sinne sind in Deutschland in diesem Kontext vor allem relevant: Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung, öffentlicher Aufruf zu Straftaten, Volksverhetzung, Nötigung und Bedrohung.²

Persönliche Betroffenheit von Hate Speech

Mehr als jede_r Sechste (17 %) der Befragten bejaht die Frage „Waren Sie selbst schon von Hate Speech im Internet betroffen?“. Von diesen 117 Personen (also den 16 %, die angegeben haben, dass ihnen Hassrede widerfahren ist) erhoben wir dann, aufgrund welcher Merkmale sie online attackiert wurden. Wir fragten mit Bezug auf die erlebte Hate Speech: „Worauf bezog sich diese?“ (Mehrfachauswahl war möglich):

- Auf mein Aussehen 60 %
- Auf meine politischen Ansichten 41 %
- Auf mein Geschlecht (weil ich eine Frau bin, ein Mann bin oder ein anderes Geschlecht habe) 30 %
- Auf meine romantischen oder sexuellen Beziehungen 24 %
- Auf meine sexuelle Orientierung 22 %
- Auf meine Herkunft 17 %
- Auf meine Familie 12 %
- Auf meine Religion 11 %

Dass hier so viele Befragte angeben, aufgrund ihrer politischen Ansichten mit Hasskommentaren angegriffen zu werden, zeigt die Rohheit der Online-Debattenkultur in Deutschland. Aber auch, dass Aussehen und Geschlecht so häufig als Auslöser von Hate Speech benannt werden, muss nachdenklich machen. Da viele junge Menschen noch in der Phase der Identitätsfindung und damit besonders verletzlich sind, wiegen diese Angriffe für sie besonders schwer. Dies zeigt sich auch im folgenden Abschnitt.

Die psychischen und sozialen Auswirkungen der persönlichen Betroffenheit von Hate Speech

Welche Effekte haben diese Erlebnisse im Netz auf das Wohlbefinden und das Sozialleben junger Menschen? Wie viele von ihnen werden davon negativ beeinflusst? Fast drei Viertel (74 %) derer, die schon persönlich mit Hasskommentaren im Netz angegriffen wurden, benennen verschiedene negative Auswirkungen dieser Erfahrungen (Mehrfachauswahl war

möglich, vgl. Abbildung 1): Jede_r Zweite (49 %) berichtet von emotionalem Stress, mehr als jede_r Dritte (38 %) von Angst und Unruhe, fast jede_r Dritte (31 %) bestätigt Depressionen und nahezu jede_r Zweite (42 %) berichtet von Problemen mit dem Selbstbild. Das sind bedenklich hohe Zahlen von selbst berichteten psychischen Problemen in Folge der Online-Erfahrungen mit Hasskommentaren.

Aber auch im sozialen Bereich sind die negativen Folgen von Hate Speech nicht unbedeutend. Für ein Viertel (25 %) ergeben sich infolgedessen Probleme mit Freund_innen oder der Familie, für jede_n Fünfte_n (21 %) Schwierigkeiten mit und bei der Arbeit und für mehr als jede_n Vierte_n (28 %) Probleme in der Bildungseinrichtung (Abbildung 1).

Bei diesen negativen Auswirkungen finden sich zudem bedeutsame Geschlechtsunterschiede. Weibliche Teilnehmende berichten deutlich häufiger von solchen Effekten der persönlichen Angriffe im Internet als männliche. Nur 9 % der befragten jungen Frauen gaben an, dass die Hasskommentare für sie gar keine Folgen hatten. Bei den anderen Fragen zu diesem Themenkomplex waren die Frauen immer mindestens doppelt so stark betroffen wie männliche Befragte.

Die hier benannten negativen Folgen können starke Beeinträchtigung bereits in jugendlichem Alter darstellen und potenziell Auswirkungen auf das gesamte weitere Leben der Betroffenen haben. Besonders kritisch sind die Befunde für weibliche Befragte. Sehr viele junge Frauen werden durch Hasssprache massiv beeinträchtigt. Sie werden dadurch in eigentlich zu überwindende, stereotype Geschlechtsrollen gedrängt, beispielsweise als Probleme internalisierend, passiv und zurückgezogen.

Wahrnehmungen von Hate Speech

Neben der persönlichen Betroffenheit und ihren Auswirkungen haben wir auch nach der Beobachtung von Hasskommentaren gefragt: „Haben Sie persönlich schon Hate Speech bzw. Hasskommentare im Internet gesehen – z.B. auf Webseiten, in Blogs, in sozialen Netzwerken oder in Internetforen?“ Dies bejahen fast drei Viertel (73 %) der Befragten und bestätigen somit, schon online Hasssprache wahrgenommen zu haben. Ebenfalls 73 % der Befragten haben zudem den Eindruck, dass Hate Speech im Internet in den letzten Jahren zugenommen hat. Zudem stimmt ein Drittel (67 %) der Aussage zu „Mich besorgt, dass durch Aggressionen im Internet die Gewalt im Alltag zunimmt“. Es herrscht also der Eindruck vor, dass dieses Problem online stärker wird und auch die Offline-Welt negativ beeinflusst. Uns interessierte zusätzlich auch, wie die Befragten

„Hate Speech verringert die Meinungsvielfalt im Netz.“

mit diesen Wahrnehmungen umgehen und welche Effekte das insgesamt hat.

Auswirkungen von Hate Speech und Folgen für die Debattenkultur

Der Aussage „Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet, weil sie Menschen einschüchtern und verdrängen“ stimmen über zwei Drittel der jüngeren Internetnutzer_innen (70 %) zu. Über die Hälfte (59 %) meint auch: „Hass im Netz schränkt die Meinungsfreiheit ein, weil Nutzer_innen sich seltener zu ihrer politischen Meinung bekennen“ (vgl. Abbildung 2).

Die Existenz von solchen Einschüchterungs- und Verdrängungseffekten wird durch den Umgang mit Hassrede im Internet bestätigt: Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, sich in Reaktion auf Hassrede im Internet seltener zu ihrer politischen Meinung zu bekennen (60 %) und sich seltener an Diskussionen im Netz zu beteiligen (50 %) (vgl. Abbildung 2). Das bedeutet, dass Internetnutzer_innen durch Hassbotschaften systematisch aus Onlinediskussionen vertrieben werden und sich vertreiben lassen. Das gilt auch dann, wenn sie (noch) nicht persönlich durch Hate Speech angegriffen wurden, sondern diese nur beobachtet haben (Abbildung 2).

Hate Speech verringert also die Meinungsvielfalt im Netz. Darunter leidet letztlich die demokratische (Diskurs-)Kultur. Hasskommentare führen auch zu einer Verschiebung der Wahrnehmung über die gesellschaftliche Realität, wenn die Hater_innen in den Kommentarspalten dominieren. Denn dann entsteht der fälschliche Eindruck, dass sie auch gesellschaftlich in der Mehrheit sind, was aber gar nicht stimmt.

Was tun gegen Hate Speech?

Aus der Sicht der Befragten unternehmen deutsche Institutionen nicht genug gegen den Hass im Netz. Die Forderung „Der Staat sollte die bestehenden Gesetze gegen Beleidigungen, Hassrede und Verleumdung auch im Internet konsequent durchsetzen“ findet eine Zustimmung von über zwei Dritteln der Befragten (71 %).

Ein sehr großer Teil der befragten Internetnutzer_innen ist mit diesen Hassbotschaften nicht einverstanden. Die Mehrheit fordert, dass mehr gegen den Hass im Netz getan wird. Die konkreten Forderungen, mit denen Campact e.V. den Hass im Internet eindämmen, Betroffene stärken und consequente Strafverfolgung von Täter_innen durchsetzen will, finden auch bei den jüngeren Befragten sehr große Zustimmung. So

fordern fast zwei Drittel (64 %) in ihrem Bundesland spezialisierte Anlaufstellen für Betroffene von Hass im Internet. Über die Hälfte (60 %) wünscht sich auf Polizeidienststellen eine_n Beauftragte_n für Hassrede im Internet. Aber auch Bildung zum Thema ist relevant. Über die Hälfte (55 %) findet, dass Weiterbildungen zu Hassrede im Internet für Lehrende und die Schüler_innenschaft verpflichtend sein sollten.

Zusammenfassung

Mehr als jede_r Sechste zwischen 18 und 24 Jahren ist direkt von Hate Speech im Internet betroffen. Viele Betroffene berichten infolgedessen von verschiedenen negativen psychischen und sozialen Auswirkungen, beispielsweise von Angst und Unruhe, Problemen mit dem Selbstbild, Depressionen, aber auch von Problemen mit Freund_innen oder in ihrer Bildungseinrichtung. Fast drei Viertel haben Hate Speech im Internet bereits wahrgenommen. Etwa die Hälfte zieht sich deshalb aus den Online-Debatten zurück, bekennt sich seltener zu ihrer politischen Meinung und beteiligt sich seltener an Diskussionen im Netz. Dadurch entsteht eine paradoxe Situation. Die Meinungsfreiheit Einzelner, ihren vorurteilsgeleiteten Hass im Netz zu verbreiten, führt insgesamt zu einer Beeinträchtigung der Debattenkultur im Netz und zu einer massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit!

Zahlreiche Initiativen engagieren sich gegen Hate Speech im Internet:

- Die Amadeu Antonio Stiftung: u. a. www.debate-dehate.com, Projekt Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz
- Der Verein Campact e.V. hat für eine Kampagne gegen Hate Speech bereits über 240.000 Unterschriften gesammelt: www.campact.de/hate-speech/
- Die Vernetzungsstelle das NETTZ: www.das-nettz.de
- Die No Hate Speech Movement: <https://no-hate-speech.de>
- Der Verein Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.: www.gesichtzeigen.de
- Der Verein #Ichbinhier: <https://www.ichbinhier.eu/>
- Die Ratgeberplattform HateAid: <https://hateaid.org/>
- Das von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Online-Angebot: www.hass-im-netz.info

Die Autor_innen:

Dr. Daniel Geschke, Sozialpsychologe, wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Kontakt: daniel.geschke@idz-jena.de

Anja Klassen, Sozialarbeiterin und Psychologin, Projektassistenz am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Kontakt: anja.klassen@idz-jena.de

Dr. Matthias Quent, Soziologe und Politikwissenschaftler,
Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft
Kontakt: matthias.quent@idz-jena.de

Christoph Richter, M.A., Soziologe und Ethnologe. Freier
wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratie
und Zivilgesellschaft
Kontakt: christoph.richter@idz-jena.de

Anmerkungen:

¹ Die Gesamtstudie mit insgesamt über 7.400 Befragten kann hier
nachgelesen werden: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_

[upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf](#)
(aufgerufen am 06.08.2019).

² Vgl. <https://no-hate-speech.de/de/wissen/welche-gesetze-gibt-es-gegen-hate-speech/> (aufgerufen am 06.08.2019).

Abbildung 1: Auswirkungen der persönlichen Betroffenheit von Hate Speech (Angaben in Prozent, n = 117)

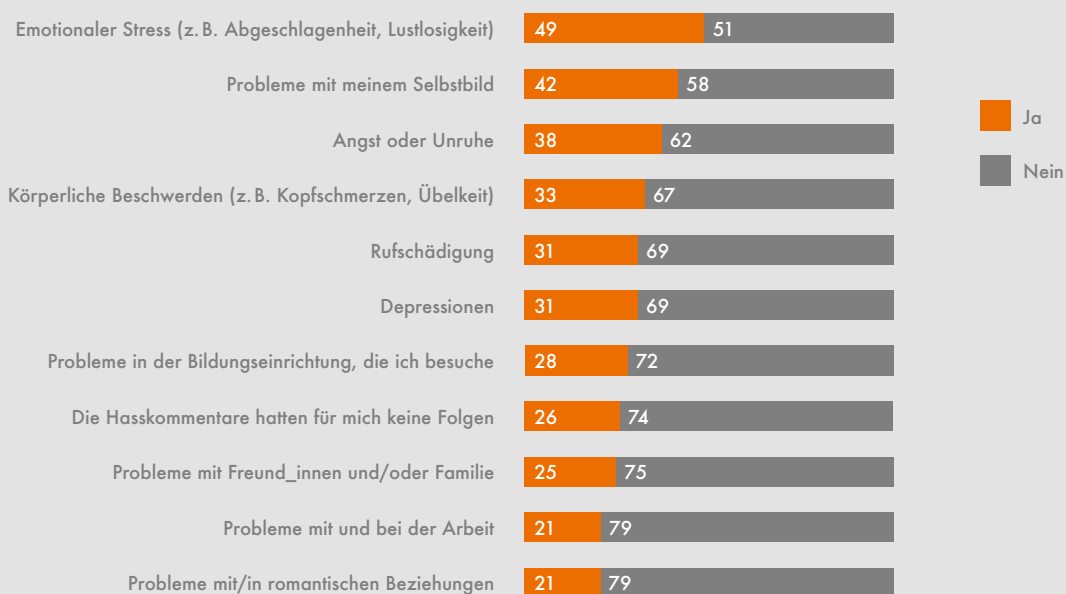
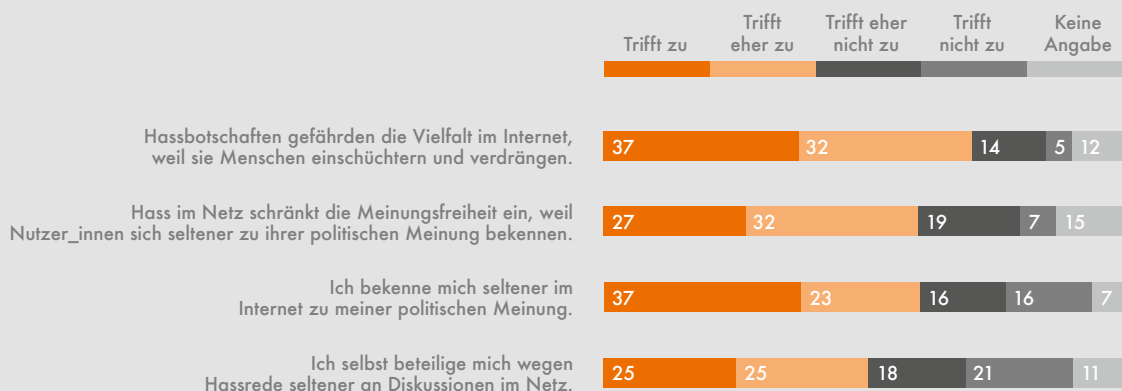


Abbildung 2: Einschränkung der Meinungsfreiheit und Rückzug aus Online-Debatten als Folgen von Online Hate Speech



Quelle: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft



Frauen im Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Die Hartnäckigkeit von Geschlechterklischees lässt sich anhand der Annahmen über Frauen im Rechtsextremismus immer wieder erkennen: Selbst eine Rechtsterroristin wie Beate Zschäpe wurde im Prozessverlauf immer wieder als „Freundin von“ charakterisiert und ihre zentrale, gestaltende Rolle für das Leben der Rechtsterrorist_innen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ damit heruntergespielt.¹

Christina Dinar und Simone Rafael

Politisches Strategientum wird vor allem männlichen Akteuren zugeschrieben, während rechtsextreme Frauen mit einer doppelten Unsichtbarkeit belegt werden: Sie werden kaum gesehen und, wenn es passiert, als Mitläuferinnen beschrieben, die mehr an Männern als an Politik interessiert sind.²

Rechtsextreme Frauen wiederum richten sich in dieser Rolle gern ein, und dies nicht nur, weil es dem Sexismus und den Geschlechterklischees in ihrer eigenen Szene entspricht: Denn diese Wahrnehmung führt einerseits zu durchweg milderer Verurteilungen vor Gericht und lässt sich andererseits strategisch nutzen, um im vopolitischen Raum rechtsextreme Ideologie zu verbreiten. Da Frauen kein bisschen weniger rechtsextrem und strategisch sind als Männer, wird diese gesellschaftliche Konstruktion gern genutzt: Rechtsextreme Frauen sichern sich gesellschaftlichen Einfluss, den männliche Rechtsextreme gar nicht so leicht bekommen. Sie ergreifen unerkannt soziale Berufe, um als Erzieherinnen oder Lehrerinnen kommende Generationen zu beeinflussen, kommen als freundliche Heilpraktikerinnen oder Öko-Bäuerinnen mit nicht-rechten Nachbar_innen ins Gespräch, oder versuchen als engagierte Mütter die Elternarbeit ganzer Schulen mit als Heimat- oder Traditionsschutz verblendetem Rassismus zu dominieren.³

Diese Art des weiblichen Aktivismus wird in der rechtsextremen Szene geschätzt, wenn die Frauen bei den ihnen zugeschriebenen Themen bleiben: Kinder und Erziehung, Kampf gegen sexualisierte Gewalt, der in der rechtsextremen Szene immer eine rassistische Komponente hat, oder durch die weibliche Senderin gestärkter Antifeminismus und Kampf gegen geschlechtliche Vielfalt. Wenn junge Frauen, die der „Identitären Bewegung“ nahestehen, 2018 Online-Kampagnen wie „120 Dezibel“⁴ ins Leben rufen, um das Thema sexualisierte Gewalt zu nutzen, um rassistische gegen Migranten zu hetzen,⁵ applaudieren ihre männlichen Mitstreiter am lautesten. Aktivistinnen wie Melanie Schmitz werden geschätzt, wenn sie rechtsextreme Ideologie in altmodischen Chansons oder lässigem Hip-Hop vertonen – wenn sie sich aber gegen Rollenklischees oder sexualisierte Belästigung in der eigenen Szene wenden, ist die Zustimmung weniger groß.⁶

Etliche dieser Themen und Zuschreibungen spielen auch im Rechtspopulismus eine Rolle. Trotzdem scheinen dort mehr Akteurinnen an zentralen Positionen wichtig zu sein. Als 2014/15 der Rechtspopulismus in Form von „Pegida“ auf deutsche Straßen getragen wurde, standen Katrin Oertel und Tatjana Festerling als zentrale Rednerinnen mit auf der Bühne, und auch zahllose weitere Frauen fanden bei „Pegida“ ihr Publikum. Sie äußerten dort entweder Islamfeindlichkeit und Rassismus getarnt als Angst vor sexualisierter Gewalt, oder traten als weibliche Fürsprecherinnen gegen Geschlechtergerechtigkeit oder Gleichstellung auf.⁷ Das Organisationsteam der „Demos

für alle“, einer Demo gegen geschlechtliche Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit besteht aus Frauen. Antifeminismus und Anti-Gender-Engagement werden dort als Familienevent organisiert.⁸ In Kandel, Rheinland-Pfalz, mobilisiert seit 2018 ein „Frauenbündnis“ gegen Geflüchtete, dass allerdings von einem Mann organisiert wird.

„In Landesparlamenten liegt der Frauenanteil in den AfD-Fraktionen zwischen 0 und 25 %.“

Auch bei der AfD gibt es Frauen in der Öffentlichkeit, aber weniger Frauen in der Partei. Frauke Petry, Alice Weidel oder Beatrix von Storch hatte von Anbeginn Führungspositionen in der AfD inne und gaben der Partei ein friedlicheres und weiblicheres Erscheinungsbild. Auffällig ist, dass alle drei nicht dem radikalen, völkisch-nationalen Flügel der Partei zugerechnet wurden oder werden, obwohl sie sich auch völkisch und nationalistisch äußern. Frauen, die offen zum rechtradikalen „Flügel“ der Partei gehören, werden dafür stärker sanktioniert als männliche Mitglieder – etwa die Landesvorsitzende der AfD Schleswig-Holstein, Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein, die im August 2019 wegen „parteischädigendem Verhalten“ aus der AfD ausgeschlossen wurde.⁹ Doch die AfD hat insgesamt einen starken Gender-Gap zu verzeichnen: Ein Großteil der Mandatsträger_innen ist männlich, in Landesparlamenten liegt der Frauenanteil in den AfD-Fraktionen zwischen 0 und 25 Prozent, im Bundestag bei 8,2 Prozent.¹⁰ Ähnlich sieht es bei den Mitgliederzahlen aus. Laut Eigenangaben aus dem Jahr 2019 sind nur 13 Prozent der AfD-Mitglieder weiblich.¹¹ Damit ist keine im Bundestag vertretene Partei stärker von Männern dominiert als die AfD. Bei der Bundestagswahl 2017 waren 35,7 Prozent der AfD-Wähler_innen Frauen. Somit stimmten insgesamt 9 % der wahlberechtigten Frauen für die AfD und 16 % der Männer.

Dass Frauen weniger in der Partei vertreten sind, erklärt sich aus den ebenfalls sehr traditionellen Familien- und Geschlechterbildern der Rechtspopulist_innen. Sozialwissenschaftlerin Beate Küpper nennt die Zielgruppe rechtspopulistischer Agitation „kulturelle Modernisierungsverlierer“: Männer, die sich ihrer Privilegien in der Gesellschaft versichern wollen, in dem sie sich gegen Gleichstellung von Frauen mit Sexismus und Antifeminismus wehren, gegen die Gleichstellung von Minderheiten mit Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Rollenangebote für Frauen sind dagegen sehr widersprüchlich: Frauen sollen Mütter sein und damit dem „Volk“ dienen, dass dann nicht mehr ausstirbt. Sie müssen geschützt werden – vor allem vor Migranten, Flüchtlingen, aber auch vor sich selbst.

„Frauenrechte und sexualisierte Gewalt werden nur angesprochen, wenn vermeintliche oder tatsächliche Täter Nicht-Deutsche sind.“

Dafür dürfen sie unselbstständig sein, sollen aber andererseits ihren Mann unterstützen. Dabei sollen sich Frauen deutlich vom Mann unterscheiden (Aussehen, Vorlieben, Verhalten usw.). Damit einhergehende strukturelle Benachteiligungen werden nicht thematisiert, negiert oder für gut befunden. Zahlreiche Widersprüche hat dieses Geschlechterkonstrukt auch zu bieten: So werden „deutsche“ Frauen als Hausfrauen und Mütter verehrt, muslimische Frauen mit gleichem Rollenbild allerdings mit Rassismus und Sexismus bedacht („Kopftuch-Mädchen“); Feminismus wird einerseits positiv aufgeführt als Argument gegen „den Islam“, der Frauen unterdrücke. Andererseits ist Feminismus der Feind, der die „traditionelle Familie“ zerstört.¹²

In der Online-Welt vereinen sich beide Milieus zu einer toxischen Umgebung für Frauen, die sich politisch äußern. Studien der Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ kamen zu dem Schluss, dass Twitter-User_innen mehr Hasskommentare erleiden mussten, wenn sie weiblich sind, noch mehr, wenn sie dazu einen Migrationshintergrund haben – und am meisten, wenn sie eine schwarze Hautfarbe haben. Dabei hatte das Geschlecht der Twitter-User_innen mehr Einfluss als beispielsweise die politische Ausrichtung. Frauen aller politischen Richtungen von liberal bis konservativ wurden gleichermaßen frauenfeindlich attackiert.¹³

Wie kann man in der Sozialen Arbeit mit Frauen und jungen Mädchen umgehen?

Geschlecht spielt eine Rolle in der Praxis der Sozialen Arbeit und kann auch darüber bestimmen, wie ich als Sozialarbeitende_r tätig werde, d.h. Problemhandeln wahrnehme und auch insgesamt die_den Adressat_in einschätze. Insbesondere rechtsextreme Frauen stellen eine Besonderheit da, weil sie wie schon beschrieben häufig „unter dem Radar“ sind und ihr Handeln möglicherweise übersehen wird. Oder es kommt erst zu einem Zeitpunkt an die Oberfläche, wo ein pädagogisches Interventions nur noch schwer greift – weil Weltbilder sich geschlossen haben. In solchen Fällen befindet sich die Adressatin in der 3. Präventionsstufe, in der nur noch professionelle Ausstiegsarbeit (wie sie z.B. Exit Deutschland praktiziert¹⁴) möglich ist. In solchen Fällen ist unbedingt die dafür ausgebildete profes-

sionelle Handlungsstruktur aufzusuchen und die jahrelange Erfahrung in einer kollegialen Beratung wahrzunehmen.

Im Kontext des Rechtspopulismus sind es in der Praxis häufig Themen und Einstellungsangebote, die durchaus eine Intervention im Kontext einer sozialen Arbeit ermöglichen. Das kann z.B. über Themen funktionieren, die von rechtspopulistischer Seite stark genutzt werden. Diese werden dann aufgenommen und in der sozialen Arbeit reflektiert.

Ein Thema, das viele junge Frauen und Mädchen anspricht, ist sexualisierte Gewalt.

Dieser Themenbereich wird von rechtspolitischer Seite häufig genutzt und spricht insbesondere die emotionale Seite an. Es kann durchaus auch sein, dass dadurch eigene Erfahrungen in dem Bereich „getriggert“ werden (d.h. sie emotionale Impulse auslösen, Erinnerung oder auch Traumata wachrufen).

Im Bereich der extremen Rechte, der modernen weiblichen und männlichen Rechtsradikalen und Rechtspopulist_innen wird sexualisierte Gewalt enorm mobilisierungstark eingesetzt. Die Gewalt wird als an „unseren

Frauen“ bzw. „unseren Kindern“ eingeordnet und hier werden „Frauenrechte und sexualisierte Gewalt nur angesprochen, wenn vermeintliche oder tatsächliche Täter Nicht-Deutsche sind.“¹⁵ Hier ist es wichtig, Handlungsmöglichkeiten zu entfalten und nicht auf Instrumentalisierungen hereinzufallen – denn sexualisierte Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wer die Herkunft von Täter_innen und Opfern zur Grundlage für eine Ungleichbehandlung nimmt, der wendet rassistische Motive an und blendet gleichzeitig aus, dass es auch Täter_innen aus der Herkunftsgesellschaft gibt.

Wichtig ist, Frauen in ihrer Rolle ernst zu nehmen, sie nicht zu unterschätzen und auch ihre Anliegen wahrzunehmen. Im oben genannten Fall der sexualisierten Gewalt sollte nicht übersehen werden, dass der Kontext von Rassismus und Gewalt gleichzeitig thematisiert wird. Hier gilt es, einerseits sensibel zu sein und andererseits die mögliche Betroffenheit oder Emotionalisierung ernst zu nehmen und gleichzeitig auf die Widersprüche und die Ungleichbehandlung von Täter_innen-Herkunft hinzuweisen. Zuletzt sollte noch kurz die digitale Dimension des Aktivismus angesprochen werden. Zu häufig wird das Internet als Ort der Informationsquelle und Selbstverortung der Frauen nicht wahrgenommen. Dabei finden viele Formen der Mobilisierung und Rekrutierung von Rechtsextremen und auch rechtspopulistischen Bewegungen mit der besonderen zielgruppengerechten Ansprache junger Mädchen und Frauen dort statt.

Die Autorinnen:

Simone Rafael ist Chefredakteurin von „Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft“. Daneben entwickelt sie Ideen gegen Rechtsextremismus im Internet in Form von Kampagnen, Argumentationstrainings und Projektarbeit.

Christina Dinar entwickelt gemeinsam mit Kolleg_innen Online-Präventionsansätze für junge Menschen in sozialen Netzwerken gegen die Verbreitung von Hate Speech. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bei der Amadeu Antonio Stiftung ist der Transfer von analogen, klassischen Ansätzen der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in eine digitale Umwelt.

Kontakt: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Le_rstellen im NSU-Komplex: Geschlecht, Rassismus, Antisemitismus“. Berlin 2018, online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/nsu_leerstellen_internet-1.pdf.
- ² Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt. Analyse und Handlungsempfehlungen. Berlin 2016, online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2014/05/rechtsextreme_frauen_internet.pdf.
- ³ Vgl. ebenda sowie Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ – Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik. Berlin 2018, online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/kita_internet_2018.pdf.
- ⁴ Vgl. Lauer, Stefan: #120db – Wie Rechtsradikale versuchen, die Sexismus-Debatte zu kapern. Belltower.News, 06.02.2018, <https://www.belltower.news/120db-wie-rechtsradikale-versuchen-die-sexismus-debatte-zu-kapern-46946/>.
- ⁵ Vgl. Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Das Bild des übergriffigen Fremden. Wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird. Berlin 2016, online: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/broschuere-mythos-web-1.pdf>.
- ⁶ Vgl. Lauer, Stefan: Rechtsextreme Frauen sind überrascht, dass rechtsextreme Männer Frauenfeinde sind. Belltower.News, 07.12.2017, <https://www.belltower.news/rechtsextreme-frauen-sind-ueberrascht-dass-rechtsextreme-maenner-frauenfeinde-sind-46240/>.
- ⁷ Vgl. Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Peggy war da!“ Gender und Social Media als Kitt rechtspopulistischer Bewegungen. Berlin 2016, online: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/pegida_internet-1.pdf.

- ⁸ Vgl. Doughan, Sina: „Demo für Alle“ gegen alles „Andere“ – Frauen in Führungsrollen. Belltower.News, 28.04.2015, <https://www.belltower.news/demo-fuer-alle-gegen-alles-andere-frauen-in-fuehrungsrollen-39486/>.
- ⁹ Vgl. dpa: Parteiausschluss bestätigt Sayn-Wittgenstein muss AfD verlassen. In: n-tv.de, 28.09.2019, online: <https://www.n-tv.de/politik/Sayn-Wittgenstein-muss-AfD-verlassen-article21235341.html>.
- ¹⁰ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe. Berlin 2018, S. 31–32, online: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14630.pdf>.
- ¹¹ Vgl. dpa: AfD als Partei von Männern für Männer: Nur die härtesten Frauen kommen durch. In: Münchner Merkur, 03.04.2019, online: <https://www.merkur.de/politik/afd-als-partei-von-maennern-fuer-maenner-nur-haertesten-frauen-kommen-durch-zr-9635568.html>.
- ¹² Vgl. Rafael, Simone: Frauen bei Pegida und im Rechtspopulismus. Belltower.News, 21.08.2015, <https://www.belltower.news/videoreihe-frauen-bei-pegida-und-im-rechtspopulismus-1-40234/>.
- ¹³ Vgl. Rafael, Simone: Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung? Im Internet nicht ohne Hasskommentare. Belltower.News, 07.03.2019, <https://www.belltower.news/antifeminismus-geschlechtergerechtigkeit-und-gleichberechtigung-im-internet-nicht-ohne-hasskommentare-82191/>.
- ¹⁴ Austiegsarbeit Rechtsextremismus – auch für Frauen – Exit Deutschland, <https://www.exit-deutschland.de/start/>.
- ¹⁵ Demokratien in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Artikel S. 49–51 Gegenstrategien: Geschlechterpolitik der Vielfalt, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/08/AFD_Handreichung_web.pdf.



HASS ALS PRINZIP

Antisemitismus in der extremen Rechten

Henning Flad

Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück“ – mit diesem Slogan warb die Neonazi-Kleinstpartei „Die Rechte“ im Europawahlkampf 2019 für sich. Der Satz spielt mit einem Zitat des Historikers und Politikers Heinrich von Treitschke: „Die Juden sind unser Unglück“, Auslöser des Antisemitismusstreits im Jahre 1879 – die erste große Auseinandersetzung um Judenhass im Kaiserreich. Die Parole wurde später zum Schlagwort des NS-Hetzblattes „Der Stürmer“.

Schon das Anknüpfen an den historischen Nationalsozialismus durch „Die Rechte“ macht es deutlich: Antisemitismus ist für das neonazistische Milieu in der Ideologie zentral – was sich auch in der Wahl der Spitzenkandidatin bei den Europawahlen zeigte: Es kandidierte die wegen Holocaustleugnung inhaftierte 89-jährige Ursula Haverbeck-Wetzel. Deutlicher könnte das Bekenntnis zu offenem Antisemitismus kaum sein.

Antisemitismus als „Weltanschauung“

Antisemitismus ist für Neonazis eine „Weltanschauung“, ein Modell zur Erklärung der Welt, eine Linse, durch die alles gesehen wird. Hinter allem, was aus neonazistischer Sicht ein Übel ist – ob Migration, Finanzkrisen oder Krieg –, steckt im Verborgenen das Judentum. Die vermeintlichen und tatsächlichen negativen Eigenschaften der Moderne werden in Jüdinnen und Juden personifiziert. Die international übliche Neonazi-Chiffre für diesen Irrsinn heißt „ZOG“ und steht für „Zionist Occupied Government“. Sie knüpft an die berüchtigten „Protokol-

le der Weisen von Zion“ an, die zuerst 1903 in Russland in Umlauf gebracht wurden mit dem Ziel, Pogrome anzustacheln. Der Text fasst alle wesentlichen Grundelemente antisemitischer Verschwörungsideologie zusammen und wird bis heute von Antisemit_innen stark rezipiert.

Jüdinnen und Juden als verantwortliche Macht hinter den Kulissen, als Strippenzieher_innen, als feindliche Macht, die das deutsche Volk unterdrückt – das ist ein Dauerthema in neonazistischen Zeitschriften oder Rocksongs, aber auch in der Bildsprache von CD-Covern. So zum Beispiel bei den CDs „Widerstand verboten“ der Deutschen Patrioten und „Im Namen des Volkes“ von Volkszorn. Auf beiden Covern sind geknechtete und deshalb kniende sowie gefesselte Skinheads zu sehen, denen der Prozess gemacht wird. Im einen Fall ist der Richtertisch geschmückt mit einer deutschen Fahne mit Davidsstern, im anderen Fall haben die Ketten des gefesselten Skinheads die Form eines Davidssternes.

„Das moderne Judentum ist ein fremder Blutstropfen in unserem Volkskörper; es ist eine verderbliche, nur verderbliche Macht“, so Adolf Stoecker, evangelischer Theologe und Politiker im Kaiserreich und einer der frühen bedeutenden Vordenker des Rassenantisemitismus. Anknüpfend an ihn und ähnliche Ideolog_innen halten Neonazis die von Jüdinnen und Juden vermeintlich ausgehende Gefahr für im Wesen überhistorisch und unveränderlich, weil sie in der Biologie, in der Rasse begründet ist. In diesem Denken kann es kein legitimes politisches Handeln von Jüdinnen und Juden geben und keine legitime Zugehörigkeit zu irgendeiner Bevölkerung – Jüdinnen und Juden sind immer „die Anderen“.

„Antisemitismus ist für Neonazis eine Linse, durch die alles gesehen wird.“

Der Hass ist prinzipiell – und deshalb ist es auch möglich, den Schulterchluss zu suchen mit Akteur_innen, die man aus rassistischen Gründen eigentlich verachtet: So reiste im Frühling 2019 eine Gruppe von hochrangigen europäischen Rechtsextremen, darunter auch der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, in den Libanon. Sie trafen sich unter anderem mit dem Auslandsbeauftragten der Hisbollah, Sayyed Ammar Al Moussavi. Auf der NPD-Website war nachzulesen, dass man Moussavi dabei „die Unterstützung europäischer Patrioten beim gemeinsamen Kampf gegen den IS-Terror ebenso wie gegen den fortgesetzten israelischen Staatsterror gegen die palästinensische Bevölkerung und in der gesamten Region“ zugesichert habe.

Andeutungen und Raunen

Die antisemitische Ideologie ist so tief verankert, dass sie gar nicht immer offen ausgesprochen werden muss, dass das Wort „Jude“ gar direkt genannt werden muss – die Botschaft wird trotzdem verstanden. So heißt es im Song „Sie“ des neonazistischen Musikers Jan-Peter:

Sie sind die Drahtzieher der Konflikte, der Kriege und Komplote, sie inszenieren ebenso Wirtschaftskrisen und Bankrotte. Sie haben den Erdball aufgeteilt – der Beigeschmack ist obligat. Für die einen Brot und Spiele, für alle anderen Stacheldraht. Die Sklaverei der freien Geister gehört sowohl zu ihrer Strategie wie auch die Gewalt an Völkern im Zuge der Expansionsmaschinerie. Namen sind Schall und Rauch – ihr Wesen zeigt am besten, wer sie sind – Völkervernichter! Weltenvergifter!

Im Begriff des „Weltenvergifters“ scheint das ältere antisemitische Motiv der Brunnenvergiftung auf. Raunen – das Arbeiten mit Andeutungen – gehört zum Standardrepertoire des Antisemitismus, zudem wird hier durch das bewusst Nebulöse demonstriert, man dürfe ja nicht Klartext reden, weil Verfolgung drohe. Wer die Anspielungen versteht, wer erkennt, dass Jüdinnen und Juden gemeint sind, gehört dazu, ist Teil der Eingeweihten, die besser verstehen, was wirklich in der Welt passiert, ist in der Lage, hinter die Kulissen zu sehen.

Zusätzlich zum hier beschriebenen offenkundigen Antisemitismus ist zu betonen, wie Rainer Erb schreibt: „Nicht nur (...) Textzeilen, die explizit zum Judenhass und Judenmord aufrufen, müssen zum Komplex des Vernichtungsantisemitismus gezählt werden, auch jede Sieg-Heil-Parole, jeder Textbezug auf Hakenkreuz, auf SA und SS, auf Reinhard Heydrich, oder auf den vielbesungenen Märtyrer Rudolf Heß, auf Rasse und Arier – alle derartigen akustischen und optischen Signale (z. B.

als Coverillustrationen) meinen Judenmord, weil sich die Täter unter diesen Symbolen organisierten.“

Hinzuzufügen wäre, dass auch die bedingungslose Affirmation der Wehrmacht als am Holocaust beteiligter Organisation antisemitisch ist – so etwa bei der NPD-Parole „Opa war in Ordnung. Unsere Großväter waren keine Verbrecher!“, die immer wieder bei Aufmärschen auf Transparenten gezeigt wird.

Und die AfD?

Die AfD will als Partei den Eindruck erwecken, sich vom offenen Rechtsextremismus und auch Antisemitismus abzusetzen. Manche ihrer Vertreter_innen geben sich als Unterstützer_innen von Israel und als besonders deutliche Kritiker_innen von Antisemitismus. Gleichwohl gibt es immer wieder Skandale um antisemitische Äußerungen von Parteimitgliedern – etwa des baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon. Dieser hält die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ für eine seriöse Quelle und Holocaustleugner_innen für „Dissidenten“. Oder die im Sommer 2019 aus der Partei ausgeschlossene ehemalige Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein Doris von Sayn-Wittgenstein – die unter anderem Verbindungen zur eingangs erwähnten Ursula Haverbeck-Wetzel hatte und deren Verein von Holocaustleugner_innen öffentlich unterstützte. Überraschen kann dies nicht, wurde doch gerade in den letzten Jahren der „Flügel“, ein Zusammenschluss von Mitgliedern des rechten Randes in der Partei, immer stärker – mit Gallionsfiguren wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz, die klar dokumentierbare biographische Bezüge zum offenen Rechtsextremismus haben (Kalbitz, Höcke), sich in Vereinen organisieren, die den Nationalsozialismus relativieren und Geschichtsrevisionismus betreiben (Kalbitz) oder immer wieder mit NS-relativierenden Provokationen aufwarten (Kalbitz, Höcke). Es steht leider zu erwarten, dass bei weiter andauernder Radikalisierung der AfD nach rechts die Grenzen zum offenen Rechtsextremismus – und damit auch dessen Antisemitismus – immer weiter verwischen. Auch wenn manche AfD-Politiker_innen sich anders darstellen: Antisemitismus ist Teil des innersten Kerns rechtsextremer Ideologie, und darüber kann auch keine Verschleierungstaktik hinwegtäuschen.

Der Artikel ist zuerst erschienen im „Zeichen“, Nr. 2/2019 (Mitgliedermagazin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste).

Der Autor:

Henning Flad ist Projektleitung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

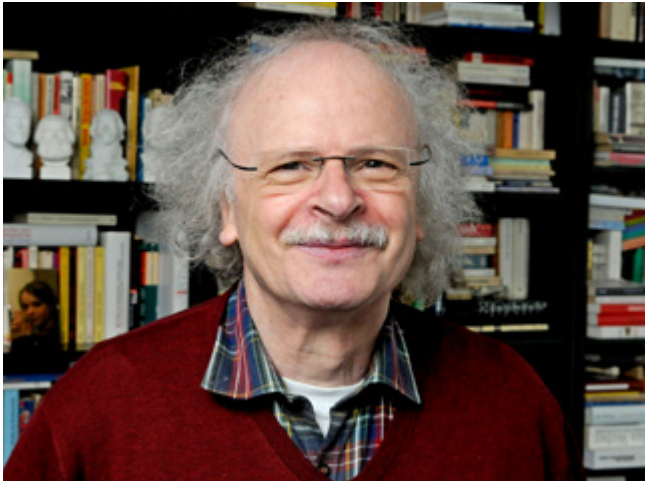
Kontakt: post@bagkr.de





***„Mir fällt
immerhin ein
Mittel ein,
nämlich, dass
möglichst
viele Menschen
Stopp oder Nein
zu rechten
Gedanken
sagen.“***

***Im Gespräch mit:
Klaus-Peter Hufer, Autor und
Professor für politische Bildung
gegen Rechtsextremismus***



Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“ werden angesichts rechtspopulistischer Meinungsäußerungen und Haltungen immer mehr nachgefragt, auch von Fachkräften der Jugendsozialarbeit. Die DREIZEHN sprach mit Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer, der diese Methode, die sich auch zum Selbstlernen eignet, konzipiert hat. Er ist Autor zahlreicher Bücher zum Thema Rechtsextremismus und arbeitet als Professor unter anderem im Bereich der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus an der Universität Duisburg Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften. Der Stammtisch ist für ihn weniger ein konkreter Ort als ein Symbol für die Mitte der Gesellschaft.

DREIZEHN: Kurz vor den Europawahlen hat der YouTuber Rezo mit seinem Video innerhalb von einer Woche 11 Millionen Klicks bekommen und zwei Parteien ins Strudeln gebracht. Wie bewerten Sie diese Entwicklungen?

Klaus-Peter Hufer: Es gibt erhebliche Verschiebungen und Erosionsdynamiken, die wir zurzeit haben. Unsere Demokratie braucht weitere Plätze, Orte und Organisationsformen, die das Allgemeine darstellen. In Großverbänden, Kirchen, Gewerkschaften schwinden die Mitglieder, vor allem kommt die Jugend abhanden. Fitnessstudios statt Sportvereine, Patchworkreligiositäten, die individualisierte Kommunikationsform sind beispielsweise neue Sozialformen von Jugendlichen. Außerdem informieren sich viele Erwachsene und Jugendliche nicht mehr über traditionelle Leitmedien. Da ist eine ganz andere Kultur entstanden.

Ich hatte gestern in der Uni ein Seminar über Rechtsextremismus und politische Bildung. Die Studierenden haben mit einer enormen technischen Fähigkeit rechtsextreme Inhalte im Internet aufgespürt. Es sind ganz neue Verständigungswelten entstanden. Allerdings sind diese Welten alle an der Peripherie, und ich glaube, das kann ein Problem für die Demokratie werden.

Nun sind wir schon mitten im Thema, denn das hängt mit dem Populismus zusammen. Dort wird nämlich suggeriert, es würde auf die komplizierten Verhältnisse einfache Antworten geben, die Lösungswege aufzeigen, die aber keine sind. Diese Menschen proklamieren für sich: „Wir sind das Volk“, dadurch wird eine Homogenisierung inszeniert, die so nicht vorhanden ist. Das sind trügerischen Phänomene, und ich bin davon überzeugt, dass wir eine multipel organisierte Gesellschaft haben werden, in der es schwer wird, existenzielle Herausforderungen überhaupt noch zu kommunizieren, geschweige denn zu gestalten. Da sehe ich ein ganz großes Problem, da prophezeie ich dem Populismus eine Zukunft. Denn das ist noch lang nicht vorbei, auch wenn man jetzt mit einer gewissen Genugtuung sagen kann, dass die Populist_innen bei der Europawahl doch nicht so weit gekommen sind wie in einigen Teilen Deutschlands. Aber die Stimmung insgesamt darf man nicht unterschätzen. Sind wir eigentlich schon im Thema drin?

DREIZEHN: Ja, wir sind schon im Thema drin. Aber das bringt es wohl mit sich, dass es alles durchdringt. Gesellschaftliche Phänomene wie Individualisierung, Pluralisierung, Globalisierung, die sich seit Jahrzehnten zeigen, haben wir lange etwas ungläubig angesehen.

Klaus-Peter Hufer: Die Individualisierung haben wir ja sogar als Freisetzung gefeiert, und das ist es ja auch. Es ist ja keine Sehnsucht vorhanden nach den alten Mächten und Zwängen. Es ist eine gute Freisetzung, aber wohin und wofür, da muss man kritisch hinschauen.

DREIZEHN: Konsens und Kompromiss sind langsame Prozesse. Welches sind also die neuen Bindungskräfte und die neuen Marktplätze, auf denen gerungen und verhandelt wird?

Klaus-Peter Hufer: Genau das ist das Problem, nämlich die Schnelligkeit, die das Internet mit sich bringt, schafft ein Unverständnis für lange und komplizierte Verhandlungs- und Lösungswege. Außerdem sind viele Probleme drängend, so dass sie sich mit „demokratischen Prozeduren“ nicht gut vertragen. Beispielsweise denken wir an die sich rapide und katastrophal verändernde klimatische Gesamtsituation. Dieses Problem muss international kommuniziert werden, und da verstehe ich sehr gut die Ungeduld der „Fridays for Future“-Bewegung. Diese jungen Menschen haben noch 60 Jahre vor sich und wollen schnell handeln. Der Populismus ist dabei ein Trittbrettfahrer, die AfD macht sich das Thema der Klimaverleugnung zum Beispiel mit Plakaten zum Dieselbetrug und der „Klimalüge“ zu eigen. Sie wollen damit durch Verunsicherung punkten und sind dann im Muster einer permanenten Verschwörungstheorie. Bei der Europawahl konnte man gut beobachten, wie die AfD thematisch umgeschwenkt ist, denn ihr zentrales Thema der Migrationspolitik tritt etwas zurück und sie machen sich

die aktuellen Themen zu eigen. „Wir gegen die“ und dabei entsteht eine Art Robin-Hood-Mentalität, darauf fallen viele rein. Die Professionalität und kommunikative Handlungsfähigkeit der AfD und ähnlicher Organisationen und Gruppen zeigen, dass wir uns auf ein ganz neues Phänomen einstellen müssen. Der auch notwendige Blick auf die brutale, dumpfbackige alte Rechte reicht nicht mehr aus.

Es gibt ein loses verknüpftes Netzwerk von Götz Kubitschek bis tief in die Szene, über alle möglichen Artikulationsformen, also besorgte Bürger_innen bis hin zu Hooligans. Vor kurzem wurde ich kontaktiert von einer „besorgten Bürgerin“, die ein Interview mit mir gesehen hat und mir dann schrieb, dass sie Angst vor den Flüchtlingen in ihrer Stadt habe und meine Position nicht verstehen könne. Ich habe ihr dann freundlich geantwortet und ihr die neuste Statistik des Bundeskriminalamts zugeschickt. Jemandem die Angst zu nehmen geht natürlich nicht so einfach, aber hoffentlich können Fakten relativieren. Sie antwortete mir dann binnen Minuten empört, dass sie solche Quellen seit langem nicht mehr lese. Sie habe ihre eigenen Quellen. Da bewegen sich die Menschen in Filterblasen und es entsteht ein selbstreferenzielles System, dass durch traditionelle aufklärungsorientierte Bildungsarbeit nicht mehr zu erreichen ist.

DREIZEHN: Auf meinem Stoffbeutel steht der Slogan „Lass uns reden“ des neuen Programms „Respect coaches“, das von den Jugendmigrationsdiensten umgesetzt wird. Wie stehen Sie zu diesem Satz? Ganz grundsätzlich gefragt: Wo dringen Sie noch durch?

Klaus-Peter Hufer: Ich bin davon überzeugt, dass Bildung und Aufklärung wirkungsvoll sind. Rechtsextremist_innen werden nicht als solche geboren, sondern sie erwerben ihre Einstellungen im Laufe ihres Lebens durch Sozialisationsvorgänge, entsprechende Bekanntschaften und Übernahme von beeindruckend erscheinenden, Stärke verheißenden Ideologien. Wenn jemand in solche Szenen hineingerät, ist es ja auch vorstellbar, dass er oder sie dort auch wieder rauskommt, dafür gibt es Belege. Zwar funktioniert es nicht, jemanden ausschließlich durch Argumente zu überzeugen, aber die Kombination aus der Begegnung mit einer spannenden, authentischen Person mit Gegenposition, die nicht kategorisch ablehnt, sondern immer noch das Gespräch sucht, kann dies bewirken. Deshalb bin ich auch dagegen, AfD-Leute pauschal als Nazis zu bezeichnen, denn das sind viele nicht. Man sollte die Gespräche nach wie vor suchen.

Das Phänomen der Dissonanzerzeugung bewirkt auch einiges. Eine Person, die eine andere Position vertritt als ich, mich aber gleichzeitig akzeptiert, erzeugt bei Menschen, die sich eine autoritäre Grundstruktur angewöhnt haben, ein irritierendes Gefühl, nämlich, dass jemand diese Widersprüchlichkeit aushalten

kann. Sozialpsycholog_innen sprechen hier von der Ambiguitätstoleranz. Das kann imponieren und beeindrucken. Kategorische Ablehnung meinerseits schafft kategorische Ablehnung beim Gegenüber. Allerdings ist ein_e fest strukturierter, in der Szene verwurzelter Rechtsextremist_in über Gespräche nicht zu erreichen. Das muss man einfach akzeptieren. Aber man kann beim Umfeld ansetzen, das meist nicht gefestigt ist. Außerdem ist es wichtig, genau die ca. 70 Prozent, die in der Bundesrepublik nicht rechtspopulistisch eingestellt sind, dazu zu ermuntern, dass sie im Umfeld des Rechtspopulismus (welches ja noch kein Rechtsextremismus ist) aktiv werden. Ich halte zu solchen Themen Vorträge, die heißen z.B. „Argumente gegen Stammtischparolen“, und ich merke bei vielen Menschen, die dahin kommen, dass eine entsprechende Bereitschaft vorhanden ist, sich damit auseinanderzusetzen. Für viele ist die Tatsache quälend, dass Bekannte und Familie in rechte Szenen rutschen. Gruppen und Initiativen, die sich hier engagieren, aber auch einzelne Personen können überall, wo es sich anbietet, eine Gegenposition zum Rechtspopulismus artikulieren. Die Bundesrepublik muss als zivile Gesellschaft verteidigt werden. Das ist das Prinzip unserer Arbeit. Der Stammtisch ist eine Metapher, es geht ja nicht primär um Kneipen, sondern um all die Orte, die privat und öffentlich vorhanden sind und an denen aggressive, rassistische und demokratieverachtende Sprüche geäußert werden. Mit dem eigenen Beispiel zu intervenieren, kann entscheidend sein, um unsere demokratische Kultur zu unterstützen. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich lasse nicht los im Beharren darauf, dass über reflektierte authentische Positionierung ein wirkungsvolles Signal gesetzt wird. Wir merken durch die Anfragen, dass wir mit unseren Argumentationstrainings in die Mitte der Gesellschaft stoßen, die zurzeit sehr anfällig für Rechtspopulismus ist. Mir fällt immerhin ein Mittel ein, nämlich dass möglichst viele Menschen Stopp oder Nein zu rechten Gedanken sagen. Dafür muss man Mut aufbringen und deshalb machen wir im Seminar auch Rollenspiele, in denen die Erfahrung gemacht wird, dass die Gruppe der Parolenvertreter_innen zunächst dominiert.

„Rechtsextremist_innen werden nicht als solche geboren.“

Mit verschiedenen Methoden, die sich die Teilnehmenden teilweise selbst erarbeiten, kommt raus: Es gibt kein „wir“ und kein „die“. Es gibt viele Lebensformen, Meinungen und Interessen, aber kein homogenisiertes Volk. Ein weiteres Problem ist unsere Informationsgesellschaft, die an allen Ecken unsere Aufmerksamkeit absorbiert und in der Summe Irritierendes und Widersprüchliches mitteilt. Aber wir können nicht alle Informationen mitbekommen oder gar aufnehmen. Also sollte man sich zumindest auf den Grundsatz besinnen, nämlich zu begreifen, dass es kein ‚wir‘ und ‚die‘ gibt.

DREIZEHN: Lichtmesz und Sommerfeld beschäftigen sich in ihrem Buch „Mit Linken leben“ mit Ihrer Methode, nutzen Ihre Gesprächsstrategien und drehen diese um. Sie verwenden Begriffe wie „ominöse Menschenverachtung“ und „aufgezwungenes Grundgesetz in der Besatzungszeit“. Man merkt beim Lesen wie Sprache Wirklichkeit schafft. Wenn man sich in dieser Filterblase befindet, sind die Schriften mit ihrem perfiden Humor stringent und logisch. Wie ging es Ihnen bei der Lektüre?

Klaus-Peter Hufer: Ich habe das Buch eigentlich relativ entspannt gelesen. Ich habe gedacht: „Wunderbar, sie ärgern sich und versuchen zu ironisieren.“ Manchmal sitzen bei meinen Veranstaltungen stille Beobachter, die dann das Gehörte für ihre Zwecke nutzen. So nutzen die Rechten meine Methode auch für sich, indem sie sie umdrehen. Um zu wissen, was da passiert, sollte man, auch wenn es einem zuwider ist, die neuen rechten Texte lesen. Letztes Jahr kam mein Buch „Neue Rechte, altes Denken: Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker“ raus. In der rechten Szene wird eine Tradition aufgebaut, die sich auf prominente Vordenker bezieht. In dem Institut für Staatspolitik in Schnellroda wird ein Handbuch herausgegeben, in dem die Texte prominenter Personen wie Martin Heidegger, Konrad Lorenz, Arnold Gehlen, Oswald Spengler, Carl Schmitt usw. sehr gezielt und differenziert aufgegriffen werden. Wenn man diese Eintragungen dann liest, wird einem klar, dass man die Ressourcen der Neuen Rechte, die sich bei uns entwickelt hat, nicht unterschätzen darf. Eine weitere Strategie der Rechten nennt sich Metapolitik, das heißt, sie besetzen Begriffe neu. Mit dem sogenannten Framing werden Begriffe wie Heimat, Identität, Volk u. a. konnotiert, ideologisch neu definiert und dann propagiert. Dadurch knüpfen sie an bestehende Emotionen und Mentalitäten an. Da gilt es, die okkupierten Begriffe nicht ihnen zu überlassen. Der Begriff „Heimat“ z. B. darf nicht von den Rechten monopolisiert werden. Heimat ist für alle da, die hier sein wollen.

„Fachkräfte müssen die Zivilcourage bei ihren Jugendlichen stärken.“

Ich kaufe mir manchmal die sehr weit rechte Zeitschrift Compact, und damit ich nicht missbilligend angeguckt werde am Bahnhofskiosk, kaufe ich noch was Relativierendes dazu (lacht). Es ist leider etwas ambivalent, denn, wenn man z. B. das Buch „Mit Linken leben“ kauft, fördert man auch die Auflage, aber man kommt nicht drum herum sich zu informieren. Somit muss man sich klar positionieren und seine Grenzen kennen, aber trotzdem zu denjenigen, die noch erreichbar sind, Brücken bauen. Die Ambivalenz, eine Position abzulehnen, aber die Person anzunehmen, das muss man schaffen, auszuhalten.

DREIZEHN: Wie können Fachkräfte aus der Jugendsozialarbeit damit umgehen, wenn sie aus verschiedenen Bereichen mit populistischen Parolen konfrontiert werden, entweder im Kolleginnen-Kreis oder durch die Jugendlichen, mit denen sie arbeiten? Das Internet schafft ja auch einen unsichtbaren Sozialraum, der das Verhalten von jungen Menschen massiv beeinflussen kann.

Klaus-Peter Hufer: Das Internet bringt eine Aufmerksamkeit erregende Ästhetisierung und eine starke Suggestivkraft mit sich. Die politische Bildung hat viel zu sehr auf ausschließlich kognitive, rationale Prozesse gesetzt. Aber sie muss auch bei den Emotionen ansetzen. Außerdem ist es wichtig, Fachkräfte, Lehrer_innen zu sensibilisieren für die alltäglichen, oft nur verdeckten Formen des Rassismus. Jugendliche sollten entsprechend informiert und stabilisiert werden, und falls sie in eine Opferrolle geraten, sollten sie gestärkt werden in ihrem Selbstbewusstsein. Das ist eine schwere pädagogische Aufgabe. Viele große Verbände realisieren zurzeit, dass die soziale Arbeit gerade in diesem Bereich gestärkt werden muss. Die Fachkräfte müssen ihre Position klar kennen und Vertrauen in ihre Professionalität haben und die Zivilcourage bei ihren Jugendlichen stärken. Und immer wieder muss man ins Gespräch kommen.

DREIZEHN: Eignet sich Ihre Methode auch für junge Menschen?

Klaus-Peter Hufer: Ja, durchaus. Und zwar für junge Menschen, die die Voraussetzung haben, eine Rollendistanzierungsfähigkeit zu zeigen und Konflikte aushalten und verbalisieren zu können. Für diese Fähigkeiten gibt es keine Altersgrenze. Eine Rollenzuteilung sollte allerdings in Jugendgruppen umfassender vor- und nachbereitet werden. In den Erwachsenengruppen bin ich dabei oft salopp und lasse die Teilnehmenden ohne Vorbereitung in die Rollenspiele reingehen. Bei Jugendlichen ist es aber notwendig, die Idee des Rollenspiels genauer zu erklären. Wir spielen etwas nach, und wenn dann jemand erlebt, dass ein_e Freund_in eine Position vertritt, die sie/ihn ärgert, muss man erklären, dass das in diesem Setting trotzdem akzeptiert werden kann, denn das gehört zum Spiel dazu. Später werden diese Positionen ja auch wieder aufgelöst.

DREIZEHN: Ich denke, es wird dann schwierig, wenn Jugendliche eigene Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Denn dabei könnten Gefühle getriggert werden, die möglicherweise schwer einzufangen sind. In der diskriminierungssensiblen Bildungsarbeit sprechen wir oft von den Risiken und Nebenwirkungen einer Methode.

Klaus-Peter Hufer: Das stimmt, das habe ich im Seminar auch schon erlebt, dass traumatische Erlebnisse reaktiviert wurden. Da kommen wir an den Grenzbereich der politischen

„In Diktaturen muss man nur funktionieren, aber in einer Demokratie muss man Widersprüche aushalten, Kompromisse schließen, lange Wege gehen.“

Bildung. Denn ein solches Seminar ist politische Bildung und keine Therapie. Ich habe aber auch schon erlebt, dass aktuell Betroffene in der Lage waren, die Rolle zu akzeptieren, und sogar gerne mal in die gegenseitige Rolle gehen. Aber noch einmal: Bildungsarbeit kann keine therapeutische Funktion übernehmen.

DREIZEHN: Können Sie Ihre Methode des Argumentations-trainings gegen Stammtischparolen für die Leser_innen an dieser Stelle nochmal kurz beschreiben?

Klaus-Peter Hufer: Die Methode ist im Grunde ganz einfach. Die Trainer_innen sollen nicht belehrend und nicht moralisierend auftreten und gleichzeitig bei einem strengen Thema durchaus Spaß und Entspannung zulassen. Das sagen viele Teilnehmer_innen der Seminare, dass sie überrascht feststellen, bei dem Thema auch mal Lachen zu können. Es geht darum, sich mit der Erfahrung, die alle bei dieser Thematik mitbringen, auseinanderzusetzen und diese für alle zu nutzen. Es gibt relativ schnell einen Konsens darüber, zu beschreiben, was diese Stammtischparolen sind. Die Parolen werden gesammelt, das ist meist eine verblüffende Erfahrung. Ich habe Gruppen erlebt, die sind innerhalb von 15 Minuten auf 80 Parolen gekommen. Es wird gezeigt, dass es ein ganzes Spektrum von Diskriminierungen gibt und was sie gemeinsam haben.

Die Seminare werden außerdem nicht gesteuert, sondern nur moderiert. Im nächsten Schritt wird dies in einem Rollenspiel ausprobiert. Es gibt dann eine Pro-und-Contra-Situation mit Innenkreis und Außenkreis. Der Innenkreis besteht aus Personen, die per Los die Rolle der Parolengeber_innen und der Parolengegner_innen spielen. Der Außenkreis besteht aus Personen, die das Rollenspiel unter verschiedenen Aspekten beobachten. Der verblüffende Effekt ist meistens, wie dominierend die sogenannten Parolengeber_innen sind, obwohl dies alles Menschen sind, die sich gegen rechte Parolen artikulieren wollen. Deren Redeanteil liegt oft bei 70%, sie solidarisieren sich untereinander, sie haben viel mehr Spaß zusammen. Sie können die Parolen einfach abrufen. Das wird dann gemeinsam ausgewertet und bearbeitet, indem zum Beispiel Gegenargumente gesammelt werden und zum Beispiel nochmal herausgearbeitet wird, dass es kein „die“ und kein „wir“ gibt. Auch durch Bildanalysen versuchen wir herauszuarbeiten, wie durch die Strategie der Metapolitik Bewusstseins- und Ideologiebildung versucht wird. Der wichtigste Satz, den ich immer einbringe, ist von Oskar Negt: „Demokratie ist die einzige Gesellschaftsform, die erlernt werden muss. Immer wieder bis ins hohe Alter.“ In Diktaturen muss man nur funktionieren, aber in einer Demokratie muss man Widersprüche aushalten, Kompromisse schließen, lange Wege gehen, andere akzeptieren, auch wenn man sie nicht mag. Die Hoffnung liegt darin, dass die Teilnehmenden auch andere anstiften, „Demokratie zu lernen“. Die

positive Resonanz ist, dass für viele ein irritierender Selbsterkenntniseffekt darin liegt und sie sagen: „Das ist ein schwieriges Thema, aber wir gehen erleichtert raus.“

DREIZEHN: Wann haben Sie die Methode entwickelt und was hat sich seitdem verändert?

Klaus-Peter Hufer: Ich komme aus der politischen Erwachsenenbildung und habe in einer Volkshochschule gearbeitet. Es hatte mich geärgert und frustriert, dass politische Bildung als zentraler Teil in Volkshochschulen spärliche Resonanz beim Publikum hat. Hingegen haben alle Seminare, die mit dem Selbst zu tun haben, also Selbsterfahrung, Selbstbehauptung, Selbstsicherheit, Rhetorik, einen hohen Stellenwert. Da dachte ich, dass man das eine mit dem anderen verbinden sollte. Also, Selbsterfahrungselemente mit Rhetorik und politischer Bildung kombinieren. Der Seminargedanke kam mir dann in ruhiger Minute. 2001 hat das erste Seminar stattgefunden und war ein Erfolg. Dann sind auch gleich zwei Bücher dazu entstanden. Das erste Buch macht den Versuch, Gruppenleiter_innen anzustiften, diese Seminare zu machen. Das zweite Buch, das vor kurzem aktualisiert in 8. Auflage erschien, ist mehr ein Lesebuch zum Thema. Zu meiner Überraschung wurde nach Erscheinen des ersten Buches das Seminar von gleich mehreren Institutionen und Organisationen zum Modellprojekt gegen Rechtsextremismus erklärt. Die Methode verbreitete sich dann in ganz Deutschland, bis nach Österreich, die Schweiz und Luxemburg. Es gibt auch Anfragen aus anderen Ländern.

Auf diese Art und Weise gab es schnell eine große Resonanz. Kolleg_innen von der Universität Augsburg haben eruiert, dass pro Jahr nach dieser Methode circa 1.000 Veranstaltungen in Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz durchgeführt werden. Es gibt auch schöne Adaptionen, zum Beispiel las ich in der Zeitung, dass sich der Fußballverein Borussia Dortmund gegen Stammtischparolen ausspricht. Darauf folgte eine Kampagne „Kein Bier für Rassisten“. Mittlerweile ist die Methode entinstitutionalisiert. Auch Attac oder Amnesty International, die die Methode in die Schweiz exportiert hat, und andere NGOs sind beteiligt. In der Jugendbildung funktioniert die Methode auch und wird zum Beispiel in Bayern bei den Jugendfeuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und dem BUND angeboten.

DREIZEHN: Sie haben gesagt, dass die Methode bereits zum Selbstläufer geworden ist. Gab es einen Standardisierungsprozess, um die vielfältige Umsetzung wieder etwas einzufangen?

Klaus-Peter Hufer: Die Bundeszentrale für politische Bildung hat diesen Prozess finanziell unterstützt. Zwei Wissenschaftler haben bei verschiedenen Anbieter_innen und Akteur_innen der Methode nachgefragt, wo die Möglichkeiten und Grenzen

„Warum müssen soziale Einrichtungen ihre Arbeit permanent rechtfertigen und Großkonzerne nicht?“

liegen. Daraus ist ein Handbuch entstanden, das unverrückbare Standards darstellt und online zu finden ist. Bisher sind 22 Trainer_innen dabei, die sich wechselseitig informieren und sich verpflichten, die Standards mit der möglichen Variabilität einzuhalten. Wichtig ist der Kern, dass keine Freund-Feind-Begriffe gestärkt werden. Ein weiterer Standard ist, dass Leute nicht instrumentalisiert, indoktriniert oder überwältigt werden sollen. Wir wollen einen Beitrag zur Bildung, Aufklärung, Selbsterfahrung und einer demokratischen Zivilgesellschaft leisten.

DREIZEHN: Sind Seminare im Osten des Landes eine andere Erfahrung durch eine größere Präsenz der Rechtspopulist_innen?

Klaus-Peter Hufer: Vor zwei Jahren wurde ich beauftragt, die Situation der politischen Erwachsenenbildung in Sachsen zu eruieren. Es kam ein niederschmetterndes Ergebnis raus. Das Land, das am meisten durch Rechtspopulist_innen herausgefordert ist, hat auch die geringste politische Bildung. Ich sehe da einen Zusammenhang. Inzwischen hat Sachsen in diesem Bereich nachgelegt. Vor kurzem hatte ich in Brandenburg, in Finsterwalde, ein Seminar, wo ganz klar gesagt wurde: „Wir lassen es nicht zu, dass unser Ruf in Finsterwalde und Brandenburg weiter geschädigt wird.“ Es regt sich also Widerspruch. Die Kirche ist da unter anderem ein wichtiger Akteur.

DREIZEHN: Ich würde Sie gerne zu den internationalen Erfahrungen mit Ihrer Methode befragen. Wie sehen die gesellschaftlichen Veränderungen in anderen Ländern aus und welche internationalen Erfahrungen gibt es mit Ihrer Methode?

Klaus-Peter Hufer: Die Situation ist in den vier Ländern Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg eine sehr ähnliche und hat die gleichen Phänomene. Sprachlich gibt es ab und zu Probleme, wenn ich die Dialekte nicht richtig verstehen kann (lacht).

Aber die Metaphorale in allen Ländern ist: „Wir sind besser als die und müssen uns gegen die behaupten.“ Diversität ist das Problem der Rechten, es herrscht ein Bedürfnis nach Homogenisierung, die naturalistisch begründet wird. Es geht um nationale Identität, um Angst vor dem Fremden, vor einer „Überfremdung“ und dem sogenannten „großen Austausch“. Das ist in allen Ländern gleich.

DREIZEHN: Komplexität und Schnelligkeit, um bei diesen beiden Begriffen zu bleiben, werden immer größer. Die Gegenbewegung des Populismus bietet vermeintlich einfache Antworten im Hier und Jetzt.

Klaus-Peter Hufer: Der Kern ist für mich die zunehmende Komplexität in einer globalen Welt, wo es keine zentralen Steuerungsmomente mehr gibt. Nationale Politik ist nur noch eine

Akteurin unter anderen. Wir sind in eine Spirale der Schnelligkeit und überschäumenden, unübersichtlichen Informationswelt hineingeraten, wo einfache Lösungen auf überfordernde Situationen faszinieren. Und da liegt das Problem. Diese angeblichen Lösungen können angeblich schnell herbeigeführt werden. Und deshalb befürchte ich, dass wir mit dieser Bewegung und dieser Entwicklung noch lange nicht am Ende sind. Was wir hier diskutieren, kommt aus der Mitte der Gesellschaft, deshalb steht der Stammtisch auch als Symbol für diese Mitte. Dort findet er seine Zustimmung.

DREIZEHN: Muss auch Jugendsozialarbeit politischer werden?

Klaus-Peter Hufer: Ja, natürlich muss sie politischer werden. Sie sollte sich auch gegen die Zumutung wehren, sich ständig rechtfertigen zu müssen. Warum müssen soziale Einrichtungen ihre Arbeit permanent rechtfertigen und Großkonzerne nicht? Sozialarbeiter_innen bringen den notdürftigen Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhalten kann, und diese Menschen werden oft unzureichend bezahlt, haben nicht selten nur befristete Projektstellen und müssen ihre Arbeit mit Erfolgsnachweisen legitimieren. Das ist ein skandalöser Zustand.

Das Interview führte Judith Jünger. Sie ist Referentin für Jugendmigrationsarbeit bei der Bundesarbeitsgemeinschaft evangelische Jugendsozialarbeit.

Reden ist Gold, Schweigen ist Silber

*Cottbuser Schüler_innen setzen sich mit Jugendkultur und Extremismus auseinander.
Sie überlegen auch: „Wie gehen wir eigentlich miteinander um?“*

Josefine Janert



Zwei Jungs an einer Oberschule in Cottbus. Sie engagieren sich für eine gute Debattenkultur.

Ein Montagmorgen in Cottbus: Sechzehn Schüler_innen der Paul-Werner-Oberschule sitzen im Kreis. Ihr Workshop beginnt mit einer Vorstellungsrunde. Wie heißt du? Welche Musik hörst du? Wie nutzt du YouTube? Einige beantworten die Fragen, ohne zu zögern. Andere murmeln ihren Namen und sagen

fast gar nichts mehr. „Vielleicht mögen sie Helene Fischer und haben Angst, dass sie ausgelacht werden“, sagt ein Mädchen. „Wir lachen hier miteinander und nicht übereinander“, erwidert Marie Jäger. Die 36-jährige Islamwissenschaftlerin hält mit 17 Kolleg_innen in den achten Klassen einen Schulprojekttag ab.

Sie sind für den cultures interactive e. V. tätig, der 2005 in Berlin gegründet wurde. Er ist mit 20 festangestellten und 80 freien Mitarbeiter_innen bundesweit tätig. Die Projekte zur Stärkung der Demokratie werden von verschiedenen staatlichen Einrichtungen wie der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

„PHÄNO_cultures“ heißt das Projekt, das sie in Cottbus anbieten. Marie Jäger hat es vorab erklärt: Der Name steht für „phänomenübergreifende Extremismusprävention“. Das Projekt richtet sich gegen Rechtsextremismus und religiös begründeten Extremismus. Diese Ideologien suchen Anhänger_innen, indem sie Jugendkulturen für sich vereinnahmen. Extremist_innen verschiedener Couleur würden dabei ähnliche Denkmuster anbieten, sagt Jäger: Viele würden an Verschwörungstheorien, an starre Geschlechter- und Familienbilder und griffige Lügen glauben, wie die Behauptung, dass die Jüdinnen und Juden schuld an gesellschaftlichen Missständen seien.

„PHÄNO_cultures“ will Jugendliche hingegen für Vielfalt begeistern und darin bestärken, selbst herauszufinden, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Die Cottbuser Schüler_innen haben sich zunächst in Gruppen zu je etwa 15 Personen zusammengefunden. Jeder Workshop beschäftigt sich mit einer Jugendkultur. In Marie Jägers Gruppe geht es um YouTube.

Die Mitarbeiter_innen von cultures interactive kennen die Jugendkultur, mit denen sich ihr Workshop beschäftigt, genau. Sie erklären den Cottbuser_innen zunächst einmal das Technische und vermitteln Tipps und Tricks. So dreht sich der Graffiti-Workshop darum, wie man die Spraydose im richtigen Abstand hält und Buchstaben in verschiedenen Graffiti-Stilen aufbaut.

„PHÄNO_cultures will Jugendliche für Vielfalt begeistern.“

Im Workshop über Fankultur geht es um die Transparente, die die Jugendlichen mit ins Fußballstadion nehmen, wenn der FC Energie Cottbus spielt. Dann diskutieren sie: Welches Männerbild verbindet sich mit dem Fußball? Und was macht Hooligans aus? Was sind das für Menschen, die sich zum Prügeln verabreden?

Die Paul-Werner-Oberschule, das ist ein sorgfältig saniertes Gebäude aus dem 19. Jahrhundert. Es steht im Zentrum von Cottbus, einer Stadt im südöstlichen Brandenburg. 457 Menschen besuchen diese Schule, die mit der sechsten Klasse beginnt. Sie kommen aus Cottbus und aus Dörfern im Umland. Bis 2015 gab es kaum Schüler_innen mit Migrationshinter-

grund. Inzwischen schon, vor allem Jugendliche aus Syrien, Afghanistan und osteuropäischen EU-Staaten.

Einige Schüler_innen haben „sonderpädagogischen Förderbedarf im Lernen“. Ihnen fällt es schwer, in einer Klasse zu sitzen und dem Unterricht zu folgen. Sie lernen zumeist in Kleingruppen. Ein Drittel jedes Schüler_innen-Jahrgangs schafft das Abitur, viele andere die einfache Berufsbildungsreife. Manchen Jugendlichen gelingt das nicht. „Doch es ist unser Ziel, dass am Ende der zehnten Klasse der unterschriebene Lehrvertrag auf dem Tisch liegt“, sagt Schuldirektor Harry Paulenz. Er erzählt von Kooperationen mit der Handwerkskammer und dem Jobcenter und von Bewerbungstrainings, die die Schule zusammen mit Unternehmen organisiert.

Cottbus mit seinen 100.000 Einwohner_innen ist seit 2015 mehrfach in die überregionalen Schlagzeilen geraten. Es gab Auseinandersetzungen zwischen Bürger_innen und Menschen, die gegen Geflüchtete und vermeintlich Andersdenkende hetzten oder sogar angriffen. Auch Schuldirektor Paulenz erzählt von Eltern, die sich bei Pegida engagierten.

Harry Paulenz möchte die demokratische Diskussionskultur an der Schule fördern. Auch aus diesem Grund hält die Erziehungswissenschaftlerin Hannah Schütze als „Respekt Coachin“ im Büro der Schulsozialarbeiterin regelmäßig Sprechstunden ab. „Respekt Coaches“ heißt ein Programm des Bundesjugendministeriums, das 2018 an vielen Schulen eingeführt wurde, um Extremismus im Keim zu ersticken. Hannah Schütze will auch dafür sorgen, dass niemand gemobbt wird.

Sie sagt, dass sie bislang kaum Auseinandersetzungen zwischen Schüler_innen erlebt habe. Allerdings habe sie angedeutete Hitlergrüße beobachtet. Sie hält sie nicht für ein Zeichen von ausgereiftem Extremismus, sondern für pubertierendes Ausprobieren. Die Jugendlichen hätten das im Internet gesehen und wollten nun testen: Wie weit können wir selbst gehen? Anna Groß, die cultures interactive mitbegründet hat und an diesem Tag auch in Cottbus ist, stuft die rechten Tendenzen allerdings als „ernst“ ein. Zudem habe sie den Eindruck, einige Jugendliche stammten aus Familien, die sich für rechte Ideen begeisterten.

Marie Jäger und ihr Kollege, der Historiker Jonas Nachtigall, haben jetzt in ihrem Workshop Farbfotos auf den Fußboden gelegt. Es sind Bilder wie bei YouTube: eine Misswahl, Frauen mit Kopftüchern, ein Slum vor Hochhäusern, Landschaften. Die Achtklässler_innen sollen die Aufnahmen vier Ländern zuordnen: USA, Irak, Südafrika, Deutschland. Zunächst einmal fragt Jäger, zu welchem Land sie sich hingezogen fühlen. Sie teilt den Boden symbolisch in vier Viertel.

Mehrere Mädchen steuern zielstrebig die USA an. „Da ist es ganz cool“, sagt eine. „Ich will mit meinem Freund dort hinziehen.“ Auch Südafrika findet Fans. „Schön warm.“ „Ich finde es toll, wenn Afrikaner Dreadlocks tragen.“ Ein Junge entscheidet sich für den Irak: „Das liegt neben Syrien“, sagt er, dem Land, aus dem er geflüchtet ist.

Bei Deutschland stehen auch viele Schüler_innen, vor allem Jungs. „Hier fühle ich mich wohl“, sagt einer. „Hier bin ich zu Hause.“ „Ich würde gern nach Bayern ziehen, aufs Dorf“, sagt einer. Jemand fragt, warum. „Weil ich gern früh von einem Hahn geweckt werden will.“

Jetzt ordnen die Jugendlichen die Fotos den Ländern zu. Die erfolgreiche Fußballmannschaft landet sofort bei Deutschland, das Haus mit dem Pool bei den USA. Dem syrischen Schüler werden für den Irak Fotos zugeschoben, die die anderen offenbar unsympathisch finden. Er versucht, die Bilder abzuwehren, vergebens.

Ein Bild fällt auf: Menschen mit einer Hakenkreuzflagge demonstrieren vor einem Gebäude mit Kuppel. „Ich verstehe nicht, warum das niemand nimmt“, sagt ein Junge leise. „Ich würde mir das sofort in meinem Zimmer aufhängen.“ Das Bild wird schließlich Deutschland zugeordnet, ebenso wie das Foto einer Kirche.

Stimmt die Auswahl? Marie Jäger erklärt, dass die Kirche in Mossul steht: „Im Irak gibt es viele Christen.“ Sie weist darauf hin, dass das Tragen von Nazisymbolen in Deutschland verboten ist. Der Aufmarsch mit den Hakenkreuzflaggen fand vor dem Weißen Haus in Washington statt. „Die trauen sich so etwas“, sagt ein Junge leise, und es klingt fast ehrfürchtig. „Die nehmen kein Blatt vor den Mund. Die haben ja auch richtige Meinungsfreiheit.“ Er findet es „blöd“, dass in Deutschland nicht alles gesagt werden könne. Marie Jäger führt mit dem Jungen ein Gespräch unter vier Augen.

Wie an jedem Schulprojekttag besteht auch heute die Möglichkeit, Schüler_innen in ein Time-out zu schicken. Für solche Einzelgespräche stehen drei Mitarbeiter_innen von „PHÄNOcultures“ bereit, darunter Anna Groß. Sie nutzt das Format, um mit Jugendlichen, die sich demokratiefeindlich oder menschenverachtend äußern, an deren Haltungen zu arbeiten. „Wo sind sie entstanden? Sind sie wirklich Ausdruck jugendlicher

Provokation oder gefestigte Haltungen?“ Einige hätten persönliche Probleme, würden gemobbt oder fühlten sich einsam. „Meistens ist es eine große Gemengelage“, sagt Groß.

Währenddessen führen die Schüler_innen im YouTube-Workshop ihre Diskussion fort: Was ist eigentlich Meinungsfreiheit? Sollte alles sagbar sein? Diese Fragen werden die Jugendlichen in den folgenden Stunden beschäftigen. Sie werden keine abschließenden Antworten finden, auch auf die anderen Fragen nicht, die auftauchen: Stimmt es, dass Ausländer_innen ihre Kinder mit dem Gürtel schlagen? Ein Junge hat das von einem anderen Jungen gehört, dem das ein dritter erzählt hat. Der Großteil der Klasse hält seine Einschätzung für pauschalisierend. Ist es überhaupt in Ordnung, wenn Eltern Kinder schlagen? Einzelne Schüler_innen finden einen gelegentlichen Klaps ganz okay. Ein Junge betont: „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung.“ „Schon komisch – über Migranten wird immer nur berichtet, wenn sie wieder etwas falsch gemacht haben. Na klar sind manche muslimischen Familien wirklich streng. Aber streng ist besser, als vernachlässigt werden. Und das passiert eher in deutschen Familien“, sagt ein Mädchen

Sie debattieren auch, ob Asylbewerber_innen zu viel Geld vom deutschen Staat erhalten. Eine Schülerin schlägt vor, im Internet nachzuschauen, wie viel es ist. Sie findet unterschiedliche Angaben. Klar wird aber, dass die Summe für den persönlichen Bedarf niedrig ist.

Jetzt arbeiten sie in Gruppen zu viert oder fünft weiter. Zu den Themen, die sie eben diskutiert haben, sollen sie kurze Videos drehen, schlägt Marie Jäger vor. Kameras hat sie mitgebracht.

Ein Teil der Schüler_innen folgt der Idee. Einige beginnen, kurze Drehbücher für ihre Videos zu schreiben. Ein paar Mädchen befragen Lehrer_innen und Menschen auf der Straße, was „deutsch sein“ bedeutet und was sie von Hartz IV halten. Später sagen sie, dass sie lieber körperlich aktiv sein möchten. Jäger schickt sie in den Parkour-Workshop. Parkour – das bedeutet, dass sich Jugendliche auf alternativen Wegen durch die Stadt bewegen und sie dabei neu entdecken. Statt auf dem Bürgersteig zu gehen, hangeln sie sich zum Beispiel an Gebäuden entlang.

Marie Jäger ist seit 2011 für cultures interactive tätig. Seitdem war sie vor allem in Thüringen und Brandenburg unterwegs. Sie erzählt von Schulen, wo Lehrkräfte die Namen von Schüler_innen mit Migrationshintergrund auch nach Monaten nicht richtig aussprechen konnten. Von Lehrer_innen, die Sprüche äußerten wie: „Du kommst ja aus einer Kanaken-Familie, aus dir wird eh nichts!“ Wobei Jäger selbst vom „K-Wort“ spricht. An einer Schule lernte Jäger eine Person kennen, die bei der Geburt als Mädchen identifiziert worden war und sich entschieden hatte, als Mann zu leben. Diese Transperson musste vor Gericht einklagen, dass die Lehrerin sie endlich mit „er“ ansprach. Der Lehrplan sei so dicht, dass sich die Lehrkräfte an manchen Schulen nicht die Zeit nehmen könnten, ausführlich zu besprechen, wie Schüler_innen miteinander umgehen und was sie sich im Umgang mit ihren Lehrer_innen wünschen. Und so kommt es, dass Jugendliche sich mit „Du Schwuler!“ beschimpfen und die Lehrkraft das ignoriert. Oder nur müde sagt: „Ich habe euch doch schon tausend Mal gesagt, dass ihr das nicht sagen sollt!“

„Was ist eigentlich Meinungs- freiheit?“

In dem YouTube-Workshop werden nun die Videos präsentiert. Das heißt: Einige Jugendliche wollen ihre nicht zeigen. Ein paar Mädchen tun das aber gerne. Sie haben sich mit dem Thema Erziehung auseinandergesetzt und temperamentvoll Szenen aus dem Alltag verschiedener Familien nachgespielt. Die Resonanz darauf ist gut, doch dann kommt es zum Streit. „Ihr seid behindert!“, motzt ein Mädchen ihre Mitschüler_innen an. „Ist dieses Wort geeignet, um das auszudrücken, was du sagen willst?“, greift Marie Jäger ein. „Warum sagst du nicht einfach, dass du das Verhalten blöd findest?“

In der Abschlussrunde sagen fast alle Schüler_innen, dass ihnen der Workshop gefallen habe. Auch Jäger ist zufrieden: „Die meisten waren außergewöhnlich reflektiert“, äußert sie später. „Sie denken auch mit, dass jemand anderer Meinung sein kann als sie selbst.“ Sie wolle der Schule empfehlen, Zeit für weitere Diskussionen einzuplanen.

Ein paar Jugendliche haben fast nur geschwiegen. Aber sie haben wenigstens zugehört.

Die Autorin:

Josefine Janert ist freie Journalistin.

Kontakt: josefine.janert@web.de

Straffällige Jugendliche bauen mit Online-Training Vorurteile ab

Der Thüringer Verein Drudel 11 entwickelt das Modellprojekt „OHA – Online Hass Abbauen“

Monika Kophal

Aus den Büroräumen des Vereins Drudel 11, direkt in der Jenaer Innenstadt, erklingen die Stimmen von Lisa und Andreas. Sie erklären, wie sich Hass und Vorurteile abbauen lassen. Vor Ort sind die beiden dabei allerdings nicht. Lisa und Andreas sind Figuren in dem digitalen Training „Online Hass Abbauen“, kurz OHA. Das Projekt richtet sich hauptsächlich an Jugendliche, die durch Gewalt und Rechtsextremismus auffällig wurden. In der Jugendarrestanstalt Arnstadt in Thüringen wurde das Training bereits 2016 testweise eingeführt und wird seitdem immer weiterentwickelt – mit Erfolg, sagt Projektleiter Daniel Speer. Das Angebot ist niederschwellig: Die straffällig gewordenen Jugendlichen beschäftigen sich am Computer mit den Themen Hass und Gewalt und setzen sich mit ihren eigenen Gewalttaten auseinander, ohne sich direkt anderen Menschen gegenüber öffnen zu müssen. „Und das kommt bei den Jugendlichen gut an“, sagt Daniel Speer. Die Idee zu dem digitalen Training hatten Speer und sein Team bereits 2015. Bis dahin führte der Verein Drudel 11 klassische „Face-to-Face“-Aggressionstrainings in der Jugendarrestanstalt in Arnstadt durch. Doch die Umsetzung wurde schwieriger. Der Bedarf bei den einzelnen Jugendlichen war zwar nach wie vor vorhanden, doch die Gruppen wurden teilweise immer kleiner, da sich die Belegungsstruktur veränderte. Außerdem

wollten sich die Drudel-11-Mitarbeiter_innen in ihrer Arbeit an die Welt der Jugendlichen anpassen – und die findet heutzutage zum Großteil in der Virtualität statt. Und so entstand das Projekt „Online Hass Abbauen“, das hauptsächlich durch Mittel aus dem vom Bund initiierten Förderprogramm „Demokratie leben“ finanziert wird.

„Bis jetzt gibt es in dem Projekt die zwei Schwerpunkte Straftaten und Gewalt sowie Hass und Vorurteile“, sagt Yasmin Mergen, Öffentlichkeitsbeauftragte des Vereins. In dem Online-Kurs zum Thema Gewalt lernen die Jugendlichen beispielsweise etwas darüber, wieso Menschen Straftaten begehen und wie sich dies verhindern ließe. Die Übungen bestehen aus Texten, Audios, Videos und dem ein oder anderen Quiz. In einem Messenger können sich die Teilnehmenden mit einem_r Trainer_in des OHA-Teams austauschen, den Kurs an sich können sie allein machen. In der Jugendarrestanstalt Arnstadt arbeiten die Jugendlichen eine Woche lang täglich bis zu zwei Stunden an dem Training. „Bevor es losgeht, sind unsere Mitarbeiter vor Ort, um die Teilnehmenden in das Programm einzuführen“, sagt Speer. Danach übernehmen die fiktiven Kursleiter_innen Lisa und Andreas, die im ersten Schritt erklären, wie der Online-Kurs funktioniert, was die einzelnen Symbole bedeuten und was die Jugendlichen in dem

Kurs erwartet. „Es war uns sehr wichtig, dass das Training intuitiv funktioniert“, sagt Speer.

Die erste Übungsreihe etwa behandelt das Thema Ausreden. In einer dargestellten Szene können die Teilnehmer_innen die fiktive Figur Tobi kennenlernen und ihm und seiner Mutter bei einem Gespräch lauschen, in dem es um Tobis Gewalttaten geht. Der Sohn erzählt seiner Mutter, dass er den Nachbarsjungen geschlagen hat, weil dieser zu laut war und ihn dann provozierte. Die Mutter hat dafür kein Verständnis und macht ihren Sohn darauf aufmerksam, dass er nur nach Ausreden für sein eigenes Handeln sucht. Nach diesem Gespräch taucht auf dem Bildschirm wieder Andreas auf, um sich mit den Jugendlichen, die gerade am Computer sitzen, die Ausreden noch einmal anzuschauen. So nimmt er zum Beispiel die Ausrede „Schuld auf andere schieben“ genauer unter die Lupe und erklärt, dass diese Ausrede die eigenen Handlungsmöglichkeiten verdeckt. Er weist auch darauf hin, dass es für Ausreden stets Signalwörter beziehungsweise Signalsätze gibt, wie etwa: „Ich musste.“ Andreas regt die Jugendlichen dazu an, künftig auf solche Wörter und Sätze zu achten, um Ausreden erkennen und schließlich anders handeln zu können. In den darauffolgenden Übungen werden weitere Ausreden entlarvt, wie „Langeweile“, „Alkohol und Drogen“, „Falsche Freunde und Gruppenzwang“ oder „Schwere Kindheit“.

„Beispielsweise lernen Jugendliche etwas darüber, wieso Menschen Straftaten begehen.“

Trotz all der Ausreden wird Tobi am Ende der Übung einem Richter vorgeführt. Die Jugendlichen vorm Computer sollen dem Jungen dabei helfen, sich richtig zu verhalten und auf Ausreden zu verzichten. Das funktioniert mithilfe eines Dialogspiels, bei dem sie entscheiden müssen, was Tobi dem Richter gegenüber sagt, wobei ihnen jeweils zwei vorgegebene Antworten zur Verfügung stehen.

In weiteren Übungen beschäftigen sich die Jugendlichen mit ihren eigenen Straftaten. Zum Beispiel, indem sie all ihre eigenen Taten in einer Timeline auflisten und versuchen sollen, herauszufinden, welche Ideologien eigentlich dahinterstecken. Dass sie dabei unbeobachtet sind, so Daniel Speer, macht es den Teilnehmer_innen oft leichter, wie folgendes anonymes Feedback zeigt: „Die ganzen Straftaten, die ich gemacht habe, die haben mich überrascht eigentlich (...) man kann das alles zugeben, was man getan hat, ohne dass das jemand erfahren muss (...), dass jetzt gleich einer zur Polizei geht (...). Deswe-

gen habe ich das einfach auf dem Computer hingeschrieben, da bleibt es ja in den vier Wänden und das hat mich erst einmal beruhigt. (...) Man fühlt sich ja auch schlecht (...) und fragt sich: Scheiße, was habe ich nur getan?“

Auch wenn es sich bei OHA um ein digitales Programm handelt, werden die Jugendlichen nicht allein gelassen. Die Drudel-11-Mitarbeiter_innen erhalten Einblick in die absolvierten Kurse und geben den Teilnehmer_innen – wenn gewünscht – Rückmeldungen zu den Übungen. „Unser Ziel ist es, an den Stellen anzudocken, wo wir ein Potenzial für eine tiefere Auseinandersetzung erkennen“, sagt Speer. So gab es in dem letzten Kurs ein Mädchen, das ein Feedback zu der Übung „Körperliche Verletzungsfolgen“ wollte, obwohl sie sich selbst in den offenen Textfeldern nur sehr zögerlich äußerte und auch nicht alle Videos angeschaut hatte. „Wir haben dann überlegt, was der Hintergrund dafür sein könnte“, sagt Speer. Das Team kam zu dem Ergebnis, dass das Mädchen vielleicht noch nicht ganz bereit ist, sich mit ihrer Tat – eine Stichverletzung durch ein Messer – auseinanderzusetzen. „Unser Ansatz war es dann, die Person erst einmal zu fragen, wie es ihr mit den Übungen so ging.“ Eine Antwort kam bis jetzt zwar noch nicht. Häufig allerdings, so Speer, ergeben sich aus solch einfachen Fragen tiefere Gespräche. „Die OHA-Methode ermöglicht es, auch im virtuellen Raum echte Beziehungen aufzubauen.“ Trotzdem, betont Speer, ersetzt das digitale Angebot kein Face-to-Face-Training. Vielmehr setzt es dort an, wo die klassische Methode nicht weiterkommt.

Laut Yasmin Mergen haben bereits 470 Jugendliche an dem Projekt teilgenommen, wobei es sich bei rund 88 Prozent um männliche Teilnehmer handelt. Bis es so weit war, mussten die Mitarbeiter_innen des Vereins viel Arbeit investieren. „Wir mussten erst einmal herausfinden, wie so ein digitaler Kurs aussehen könnte“, sagt Projektleiter Daniel Speer. Es ging zum Beispiel um Fragen wie: Wie viel Text ist angemessen? Wie multimedial sollte der Kurs sein? Und wie viel Jugendsprache beziehungsweise wie viel Fremdwörter sind erlaubt? Hilfe bekam der Verein von der Bauhaus-Universität Weimar. Das Ergebnis: kurze Texte, eine professionelle Sprache, die sich jedoch an die der Jugendlichen orientiert und ein stetiger Wechsel zwischen Text, Video und Audio.

Der Online-Kurs beschäftigt sich nicht nur mit Gewalttaten allgemein, sondern auch mit Gewalttaten mit einem rechtsextremen Hintergrund. Rechtsextreme Ideologien werden heutzutage immer häufiger im Internet verbreitet. Erkennbar sind diese laut Speer jedoch nicht immer auf dem ersten Blick, denn nicht jede_r Rechtsextreme trägt heutzutage noch Springerstiefel. Solche Ideologien treten vermehrt in den sozialen Medien auf, zum Beispiel in Form von Hasskommen-



Yasmin Mergen, Öffentlichkeitsarbeit des Vereins, und Daniel Speer, Projektleiter von OHA

taren. „Wir haben uns dennoch dagegen entschieden, im Bereich soziale Medien aktiv zu werden“, sagt Speer. Der Verein entschied sich für einen digitalen Kurs, den es laut eigener Aussage in dieser Art und Weise noch nicht gibt. Speer glaubt, dass die sozialen Medien nicht dafür herhalten können, um eine echte pädagogische Auseinandersetzung mit Gewalt und Rechtsextremismus zu ermöglichen

Das OHA-Konzept geht auf, so Yasmin Mergen. Auch die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bayern zeigen längst Interesse an dem Projekt und testen es in ihren Jugendarrestanstalten. In Thüringen soll das Angebot erweitert und damit künftig sowohl stationär als auch ambulant angeboten werden. „Wir können uns einen Einsatz gut in der Jugendgerichtshilfe, in der Bewährungshilfe, aber auch in Schulen vorstellen“, sagt Speer, wobei vor allem in Schulen eine zusätzliche Face-to-Face-Betreuung sinnvoll wäre.

Der Verein Drudel 11 ist ein anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Seit 1993 begleiten die Mitarbeiter_innen junge Menschen dabei, neue Perspektiven zu entwickeln.

Gewalt- und Rechtsextremismusprävention sind generell die Arbeitsschwerpunkte. So gehört auch der Thüringer Beratungsdienst zum Verein, der junge Menschen beim Ausstieg aus der rechten Szene unterstützt. Aktuell präsentiert der Beratungsdienst die Ausstellung „END.Täuschung – Rechtsextremismus. Irritation. Ausstieg“, die elf verschiedene Themenschwerpunkte des Phänomenbereichs Rechtsextremismus beleuchtet. Der Künstler Enrico Leimer zeigt in seinen Bildern Ein- und Ausstiegsprozesse. Passende Begleittexte klären über die Gefahren der rechtsextremen Szene auf. So setzt sich ein Bild zum Beispiel mit der Ideologie und den Werten dieser Szene auseinander, andere zeigen das Thema Frauen, Musik und Kleidung. Zusätzlich wird die Geschichte eines potenziellen Aussteigers erzählt. „Einen festen Ausstellungsort gibt es nicht“, sagt Annika Venohr, Projektleiterin des Thüringer Beratungsdienstes. Die Ausstellung eignet sich besonders für Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und kann kostenlos gebucht werden. „Demnächst werden die Bilder im Justizzentrum in Erfurt gezeigt“, sagt Venohr. „Denn dort sind viele unserer potenziellen Kund_innen.“ Venohr und ihr Team wollen mit den Bildern Jugendliche erreichen,

die aus der Szene aussteigen möchten. Außerdem sollen Eltern und Angehörige sowie das entsprechende Fachpersonal angesprochen werden. Im November 2018 war die Eröffnung, seither ist die Ausstellung gut gebucht.

„Nicht jede_r Rechtsextreme trägt heutzutage noch Springerstiefel.“

Venohr selbst verzichtet gern darauf, die eher düster wirkenden Bilder zu beschreiben. „Die elf Bilder dienen als künstlerisch-methodischer Einstieg für eine pädagogische Auseinandersetzung mit der Thematik“, erklärt sie. Das bedeutet, die Jugendlichen selbst sollen beschreiben, was sie sehen. Ein Bild zum Beispiel behandelt das Thema Frauen. Es zeigt das Gesicht eines Mädchens: orangefarbene Haare, große blaue Augen, die Zunge demonstrativ rausgestreckt. Auf dem zweiten Blick erst fällt ein kleiner Mann auf, der kerzengerade in ihrem wuscheligen Haar steht. Im dazugehörigen Begleittext wird unter anderem beschrieben, dass der Anteil der Frauen auf Versammlungen in der rechten Szene selten höher als 25 Prozent ist und ihnen weiblich festgelegte Rollen zugeschrieben werden, die sich an dem Frauenbild aus der Zeit des Nationalsozialismus orientieren. Die Reaktionen auf die Bilder seien ganz unterschiedlich.

Welches Bild während der Ausstellung oder während eines Workshops, die begleitend gebucht werden können, näher thematisiert wird, hängt von der jeweiligen Situation ab. „Wenn wir von einer Sozialarbeiterin einer Schule kontaktiert werden, weil es an der Schule zu rechtsextremen Äußerungen kommt“, sagt Venohr, „dann führen wir zunächst

einmal ein Vorgespräch. In dem fragen wir, ob es etwa um Gewalt, Kleidung oder Irritationsmomente geht. Danach setzen wir Schwerpunkte.“

Finanziert wird die Ausstellung durch den Verein selbst und dient der Öffentlichkeitsarbeit, so Venohr. „Das Projekt hat dazu geführt, dass wir beim Fachpersonal bekannter wurden und auch im Gedächtnis bleiben.“ Und da der Beratungsdienst nun einmal für Thüringen zuständig ist, wird die Ausstellung – anders als das digitale Training OHA – auch nur dort gezeigt.

Die Autorin:

Monika Kophal ist freie Journalistin.

E-Mail: monika.kophal@gmail.com



Annika Venohr, Projektleiterin der Beratungsstelle



Wenn der Rechtspopulismus sich auf die Jugendhilfe einschießt

*Parlamentarische Aktivitäten
der AfD in den Bundesländern*

Die AfD ist inzwischen in allen 16 Landesparlamenten und im Deutschen Bundestag vertreten. Im Bereich der Zivilgesellschaft arbeitet sie sich vor allem an Organisationen und Netzwerken ab, die sich beispielsweise für Geflüchtete, für geschlechtliche oder sexuelle Vielfalt oder gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, darunter sind auch zahlreiche Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Ansgar Drücker und Sebastian Seng

Der Vorsitzende einer Mitgliedsorganisation des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) sagt: „Am liebsten würde ich in jeder Schule, Hochschule und Universität mit der AfD diskutieren.“ Der Bundesvorstand eines anderen IDA-Mitgliedsverbandes hat sich entschieden, sich an keinen Veranstaltungen zu beteiligen, zu denen auch die AfD eingeladen ist. Auch wenn sich viele im Ziel einig sind, menschenfeindlichen und rassistischen Positionen auch und gerade in Wahlkampfzeiten deutlich entgegenzutreten, ist die Frage, welches Vorgehen am ehesten Erfolg versprechend ist, durchaus umstritten. IDA berät und unterstützt als Dienstleistungszentrum der Jugendverbände in den Themenfeldern Rassismus(kritik), Rechtsextremismus, Antisemitismus, rassistisch-kritische oder interkulturelle Öffnung, Diversität, Diskriminierungskritik und Migrationsgesellschaft seine Mitgliedsverbände und anderer Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Die AfD richtet sich gegen Träger der Kinder und Jugendhilfe sowie gegen große zivilgesellschaftliche Träger, die sich kritisch zur AfD oder zu rechtspopulistischen Positionen äußern. So werden etwa ganze Jugendringe als „linksextrem“ oder „linksradikal“ eingestuft, wird Gewerkschaften, Kirchen und Sportverbänden das Recht abgesprochen, sich gegen die AfD und ihre politischen Haltungen und Ziele zu positionieren.

Der Landesjugendring Brandenburg etwa hat einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der AfD gefasst. Nach der Anmeldung eines AfD-Abgeordneten mit extrem rechter Vergangenheit und mit menschenfeindlichen Äußerungen im thematischen Kontext zum Thema Flucht und Asyl wurde dieser nicht zu einer Veranstaltung zugelassen, da es um die Einbeziehung (auch traumatisierter) Geflüchteter in die Jugend- und Bildungsarbeit ging. Der Landesjugendring hat dies auch nach einer Skandalisierung durch den AfD-Abgeordneten gegenüber dem Ministerium, das gemäß Artikel 21 Grundgesetz und § 5 Parteiengesetz der Chancengleichheit der Parteien Rechnung tragen muss und das die Veranstaltung gefördert hat, erfolgreich durchgehalten. Der Staatssekretär drohte zwischenzeitlich mit der Absage seines Grußworts auf der Veranstaltung – der Veranstalter nahm auch diesen Konflikt in Kauf und sorgte damit vor Ort für eine geschützte Arbeitsatmosphäre, zumal der Abgeordnete keineswegs zur Zielgruppe der Veranstaltung gehörte, die sich nämlich an Fachkräfte richtete.

Auch der Kinder- und Jugendring in Sachsen-Anhalt wurde von der AfD frontal angegriffen und als „linksradikale Vereinigung“ bezeichnet. Was war passiert? Der Kinder- und Jugendring hatte zu einer Landtagswette eingeladen, dabei jedoch die AfD-Fraktion übergangen. Die AfD brüstet sich mit einem Stimmanteil von 26 Prozent der 18- bis 25-Jährigen bei der letzten Landtagswahl und stellte die Berechtigung des Kinder- und Jugendrings, die jungen Menschen des Bundeslandes

zu vertreten, in Frage. Die Landesregierung antwortete auf die entsprechende Beschwerde der AfD im Rahmen einer Kleinen Anfrage, dass „das satzungsgemäße Eigenleben von Jugendverbänden zu respektieren“ sei und eine fehlende politische Neutralität nicht automatisch zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit führe. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, hat der Kinder- und Jugendring nach der Anfrage seine „Position zum Umgang mit der AfD“ noch einmal schriftlich zusammengefasst und erläutert, warum die AfD-Abgeordneten zwar demokratisch gewählt sind, ihr Menschen- und Gesellschaftsbild aber nicht mit den pädagogischen und politischen Grundüberzeugungen und der Satzung des Kinder- und Jugendrings vereinbar sind. Die AfD agiere jugend- und LSBTIQ-feindlich, richte sich gegen Gleichstellung, vertrete ein völkisches und autoritäres Weltbild, positioniere sich gegen Inklusion, agiere antieuropäisch und untergrabe die demokratische Kultur. Schnell ist die AfD auch mit dem Vorwurf des Linksextremismus an freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, wenn sie sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. In Berlin fragte die AfD-Fraktion in 129 Fragen nach den Verknüpfungen dortiger Träger zu linksextremistischen Netzwerken in Berlin. Die Antwort der zuständigen Senatsverwaltung fällt sehr knapp aus: „Dem Senat liegen dazu keine Informationen vor. Der Senat erhebt im Übrigen nicht systematisch Daten über Mitgliedschaften von Personen in den genannten Parteien, Vereinen, Verbänden, Stiftungen oder Unternehmen, auch nicht personelle bzw. finanzielle Verbindungen zwischen diesen.“

„Schnell ist die AfD mit dem Vorwurf des Linksextremismus an freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe.“

Auch in Nordrhein-Westfalen gab es eine umfangreiche Anfrage zum Thema Linksextremismus, in der u. a. nach politisch links motivierten Straftaten von Personen gefragt wird, die mit den Jugendorganisationen Jungsozialisten (Jusos), Grüne Jugend, Linksjugend Solid, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken in Verbindung stehen. Die Landesregierung beantwortet die Frage eher lapidar: „Entsprechende Daten sind nicht Gegenstand einer statistischen Erfassung im Kriminalpolizeilichen Meldedienst politisch motivierter Kriminalität (KPMd – PMK) und liegen der Landesregierung nicht vor. Überdies besteht keine Verpflichtung, als Beschuldigter einer Straftat Angaben zu einer Mitgliedschaft in Organisationen, Vereinen oder Parteien zu machen.“

„In Brandenburg hat die AfD im Landtag einen Antrag eingebracht, das Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘ abzuschaffen.“

Spätestens seit den Auseinandersetzungen rund um das G20-Treffen in Hamburg ist sogenannter Linksextremismus oder linke Militanz wieder stärker Gegenstand der politischen Diskussion, aber auch der Alltagswahrnehmung vieler Menschen. Dies trägt dazu bei, dass das Extremismusmodell auch alltagsweltlich eingängig ist. Gleichzeitig hat die Auseinandersetzung im Themenfeld Flucht und Asyl eindrucksvoll gezeigt, dass das Problem vor allem bei den Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft liegt. Es wäre jedoch fatal, der AfD die Definitionsmacht über das Wortfeld Extremismus zu überlassen oder der Einordnung ihrer Gegner_innen als linksextrem auf den Leim zu gehen.

Solidarität unter den freien Trägern und Jugendverbänden sowie eine Stärkung der Vernetzung und des Austausches in Jugendringen und sonstigen Dachverbänden haben sich als wichtige Gegenstrategien in den Auseinandersetzungen mit der AfD erwiesen. Auch wurde immer deutlicher, dass vergleichbare Anfragen, Anträge und Debattenbeiträge der AfD in verschiedenen Bundesländern zum Teil wortgleich auftauchten. Auch hier ergaben Austauschrunden über Ländergrenzen hinaus Sinn. Eine Schulung von Mitarbeiter_innen in Bezug auf den Umgang mit Rechtspopulismus sollte sowohl die individuelle Ebene (junge Menschen mit rechtspopulistischen oder extrem rechten Einstellungsmustern) als auch die politische Ebene (Umgang mit Angriffen der AfD auf Träger und ihre Arbeit) in den Blick nehmen. Eine wichtige kommunikative Strategie ist es, sich die Themen und Begriffe von der AfD nicht diktieren zu lassen, denn diese bringen Werte zum Ausdruck, die mit der Fundamentalgleichheit der Menschen und der universellen Geltung der Menschenrechte unvereinbar sind. Stattdessen sollten Akteur_innen der Jugendarbeit für eigene positiv besetzte Themen arbeiten und dadurch die eigenen Werte zum Ausdruck bringen.

Die AfD versucht mit ihrer Kritik an Jugendverbänden und freien Trägern gezielt, den Unterschied zwischen parteipolitischer und politischer Neutralität zu verwischen. Damit greift sie gleichzeitig die wertorientierte Jugendarbeit der Jugendverbände und anderer freier Träger im Arbeitsfeld an, die ja explizit nicht neutral ist. Auch Projekte, die sich für Demokratieförderung einsetzen, werden von der AfD immer wieder als nicht neutral dargestellt. Schon eine an den Menschenrechten und am Grundgesetz orientierte Bildungsarbeit kann also als „nicht neutral“ unter Beschuss geraten, selbst wenn sie sich begründet und analysierend mit Positionen der AfD auseinan-

dersetzt. Wie die AfD dagegen vorgehen möchte, wenn sie Regierungsverantwortung hätte, hat sie mit einem Gesetzentwurf gezeigt, den sie im Mai 2019 im Sächsischen Landtag vorgelegt hat. Darin will sie den Freistaat in der Landesverfassung auf „politische Neutralität“ „in den Bereichen der politischen Erziehung, Bildung und Information“ verpflichten. Außerhalb der staatlichen Parteienfinanzierung sollte die Landesregierung dann keine Gelder zur Demokratieförderung mehr vergeben dürfen, weil das die Chancengleichheit der Parteien verzerre. Würden Fördermittel entgegen dieser Regelung entgegengenommen oder ausgeteilt, sollte eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren folgen. Mit ihrer Initiative zielt die AfD – wie aus der Gesetzesbegründung hervorgeht – besonders auf solche Akteur_innen, die gegen die AfD Position beziehen. Wenn menschenrechtsorientierte Bildungsarbeit schon als „nicht neutral“ gewertet wird, würde sie unter diesen Umständen unmöglich gemacht. Wohin die Reise bei einer Regierungsbeteiligung der AfD gehen würde, zeigt auch das Programm der sächsischen AfD für die Landtagswahl: Vereinen wie „Schule ohne Rassismus“ sollten die Fördergelder aus Steuermitteln gestrichen und stattdessen an Schulen „Heimatliebe“ vermittelt werden. In Brandenburg hat die AfD Mitte Juni 2019 im Landtag einen Antrag eingebracht, das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ abzuschaffen. Bis dahin sollten mit sofortiger Wirkung alle Mittel an die Bedingung geknüpft werden, dass sie „nicht zugunsten oder zulasten von politischen Parteien eingesetzt werden dürfen.“ Im Zuwendungsbescheid sollten die Empfänger_innen dazu verpflichtet werden, „das verfassungsrechtlich verankerte Neutralitätsgebot zu achten“.

Rassismus zu benennen und Menschen zu kritisieren, die ihn propagieren, ist jedoch keine mangelnde „politische Neutralität“, sondern basiert auf den Werten des Grundgesetzes – insbesondere auf der ja nicht nur für Deutsche geltenden Menschenwürde in Artikel 1 – sowie internationaler Menschenrechtsabkommen. In Fragen von Menschenrechten und Diskriminierung kann es keine „politische Neutralität“ geben. Wenn Vereine auf dieser Basis Stellung zu den Positionen von Parteien beziehen und diese kritisieren, ist das eher ein Problem der entsprechenden Partei und ihrer Position. Eine solche Kritik sollte einer demokratischen Partei zu denken geben.

Der Umgang mit Rechtspopulismus berührt auch berufsethische Fragen etwa in der Sozialen Arbeit oder bei pädagogischen Fachkräften, denen jungen Menschen anvertraut sind.

Eine Parteinahme für junge Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität oder ihrem Aufenthaltsstatus gehört für viele Fachkräfte zum Kern ihrer beruflichen Identität und zu einer selbstverständlichen fachlichen Anforderung. Daraus im Falle einer staatlichen Förderung der jeweiligen Arbeit eine Verletzung der politischen Neutralitätspflicht zu konstruieren, nur weil bei einigen jungen Menschen auch aufenthaltsrechtliche Fragen auf der Tagesordnung stehen, wäre absurd.

„Das Agieren der AfD stellt freie Träger vor neue Herausforderungen.“

Die Anfragen zu Kernbereichen der Sozialen Arbeit oder zu fachlichen Fragen der Jugend- und Bildungsarbeit sind seitens der AfD im Vergleich zu anderen Politikfeldern eher dünn gesät. Sie ergeben sich häufig in Politikfeldern, wie z. B. Flucht, Asyl und Migration, Abtreibung oder geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, die sich besonders gut mit den antipluralistischen, antiegalitären und verschwörungsideologischen Basiserzählungen der Partei ausdeuten und emotionalisieren lassen.

Institutionen und freie Träger in Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit sind in vielen Fällen auf ein partnerschaftliches und kooperatives Verhältnis zu den Förderern unter Wahrung der jeweiligen Rollenklarheit angewiesen. Dies ist häufig mit einer Mindesterwartung an gegenseitige Loyalität verbunden. Politik und Verwaltung erwarten, dass Zuwendungsempfänger_innen ihnen in der Umsetzung des Projekts nicht in den Rücken fallen und ihnen „keinen Ärger“ machen. Freie Träger erwarten eine unterstützende und ermöglichende Haltung der öffentlichen Hand und eine Unterstützung bei Angriffen von rechts. Dieses häufig gut eingependelte Verhältnis ist durch das Thema Flucht und Asyl grundsätzlich ins Wanken geraten. Wiederholte AfD-Anfragen können zudem einen Keil zwischen Zuwendungsgeber_in und -empfänger_in treiben und Misstrauen auf beiden Seiten säen. Das Thema Flucht und Asyl lässt in vielen Einzelfragen Interessensunterschiede zwischen freien Trägern, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden usw. einerseits und der öffentlichen Hand andererseits deutlich werden. Eine parteiische, den berufsethischen Standards folgende Soziale Arbeit mit Geflüchteten scheint den zunehmend sicherheitspolitisch und mit der allgemeinen Stimmung im Lande begründeten Verschärfungen auf Seiten der Politik gegenüberzustehen. Fachkräfte der Sozialen Arbeit müssen häufiger darüber nachdenken, ob sie stärker ordnungs- und sicherheitspolitische Erfüllungsgehilf_innen des Staates sind oder ob sie wirklich noch parteiisch und

klient_innenorientiert arbeiten können. Auch fördernde Ministerien sind sich häufig der doppelzünftig wirkenden Signale an Geflüchtete bewusst, denen einerseits Integration abverlangt und aufgezwungen wird, andererseits der Zugang dazu aber häufig abhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus verbaut wird. Hinzukommen inter- und innerministerielle Konkurrenzen, die die gesellschaftliche Kontroversität des Themas auch innerhalb der Verwaltung abbilden.

Das Agieren der AfD stellt freie Träger vor neue Herausforderungen ihrer alltäglichen Arbeit und ihrer konzeptionellen Ansätze. Eine gute Vorbereitung und eine beidseitig weiterhin auf Kooperation setzende Abstimmung zwischen Zuwendungsgeber_innen und Mittelempfänger_innen im Sinne der Sache sind wichtige Voraussetzungen, um die eigene gute Arbeit auch in polarisierten Zeiten und in zunächst vielleicht verunsicherndem Fahrwasser fortsetzen zu können.

Die Autoren:

Ansgar Drücker ist Geschäftsführer des bundesweit tätigen Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. www.IDAeV.de

Sebastian Seng ist Bildungsreferent des IDA e. V.

Kontakt: info@IDAeV.de

DIE QUADRATUR DES KREISES?

– Zur pädagogischen Auseinandersetzung mit neurechten Jugendlichen

Die Frage nach Zugängen zu und pädagogischen Handlungsmöglichkeiten mit Jugendlichen, die sich ideologisch und habituell der Neuen Rechten zuordnen, wurde bisher in der Sozialen Arbeit nicht gestellt. Das Projekt Dekonstrukt nimmt neurechte Jugendliche in den Blick und arbeitet mit innovativen Ansätzen.

Fabian Kaufmann und Lena Sierts

In den Anfängen der Ausstiegsarbeit der 90er Jahre wurde sich vornehmlich daran orientiert, potenzielle Adressat_innen an ihrer Zugehörigkeit zu einer (bestenfalls verbotenen) Gruppe festzumachen. Damals wie heute ist ein solches Vorgehen mit dem Fokus auf delinquentes Verhalten nicht zielführend. Der uneingeschränkte Blick auf Delinquenz wird inzwischen nur noch von Sicherheitsbehörden getätigt, deren Interesse kein pädagogisches, sondern ein rein ordnungspolitisches ist. Durch die Verbreitung (extrem) rechter Einstellungsmuster in der „Mitte der Gesellschaft“ werden diese gesamtgesellschaftlich anschlussfähiger sowie spürbar wahrnehmbarer und bedrohlicher (Brähler/Decker 2018). Deshalb kann es nicht mehr alleine darum gehen, Adressat_innen an Hand eines zugeschriebenen Organisationsgrades als ideologisch problemhaft wahrzunehmen, sondern der Blick muss auf den (extrem) rechten Einstellungen liegen. Daher muss eine ideologische Auseinandersetzung forciert und vehementer die „Roten Linien“ des Sag- und Machbaren aufgezeigt werden – gerade in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit.

Neue Rechte als Adressat_innen

Bei der Neuen Rechten handelt es sich um ein politisches Phänomen, dessen Wurzeln im Frankreich der 50er und 60er lie-

gen. Die fehlenden Erfolge der klassischen extremen Rechten führten zu einem Umdenken der Konzepte und Strategien. Ein positiver Bezug auf die Konservative Revolution und eine öffentliche Abgrenzung zum Nationalsozialismus sollten rechte Ideologien wieder anschlussfähiger machen. Gefördert durch das gesellschaftliche Klima in Europa der vergangenen fünf Jahre erzielte die sich als jugendkulturell inszenierende neurechte Identitäre Bewegung den Höhepunkt an Einflussnahme auf den öffentlichen Diskurs. Dabei handelt es sich um eine Überschneidung von Personen und Netzwerken zwischen konservativem Milieu und Teilen der (extremen) Rechten wie Burschenschaften, völkische Gruppierungen, rechtspopulistische Parteien und Neonazis.

***„Es müssen vehementer die
„Roten Linien“ des Sag- und
Machbaren aufgezeigt werden.“***

Ihr inszeniertes Selbstbild, wie das des österreichischen Kaders Martin Sellner, beschreibt eine_n junge_n, weißen Mann/Frau, der_die aus konservativem Elternhaus kommt, eine höhere Schulbildung genossen hat und studiert. Die familiären Rahmenbedingungen fördern gesellschaftliche Privilegien, finan-

„Jugendliche in neurechten Strukturen waren bisher keine Adressat_innen der Jugendhilfe.“



zielle Probleme sind kaum vorhanden und psychologische Auffälligkeiten genau wie der Gebrauch von harten Drogen und Gewalterfahrungen eher die Ausnahme. Eine so skizzierte Person wird von sich aus kaum Angebote Sozialer Arbeit bzw. der politischen Bildung aufsuchen, geschweige denn ihre (extrem) rechten Einstellungen als Problem wahrnehmen – dazu trägt eine wesentliche Rolle wieder das Zusammenspiel von Mehrheitsgesellschaft und dem Erstarken (extrem) rechter Einstellungen (vgl. Decker/Brähler, 2018) bei. Zugehörige solcher neurechten Strukturen sowie junge Menschen, die von ihnen angesprochen werden sollen, waren bisher keine Adressat_innen von Jugendhilfe im Allgemeinen oder politischer Bildung im Speziellen – nicht zuletzt, weil sie sich dem klassischen Klischee von gewaltsuchenden, desintegrierten (extrem) rechten Personen entziehen. Das gezielte Handeln dieser jungen Menschen im vorpolitischen Raum (vgl. Speit 2018) spielt sich primär innerhalb von sozialen Medien ab. Soziale Medien werden hier als Sammelbegriff für unterschiedlichste Online-Interaktionen verstanden und umfassen die Kommunikation innerhalb nutzer_innengenerierter Inhalte.

Soziale Medien als Sozialraum begreifen

Aktuellen Erhebungen nach haben über 91 % der Jugendlichen in Deutschland Zugang zum Internet vorrangig über ihr Smartphone und nutzen dies vor allem für Kommunikation und Unterhaltung. Die Videoplattform YouTube wird von 60 % der Jugendlichen genutzt, um sich mehrmals die Woche über Themen zu informieren. Auch die Nutzung von Angeboten wie Instagram und WhatsApp sind hoch (Jim-Studie 2018). Diese virtuellen Räume sind auch Sozialräume – also Orte, an denen gestritten wird, Meinungen gebildet und Haltungen gefestigt werden, schlichtweg Orte, die einen wichtigen Teil im Alltag junger Menschen ausmachen. Und sie sind nicht losgelöst von politischen Auseinandersetzungen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Ausgrenzende und menschenfeindliche Tendenzen – wie in der Mehrheitsgesellschaft vorhanden – bilden sich auch dort ab (siehe Brähler/Decker, 2018).

Ansprache in den sozialen Medien – Praxisbeispiel Vlog #Realitätscheck

In dem von Dekonstrukt entwickelten Videoblog (Vlog) #Realitätscheck interviewt ein Host unterschiedliche Akteur_innen mit entsprechenden beruflichen Expertisen zu konfliktbehafteten Themen, die auch von der Neuen Rechten inhaltlich aufgegriffen werden. Der Schwerpunkt eines Clips war beispielsweise Seenotrettung privater Hilfsorganisationen.

Mit Kampagnen wie Defend Europe brachte sich die Identitäre Bewegung mit ihren europäischen Abschottungsplänen in den Diskurs ein. Es war die Zeit, in der auch etablierte Medienhäuser mit Artikelüberschriften „Oder soll man es lassen?“ (ZEIT, 2018) über den Konflikt im Mittelmeer berichteten und irritierten. Als Gesprächspartner dieser Folge konnten wir den Leiter der Altonaer Seemannsmission gewinnen. Dieser arbeitet täglich mit Seeleuten, die vermehrt von der belastenden Situation auf dem Mittelmeer berichten. Gleichzeitig argumentiert er aus theologischer Perspektive gegen die selbsternannten Verteidiger des Abendlandes. In einer weiteren Folge unter dem Titel „Fremde Täter“ berichtet die Mitarbeiterin einer Beratungsstelle für sexualisierte Gewalt von betroffenen Kindern und Frauen und spricht über die Instrumentalisierung dieses Themas für rassistische Zwecke. Ein Pädagoge der Jungenarbeit wird im Gespräch über „Männlichkeit“ interviewt, eine Journalistin zum Begriff „Lügenpresse“ und eine Gewerkschaftlerin zu dem Versuch der Etablierung rechter Betriebsräte.

„Die sozialen Medien als einen politisch umkämpften Sozialraum wahrzunehmen, muss ein erster Schritt sein.“

Konzeptionell kann die Arbeit von Dekonstrukt mit seinem derzeitigen prozessoffenen Ansatz wie folgt beschrieben werden: Angesetzt wird bei einer Person, bei der offene oder latente

(extrem) rechte Einstellungen vorhanden sind (ausmachbar anhand eines beispielsweise offenen Profils bei Facebook). Diese Person nimmt ein Format, in diesem Fall z. B. den Vlog #Realitätscheck, wahr. Grundlegend setzt die Idee eine Freiwilligkeit bei der Person voraus: Zum einen hat sie die Wahl, das Format anzusehen, und zum anderen signalisiert eine von ihr initiierte Handlung (z. B. durch Kommentieren) eine Bereitschaft zur Interaktion. Das Format greift dann (extrem) rechte Einstellungen auf und bietet Narrative an, die eine andere Deutung als die (extreme) Rechte eröffnen. Entweder triggert das Format bei dem Adressat_innenkreis direkt einen Keymoment oder dieser wird durch freiwillig initiierte Interaktion mit uns forciert. Dieser Keymoment stellt die (extrem) rechten Einstellungen in Frage und kann einen Veränderungsimpuls schaffen. Dieser Veränderungsimpuls bietet die Ausgangsmöglichkeit für eine weitere pädagogische Auseinandersetzung, einen notwendigen ideologischen Bruch und im Endeffekt die Dekonstruktion (extrem) rechter Einstellungen.

Mit dem Vlog #Realitätscheck ist ein Format entstanden, zu dem Dekonstrukt den Adressat_innenkreis einlädt, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Dabei ist es wichtig, von Beginn an Regeln für die gemeinsame Kommunikation aufzustellen. Auf der Startseite des Vlogs heißt es dazu unter anderem: „Kommentare, die persönlich, beleidigend, diskriminierend oder sonst wie ausgrenzend sind, werden gelöscht. Leuten, denen nichts an einer ernsthaften Auseinandersetzung liegt und die nur stören wollen, werden geblockt. An alle, die keine Lust auf eine öffentliche Auseinandersetzung haben, schreibt uns über einen unserer Kanäle an.“ Dies schafft zum einen Transparenz im Kontext zu häufigen Vorwürfen der „Zensur“, zum anderen zeigt es deutlich eine rote Linie auf und vermittelt die eigene nicht-rechte Haltung.

Des Weiteren werden die aus dem Format entstandenen Kontakte vorrangig genutzt, um Keymomente zu triggern, die wiederum Veränderungsimpulse auslösen können. Eine tiefergehende Beziehungsarbeit bzw. „online streetwork“ ist mit den Ressourcen von Dekonstrukt nicht möglich, gleichzeitig wird die Annahme vertreten, dass hierfür ein anderer Rahmen notwendig ist. Das verwendete Setting setzt am Veränderungsimpuls an, der bestenfalls von vorhandenen Strukturen der Distanzierungs- bzw. Ausstiegsarbeit begleitet und forciert wird. Dekonstrukt sieht seinen Part in der Anbahnung von Beziehungen oder anders formuliert:

in der Schaffung von Möglichkeiten (Keymoments). Somit ist diese pädagogische Praxis auch zwischen den Polen Sozialer Arbeit und politischer Bildungsarbeit zu sehen.

Fazit

Die Auseinandersetzung mit neurechten Jugendlichen wird vorrangig in den sozialen Medien geführt. Diese als einen politisch umkämpften Sozialraum wahrzunehmen, wie etwa den Sozialraum Schule, muss ein erster Schritt sein. Auch im Internet bedarf es pädagogischer Intervention. Die folgenden Ansprachen müssen themennah, aber nicht anbiedernd oder relativierend erfolgen. Gesellschaftliche Probleme und Fragen sollten ernstgenommen und auf eindimensionale, rechte Erklärungsansätze sollten vielfältige demokratische Narrative als Antwort gegeben werden. Dabei ist die Authentizität der Protagonist_innen von besonderer Bedeutung. Eine klare (nicht-rechte) Haltung zu kommunizieren, um diskursive rote Linien aufzuzeigen, ist in Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen Situation mehr denn je notwendig. Ende 2019 ist die 2,5-jährige Modelphase des Projektes Dekonstrukt beendet. Die gewonnenen Erkenntnisse werden durch die Reihe „Impulse“, einer Evaluation durch Dr. Johanna Sigl und weiteres Material auf der Webseite weitergegeben.

Weitere Information finden sich unter www.dekonstrukt.org.

Die Autor_innen:

Fabian Kaufmann ist Dipl.-Sozialarbeiter und Bildungsreferent bei Dekonstrukt.

Lena Sierts ist Sozialwissenschaftlerin und Bildungsreferentin bei Dekonstrukt

Kontakt: info@dekonstrukt.org

Literatur:

Speit, Andreas: „Strategien der Neuen Rechten. Die Ideenfabrik der AfD“. Online abrufbar unter <http://www.taz.de/!5512485/> (Stand: 03.09.2019).

Belltower.News: Netz für digitale Zivilgesellschaft „Lexikon: YouTube“. Online abrufbar unter <https://www.belltower.news/lexikon/youtube/> (Stand: 03.09.2019).

Lobenstein, Caterina; Lau, Mariam: „Oder soll man es lassen? – Private Helfer retten Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer aus Seenot. Ist das legitim? Ein Pro und Contra.“ Online abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2018/29/seenotrettung-fluechtlinge-privat-mittelmeer-pro-contra> (Stand: 17.04.2019).

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen, 2018.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2018): JIM-Studie 2018 Jugend, Information, Medien. Online abrufbar unter: <https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2018/> (Stand: 16.04.2019).

„Digital Streetwork. Pädagogische Interventionen im Web 2.0“. Online abrufbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/digital-streetwork-paedagogische-interventionen-im-web-20-8393/> (Stand: 23.04.2019).

Schmidt, Till: „War doch halb so schlimm. ‚Neue Rechte‘ versuchen, unsere Geschichte umzuschreiben – und Demokratiefeindliches heute wieder sagbar zu machen. Aber wer sind die überhaupt? – Der Historiker Volker Weiß im Interview“, 2018. Online abrufbar unter: <https://www.fluter.de/wer-sind-die-neue-rechte> (Stand: 16.04.2019).



DEM VOLK AUFS MAUL GESCHAUT?

Wolfgang Barth

In diesem Beitrag geht es um die parlamentarische Arbeit der sogenannten „Alternative für Deutschland“ im Bundestag. Die nachstehenden Überlegungen sind ein kurzes Blitzlicht einer Auswertung des parlamentarischen Handelns der AfD. Das parlamentarische Handeln besteht im Wesentlichen aus Kleinen und Großen Anfragen, aus Beiträgen in Parlamentsdebatten und Anträgen. Für diesen Beitrag habe ich die Großen und Kleinen Anfragen der AfD untersucht und jede fünfte Parlamentsdebatte nach Beiträgen von AfD-Politiker_innen ausgewertet. Der Beobachtungszeitraum konzentriert sich auf die Zeit vom 24.10.2017 bis zum Januar 2019.

● Kleine Anfragen

Jede_r Abgeordnete hat das Recht, schriftlich von der Regierung Auskunft über Sachthemen zu erhalten. Die Kleinen Anfragen werden schriftlich beantwortet. Kleine Anfragen sind ein typisches Instrument der Opposition, um die Regierung zur Klärstellung und Erläuterung des Regierungshandelns zu zwingen.

● Große Anfragen

Dies läuft ähnlich ab. Die Große Anfragen werden allerdings nicht von einzelnen Abgeordneten gestellt. Es müssen sich mindestens 5 Prozent aller Abgeordneten dafür aussprechen. Große Anfragen werden gerne von der gesamten Fraktion einer Partei genutzt. Große Anfragen werden im Bundestag debattiert.

Nach einer Auswertung hat die AfD in der Zeit vom 24.10.2017 bis zum 3.1.2019 604 Kleine Anfragen gestellt. 31 % der Anfragen befassten sich mit dem Thema Migration. Im gleichen Zeitraum hat die Partei 4 große Anfragen gestellt, wobei zwei dieser Anfragen sich mit Fragen der Migration befassten (Antonio Amadeu Stiftung: Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD (2019), S. 29).

Ouvertüre

Gleich der erste Presseauftritt von Alexander Gauland nach der Bundestagswahl am 24.09.2017 gab den Ton vor, den die AfD im Parlament seitdem anschlägt.

„Wir werden sie jagen“, schon dieser kurze Satz enthüllt das politische Verständnis der Populist_innen. „Jagen“ ist eine mehr als unzutreffende Bezeichnung für die politische Debatte und Auseinandersetzung in einem demokratisch gewählten Parlament eines Rechtsstaates. Die Aufgabe der gewählten Parlamentarier_innen und der Parteien besteht darin, politische und gesellschaftliche Probleme durch Gesetze und staatliche Förderung zu lösen. Das Parlament ist der Ort der Debatten und des Ringens um politische Konzepte und Lösungen und nicht ein Ort des Jagens.

Gleichzeitig betont Gauland den Gegensatz von wir und die. Das populistische Wir benutzen AfD-Politiker_innen gerne,

um zu suggerieren, dass sie die eigentlichen Repräsentanten der deutschen Bevölkerung sind. – Sie bezeichnen sich als die Einzigen, die sich noch um die Nöte und Wünsche der Menschen kümmern. Populist_innen wissen immer, was das Volk will.

Dies ist der Größenwahn einer Partei, die 12,5 % der abgegebenen Stimmen bei der Bundestagswahl erhalten hat. Auch wenn man als Demokrat_in dieses Resultat bedenklich und gefährlich findet, ist es umso notwendiger zu betonen, dass 87,5 % der Wähler_innen diese Partei nicht gewählt haben. Die Verwendung des kollektivierenden und völkisch aufgeladenen Wir ist einer der zentralen rhetorischen Tricks der AfD-Sprache.

„Das Parlament ist kein Ort des Jagens.“

Auch diese Methode wendete Gauland in seiner Pressekonferenz an. Der übernächste Satz in seiner Erklärung lautete nämlich: „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ Das Verb „zurückholen“ deutet an, dass die AfD-Rhetorik von einer Zeit schwadroniert, in der alles gut war und Land und Volk noch eins waren. Deshalb besteht die AfD-Analyse des Zustands der gegenwärtigen Gesellschaft immer darin, dass alles schlechter geworden ist. In der AfD-Sprache wird dies gerne als „versifft“ bewertet.

In der Parlamentsdebatte zu einem AfD-Antrag zur „Unvereinbarkeit von Islam, Scharia und Rechtsstaat“ (Drs. 19/4840) heißt es z. B.: „Alltägliche Messergewalt, Angsträume für Frauen, für Juden, Mobbing deutscher Schüler, wachsende No-go-Areas.“ Ist das wirklich eine auch nur annähernd zutreffende Beschreibung des gesellschaftlichen Alltags in der Republik? Im Jargon der Populist_innen wurde man wohl von Fake News sprechen müssen.

Völkisches

Die Sprache der AfD im Bundestag ist ein erschütterndes Wiederaufleben der völkischen Sprache des Nationalsozialismus.

Der Abgeordnete Thomas Ehrhorn führt in seinem Debattenbeitrag zum Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung Folgendes aus: „Wenn es eine elementare Voraussetzung für den Erhalt menschlichen Lebens gibt, so ist es der Wille zum Selbsterhalt, und dies gilt nicht nur für ein einzelnes Individuum, sondern es gilt auch für eine Gesellschaft. So strebt auch jede gesunde Gesellschaft, jedes Volk dieser Erde zunächst einmal den eigenen Fortbestand an. Die Hoffnung auf den eigenen Volkstod, der Wunsch „Deutschland verrecke“, ist jedenfalls

weltweit einmalig. Vielleicht müssen wir uns fragen, ob wir es hier nicht mit den Vorboten einer degenerativen Geisteskrankheit zu tun haben.“ (Drucksache: 55. Sitzung 11.10.2018)

Die Gesellschaft wird hier als Körper, und zwar als gesunder Volkskörper verstanden und Aufgabe der Politik ist es, diesen Körper rein zu halten.

Der Abgeordnete Dr. Marc Jorgen äußert sich in einer Aktuellen Stunde zur Erinnerungskultur: „Schweigen Sie auch von Heimat, werter Herr Özdemir. Wer seine Heimat wirklich lieb, wie sie es von sich behaupten, der zerstört sie nicht systematisch wie sie mit ihrem Windradwahn, mit ihrer Politik der Masseneinwanderung, die unbegrenzt kulturfremde Menschen ins Land holt (...). Das wird unser Land bis zur Unkenntlichkeit verändern.“ (Drucksache 15. Sitzung 23.2.2018)

Diese Argumentation ist perfide aufgebaut. Eigentlich möchte der Abgeordnete Jorgens dem Abgeordneten Özdemir das Recht absprechen, über Heimat zu sprechen (Schweigen Sie auch von Heimat), denn in der AfD-Logik kommt es ihm als kulturfremder Mensch nicht zu, über „unsere“ Heimat zu sprechen.

Die Kosten für die Gemeinschaft

Kleine Anfragen der AfD-Bundestagsfraktion behandeln oft Kosten und Ausgaben für soziale Versorgungsleistungen. Die AfD fragt nach dem Anteil von Migrantinnen in Frauenhäusern, möchte einen Überblick über die „Drogen- und Suchtproblematik bei Flüchtlingen in Deutschland“ (Drs.: 19/7485) bekommen, fragt nach den Resozialisierungskosten für „ausländische Straftäter“ und Ähnliches mehr. In der politischen Debatte hat die meiste Aufmerksamkeit eine Kleine Anfrage zum Thema „Schwerbehinderte in Deutschland“ (Drs.: 19/1623) erregt. In dieser Anfrage wollte die AfD wissen, wie sich die Zahl der Behinderten seit 2012 entwickelt hat, und zwar insbesondere die, die „durch Heirat innerhalb der Familien entstanden ist.“ Hier verknüpft die AfD gedanklich die Themen Behinderung, Inzucht – dargestellt als fremdes, kulturelles Handlungsmuster – und Migration. Dies wird verstanden als Bedrohung des gesunden Volkskörpers, was auch noch Kosten für die Gemeinschaft verursacht. Das Schema ist immer gleich. In der Logik dieser Partei läuft es immer darauf hinaus, dass das System – auch so ein Nazi-Wort – nicht nur falsch ist, sondern eher als verfault, verrottet und eben „versifft“ gedacht wird.

Fazit

Der amerikanische Schriftsteller und Professor für vergleichende Literaturwissenschaft George Steiner hat in seinem Werk „Sprache und Schweigen“ (1969) alles Nötige gesagt: „Sprachen besitzen starke Lebensreserven, mit deren Hilfe sie große Mengen von Hysterie, Analphabetentum und Gemeinheit absorbieren können. (...) Aber es gibt auch eine Belastungsgrenze. Benutzt man eine Sprache dazu, um Bergen-Belsen zu organisieren, zu ersinnen und zu rechtfertigen, benutzt man sie dazu, um den Menschen in zwölfjähriger wohlüberlegter Bestialität zu entmenslichen – dann passiert etwas mit ihr. Man mache aus den Worten, was Hitler, Goebbels und hunderttausende Untersturmführer aus ihnen gemacht haben: Übermittlung von Unwahrheit und Terror – und mit den Worten passiert etwas. Etwas von der Lüge und dem Sadismus setzt sich im Mark der Sprache fest. Unmerklich zunächst, so wie radioaktive Strahlung sich stillschweigend im Knochenmark festsetzt. Aber das Krebsgeschwür beginnt seine tiefsitzende Zerstörungstätigkeit. Die Sprache gedeiht nicht mehr, sie frisst sich nicht mehr von innen auf, und erfüllt nicht mehr so gut wie sonst ihre beiden wesentlichen Funktionen; die Übermittlung von menschlicher Ordnung, die wir Gesetz und Recht nennen, und die Vermittlung des Behenden im Menschengest, was wir Anmut und Anstand nennen.“

Und weil diese Beschreibung auch auf die Sprache und Rhetorik der AfD in den Parlamenten zutrifft, ist festzuhalten: Dieses Denken, Reden und Handeln ist toxisch und überschreitet an vielen Stellen das rechtspopulistische Meinen und wird zum Rassismus.

Der Autor:

Wolfgang Barth ist Leiter der Abteilung Migration und interkulturelle Öffnung des Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. Kontakt: info@awo.org

Nach den Wahlen: Hohe Erwartungen junger Menschen an Europa



Laura Gies und Michael Scholl

Europa hat im Mai gewählt. Es sind deutlich mehr Menschen – vor allem die Jungen – zur Wahl gegangen als noch im Jahr 2014. Bemerkenswert ist, dass nationalistische und europafeindliche Parteien weniger stark abgeschnitten haben als befürchtet. Und trotzdem: Es ist notwendig, ein demokratisches Europa zu stärken.

Interessant ist ein Blick auf Umfragen nach der Wahl. Die Beteiligung der Erstwähler_innen zwischen 16 und 24 Jahren ist im Vergleich zur letzten Wahl um 12 Prozentpunkte auf 42 Prozent gestiegen. Ebenfalls um 12 Prozentpunkte wuchs die Wählerschaft im Alter von 25 und 39 Jahren auf eine Beteiligung von 47 Prozent.¹ Die Gründe dafür sind erfreulich: Die EU-Bürger_innen sehen es als eine Pflicht, Verantwortung für die EU zu übernehmen. Nicht zuletzt seit dem Brexit-Referendum empfinden immer mehr Menschen in Europa die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als positiv. Und sie wollen als Wähler_innen noch mehr zum Guten ändern. Es geht längst nicht

nur um die Wirtschaft in der EU. Die Themen Klimawandel und Demokratie werden immer wichtiger und es geht um die europäischen Werte. Nicht das alte Europa ist wichtig bei den Bürger_innen, sondern die Zukunft der EU.

Mehr als die Hälfte der EU-Bürger_innen ist der Meinung, dass ihre Stimme in der EU etwas zählt. Das ist der höchste Wert, der jemals ermittelt wurde. Für Europa ist das eine einmalige Chance: Jetzt ist die richtige Zeit, Europa weiterzuentwickeln. Es ist die richtige Zeit, Europa in den Fokus der Bürger_innen zu stellen. Und es ist die richtige Zeit, Europa demokratischer zu gestalten.

Mit der hohen Wahlbeteiligung war eine konkrete Erwartung verbunden: Die Politik löst ihre Wahlversprechen ein, mehr Demokratie in Europa zu wagen. Eine_r der Spitzenkandidat_innen sollte die neue Kommission leiten und endlich die Verbindung zwischen Parlament und Kommission – also zwischen

Parlament und Regierung – stärken. Was passierte, war das Gegenteil. Die intransparenten, langwierigen Verhandlungen der Staats- und Regierungschef_innen um die Spitze der EU-Kommission hat dem europäischen Aufbruch ein Bein gestellt. Vertrauen ist verloren gegangen. Der Europäische Rat hat das Prinzip der Spitzenkandidat_innen missachtet. Nationale Interessen waren wichtiger.

Ursula von der Leyen wurde als gute Wahl für den Job als Kommissionspräsidentin gepriesen, weil sie mehrsprachig, in Brüssel geboren und nach eigener Beschreibung eine glühende Europäerin ist. Eine echte Vision von Europa hat sie noch nicht präsentiert. Eher im Gegenteil: Die Kommission folgt wie beim bisherigen Präsidenten Jean-Claude Juncker dem Prinzip der Balance möglichst vieler Interessen und landet beim kleinsten gemeinsamen Nenner. Das Prinzip hat in der letzten Legislatur nicht gut funktioniert. Warum also jetzt? Ursula von der Leyen hat außerdem mit neuen Etiketten versucht, Altes wieder zu verkaufen. Mancher Ressorttitel führt gar in die Irre: Hinter „Protecting the European Way of Life“ steht zum Beispiel die Leitung des Ressorts der Migrationspolitik.

Trotz Etikettenschwindel und nationalstaatlicher Balance: Es gibt keine Alternative zu Europa. Als Zivilgesellschaft müssen wir auf die gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments aus allen Ländern setzen. Die proeuropäischen Abgeordneten sind in der Mehrheit. Sie haben bereits nach der Wahl Selbstbewusstsein bewiesen und sind nicht mit großer Mehrheit dem Vorschlag des Europäischen Rates gefolgt. Sie haben die Erwartungen der Wähler_innen formuliert und der neuen Kommissionspräsidentin Versprechen abgerungen. Das Parlament muss jetzt die Versprechen einfordern.

„Die proeuropäischen Abgeordneten im EU-Parlament sind in der Mehrheit.“

Den drei Institutionen der Europäischen Union, also Europäisches Parlament, der Rat der EU und die Europäische Kommission, muss in den kommenden Jahren gelingen, mit den Menschen in Europa die Demokratie zu stärken. An erster Stelle steht, die Entscheidungen nachvollziehbar und transparent zu machen. Gelingt das nicht, steht die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel. Das Prinzip der Spitzenkandidat_innen darf nicht noch einmal missachtet werden. Das Europäische Parlament hat in der letzten Legislatur von 2014 bis 2019 bereits eine Wahlrechtsreform verabschiedet, in der noch transnationale Listen abgelehnt wurden, die das Spitzenkandidat_innen-System unterstützt hätten. Diese Listen müssen wieder

diskutiert und eingeführt werden. Denn transnationale Listen würden die bisher nationalen Wahlkämpfe zum Europäischen Parlament politisieren und europäisieren.

Junge Menschen wünschen sich europäische Institutionen mit europäischen Zielen und Blickwinkeln, die das Europa der Zukunft vorantreiben. Sie wollen kein nationalistisches Austarieren von Interessen. Zentral für die Handlungsfähigkeit Europas wird sein, dass es wieder lernt, europäische Einigung zu erzielen. Zum Beispiel in der dringend notwendigen Debatte um eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik. Im Parlament gab es dazu bereits einen Kompromiss, der aber noch von den Innenminister_innen Europas blockiert wird. Es wird für das Parlament nicht einfach, sich im Zusammenspiel von Kommission und Europäischem Rat zu behaupten. Aber es hat jetzt die große Chance und den Rückhalt der Bürger_innen.

Die hohe Wahlbeteiligung darf als Erfolg der Zivilgesellschaft gesehen werden. Es gab eine ungemein große gemeinsame Anstrengung, zur Wahl zu mobilisieren. Engagiert sind die Jugendverbände und -ringe für die Zukunft Europas aktiv geworden. Junge Menschen wollen Europa weiterentwickeln und es vor Rechtspopulist_innen schützen. Und das, obwohl sie in ihren Staaten teilweise mit antidemokratischen Parteien und Regierungen zu kämpfen haben. Obwohl die Rolle der nationalen Jugendringe in Europa zunehmend in Frage gestellt wird. Obwohl ihre Unabhängigkeit angegriffen wird.

Im Interesse der Jugend haben wir als Bundesjugendring Forderungen an das Parlament und an die neue Kommission gerichtet:

- Die Demokratisierung der EU muss DIE zentrale Reform in den nächsten fünf Jahren werden, damit auch in Zukunft demokratische Entscheidungen über Landesgrenzen hinweg getroffen werden können.
- Das Spitzenkandidat_innen-System muss neu eingeführt werden, verbunden mit einer Europäisierung und Politisierung des Wahlkampfes sowie transnationalen Listen.
- Das Parlament muss das Initiativrecht für Gesetze bekommen. Bisher ist das nur den Staats- und Regierungschef_innen vorbehalten.
- Der/Die Kommissionspräsident_in muss das Parlament stärker denn je machen, um die Demokratisierung der EU voranzutreiben.
- Die EU muss Garant für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sein.
- Ein Europäischer Konvent ist notwendig, um die Demokratisierung voranzutreiben.

Für junge Menschen ist Europa Lebenswirklichkeit. Sie haben deswegen Verantwortung gezeigt und sind wählen gegangen. Die Wahl alleine reicht aber nicht. Junge Menschen müssen dauer-

„Die hohe Wahlbeteiligung darf als Erfolg der Zivilgesellschaft gesehen werden.“

haft besser und wirkungsvoller an europäischer Politik beteiligt werden, sie müssen die Zukunft Europas mitgestalten können. Besonders in den Schieflagen und den Krisen der Vergangenheit waren die Antworten darauf beschränkt, Ausgaben zu kürzen. Das hat besonders junge Menschen hart getroffen. Es braucht unbedingt Investitionen in Bildung und Forschung, Chancen und Zugänge zu guter formaler und non-formaler Bildung müssen gleichberechtigt für alle gelten. Es braucht gemeinsame Mindeststandards in Sozial- und Beschäftigungsfragen.

„Für junge Menschen ist Europa Lebenswirklichkeit.“

Mit Frans Timmermans aus den Niederlanden und Margrethe Vestager aus Dänemark werden zwei Kandidat_innen um die Kommissionspräsidentschaft zu einflussreichen Vizepräsident_innen der Kommission. Sie besetzen Themengebiete, die enorm wichtig für die Zukunft der EU und des gesamten Globus sind: nachhaltige Wirtschaftsweise und Klimaschutz sowie Digitales. Hier sind die Erwartungen junger Menschen hoch, wenn es um eine nachhaltige Entwicklung der EU-Wirtschaft geht, um eine Klimaschutzstrategie mit Klimaneutralität bis 2050 und um konkrete Maßnahmen für die Umsetzung der Agenda 2030. Junge Menschen wollen ein offenes und mobiles Europa, das Austausch fördert, seine Bürger_innen als Verbraucher_innen schützt – auch in allen digitalen Bereichen.

Der Herbst 2019 gehört nun dem Parlament. Die Abgeordneten werden alle Kommissar_innen anhören und sie ins Amt

heben – oder auch nicht. Einige der Vorschläge sind umstritten. Eine der zentralen Fragen der Legislatur wird sein, welche und wie viele Zugeständnisse den vier Visegrád-Staaten Tschechien, Polen, Ungarn und Slowakei gemacht werden. Wir setzen darauf, dass nur eine paritätisch besetzte Kommission, die die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa weiter voranbringt, Zustimmung findet.

Vor den Wahlen ist die Zivilgesellschaft laut geworden. Sie hat sich ins Zeug gelegt und deutlich gemacht, dass Freiheit, Demokratie und Solidarität für Europa wichtig sind, dass Europa vor den Nationalisten geschützt werden muss. Die Zivilgesellschaft wird deswegen auch ein Auge darauf haben, dass Europa seine Werte mit Leben füllt.

Die Autor_innen:

Laura Gies ist Referentin für europäische Jugendpolitik beim Deutschen Bundesjugendring.

Michael Scholl leitet den Bereich Medien & Kommunikation beim Deutschen Bundesjugendring.

Kontakt: info@dbjr.de

Anmerkungen:

¹ Quelle: <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20190710IPR56721/2019-eu-elections-a-pro-european-and-young-electorate-with-clear-expectations> (Stand: 18.9.2019).

Impressum

DREIZEHN
Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 22/2019, 12. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeber:
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
(Rechtsträger: Bundesarbeitsgemeinschaft
evangelische Jugendsozialarbeit e. V.)
Auguststr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 030 28 395 312
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V. i. S. d. P.:
Birgit Beierling (Sprecherin Kooperations-
verbund Jugendsozialarbeit)

Redaktion:
Annemarie Blohm
Redaktionsbeirat:
Wolfgang Barth, Birgit Beierling, Dieter
Eckert, Alexandra Hepp, Judith Jünger,
Andreas Lorenz, Marion Paar, Svenja
Pasternack, Silke Starke-Ueckermann, Sonja
Steinbach, Petra Tabakovic, Dr. Oliver
Trisch, Klaus Umbach, Angela Werner,
Gisela Würfel, Marion von zu Gathen

Grafisches Konzept, Layout und Satz:
HELDISCH.com, Berlin

Korrektur:
Tom Seidel – Die Korrigierer, Assenta |
Lissabon

Fotonachweis:
Titel: unsplash / clem-onojehuo
S. 4: Alamy Stock Foto / ZUMA Press, Inc.
S. 10, 41, 52: photocase.de
S. 16: iStockphoto / drante
S. 20: Alamy Stock Foto / Dino Fracchia
S. 24, 49: Alamy Stock Foto / Craig Stennett



S.26: Alamy Stock Foto / Eden Breitz

S.28: Kurt Lübke

S.33: Josefine Janert

S.39, 40: Monika Kophal

S.46: unsplash.com

Karikatur S.55: OL

Druck:

Druckcenter Berlin

Beiträge von Autor_innen geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder.

Der Nachdruck von Beiträgen, auch

auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG Ejsa) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Redaktion DREIZEHN

Auguststr. 80, 10117 Berlin

Tel: 030 28 395 312

dreizehn@jugendsozialarbeit.de

www.jugendsozialarbeit.de

